

**Enquete-Kommission Wachstum, Wohlstand,  
Lebensqualität**  
**Kurzprotokoll**  
**22. Sitzung**

**Berlin, den 15.10.2012, 13:15 Uhr**  
**Sitzungsort: Paul-Löbe-Haus**  
**Sitzungssaal: E 700**  
**-öffentlich-**

**Vorsitz: Daniela Kolbe (Leipzig), MdB**

**TAGESORDNUNG:**

**Vor Eintritt in die Tagesordnung      S. 7**

**Tagesordnungspunkt 1                      S. 8**

Zukunft der Arbeit

Anhörung mit den Sachverständigen Prof. Dr. Adelheid Biesecker und Prof. Dr. Michael Hüther, Institut der deutschen Wirtschaft Köln

hierzu: Kommissionsmaterialie M-17(26)24  
Kommissionsmaterialie M-17(26)25

**Tagesordnungspunkt 2                      S. 77**

Berichte aus den Projektgruppen

**Tagesordnungspunkt 3                      S. 78**

Verschiedenes



**Sitzung der Enquete-Kommission "Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität"**  
 Montag, 15. Oktober 2012, 13:15 Uhr

**Anwesenheitsliste**

gemäß § 14 Abs. 1 des Abgeordnetengesetzes

Ordentliche Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift	Stellvertretende Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift
<b><u>CDU/CSU</u></b>		<b><u>CDU/CSU</u></b>	
Bilger, Steffen	..... <i>[Signature]</i>	Göppel, Josef	.....
Heider Dr., Matthias	..... <i>[Signature]</i>	Klamt, Ewa	.....
Middelberg Dr., Mathias	.....	Klimke, Jürgen	.....
Nüßlein Dr., Georg	.....	Linnemann Dr., Carsten	.....
Vogelsang, Stefanie	.....	Murmann Dr., Philipp	.....
Zimmer Dr., Matthias	..... <i>[Signature]</i>	Schön (St. Wendel), Nadine	.....
<b><u>SPD</u></b>		<b><u>SPD</u></b>	
Arndt-Brauer, Ingrid	..... <i>[Signature]</i>	Groß, Michael	.....
Bulmahn, Edelgard	..... <i>[Signature]</i>	Heil (Peine), Hubertus	.....
Kolbe (Leipzig), Daniela	..... <i>[Signature]</i>	Kelber, Ulrich	.....
Wolff (Wolmirstedt), Waltraud	..... <i>[Signature]</i>	Schaaf, Anton	.....
<b><u>FDP</u></b>		<b><u>FDP</u></b>	
Bernschneider, Florian	..... <i>[Signature]</i>	Kauch, Michael	.....
Meierhofer, Horst	..... <i>[Signature]</i>	Simmeling, Werner	.....
Skudelny, Judith	..... <i>[Signature]</i>	Vogel (Lüdenscheid), Johannes	.....
<b><u>DIE LINKE.</u></b>		<b><u>DIE LINKE.</u></b>	
Leidig, Sabine	..... <i>[Signature]</i>	Birkwald, Matthias W.	.....
Lötzer, Ulla	..... <i>[Signature]</i>	Bulling-Schröter, Eva	.....

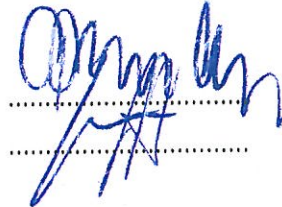
---

**Sitzung der Enquete-Kommission " Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität "**  
**Montag, 15. Oktober 2012, 13:15 Uhr**

---

**Anwesenheitsliste**

gemäß § 14 Abs. 1 des Abgeordnetengesetzes

Ordentliche Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift	Stellvertretende Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift
<u>BÜ90/GR</u>		<u>BÜ90/GR</u>	.....
Gambke Dr., Thomas		Walter-Rosenheimer, Beate	.....
Ott Dr., Hermann		Wilms Dr., Valerie	.....

Montag, 15. Oktober 2012, 13:15 Uhr

Deutscher Bundestag

Anwesenheitsliste

Sitzung der Enquete-Kommission "Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität"

als sachverständige Mitglieder

Betzüge Prof. Dr., Marc Oliver .....

Bracht van, Georg .....

Brand Prof. Dr., Ulrich .....

Carstensen Prof. Dr., Kai .....

Habisch Prof. Dr., André .....

Hexel, Dietmar .....

Hölz Prof., Hanns Michael .....

Jänicke Prof. Dr., Martin .....

Jochimsen Prof. Dr., Beate .....

Miegel Prof. Dr., Meinhard .....

Müller, Michael .....

Paqué Prof. Dr., Karl-Heinz .....

Reuter Dr., Norbert .....

Schmidt Prof. Dr., Christoph .....

Schneidewind Prof. Dr., Uwe .....

Unger Dr., Brigitte .....

Wagner Prof. Dr., Gert .....

*[Handwritten signatures in blue ink: Marc Oliver, Georg Bracht van, Ulrich Brand, Kai Carstensen, André Habisch, Dietmar Hexel, Hanns Michael Hölz, Martin Jänicke, Beate Jochimsen, Meinhard Miegel, Michael Müller, Karl-Heinz Paqué, Norbert Reuter, Christoph Schmidt, Uwe Schneidewind]*

Sitzung der Enquete-Kommission "Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität"

Montag, 15. Oktober 2012, 13:15 Uhr

Fraktionsvorsitzende:

Vertreter:



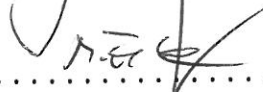

CDU/ CSU	.....	.....
SPD	.....	.....
FDP	.....	.....
DIE LINKE.	.....	.....
BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	.....	.....

Fraktionsmitarbeiter:

Fraktion:

Unterschrift:

(Name bitte in Druckschrift)

Mistlin, Alexander	CDU/CSU	
Flemming, Jana	Linke	
Ecke, Matthias	SPD	
RODES, JULIA	FDP	
.....	.....	.....
.....	.....	.....
.....	.....	.....



Beginn der Sitzung: 13.18 Uhr

### **Vor Eintritt in die Tagesordnung**

Die Vorsitzende Abg. Daniela Kolbe (SPD) begrüßt die Teilnehmer an der 22. Sitzung der Enquete-Kommission und weist auf die Öffentlichkeit der Sitzung hin. Sie gratuliert der Abg. Judith Skudelny sowie den Sachverständigen Prof. Dr. Kai Carstensen und Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué nachträglich zum Geburtstag. Sie weist ferner darauf hin, dass die Sitzung vom Parlamentsfernsehen aufgezeichnet und zeitversetzt voraussichtlich heute ab 19.00 Uhr übertragen werde.

Anschließend stellt sie fest, dass der Vermerk zum Obleutegespräch vom 25. September 2012 allen Kommissionsmitgliedern zugegangen sei. Sie ruft zwei Punkte aus diesem Gespräch in Erinnerung: So solle künftig versucht werden, Abstimmungen über Berichte von Projektgruppen in einem festen Zeitraum stattfinden zu lassen. Außerdem sei vereinbart worden, die Kommissionssitzung am 19. November 2012 bereits um 16.00 Uhr zu beenden, da aufgrund der Haushaltswoche an diesem Tag Sitzungen einzelner Fraktionen ab 16.00 Uhr stattfinden würden.

Nachdem es keinen Widerspruch zu diesem Obleute-Gesprächsvermerk gibt, stellt die Vorsitzende fest, dass entsprechend der dort getroffenen Vereinbarungen verfahren werden könne.

### **Tagesordnungspunkt 1**

Zukunft der Arbeit

Anhörung mit den Sachverständigen Prof. Dr. Adelheid Biesecker und Prof. Dr.

Michael Hüther, Geschäftsführer IW Köln

hierzu: Kommissionsmaterialie M-17(26)24

Kommissionsmaterialie M-17(26)25

Die Vorsitzende führt aus, zu der heutigen Sitzung werde das Thema: „Zukunft der Arbeit“ besprochen, das eines der Themenfelder aus der Projektgruppe 5 sei. Das Thema habe bereits an verschiedenen Stellen in der Enquete-Kommission eine Rolle gespielt, so zum Beispiel bei der Erörterung über die Bedeutung der demografischen Entwicklung für unsere Gesellschaft. In der Projektgruppe 2 sei auch bereits darüber diskutiert worden, wie „Gute Arbeit“ bemessen werden könne. Einführend würden zwei Vorträge gehalten, worauf Berichte aus den Projektgruppen folgen würden.

Sie beginnt mit der Begrüßung und Vorstellung der Referenten: Prof. Dr. Adelheid Biesecker sei bis 2004 Professorin im Fachbereich „Wirtschaftswissenschaften/ökonomische Theorie“ an der Universität Bremen gewesen und sei mittlerweile emeritiert. Dabei habe sie sich insbesondere mit der Geschichte ökonomischer Theoriebildung, Mikroökonomie aus sozial-ökologischer Perspektive, Ökologischer Ökonomie und Feministischer Ökonomie beschäftigt. Sie sei außerdem gesellschaftlich engagiert und gehöre beispielsweise dem wissenschaftlichen Beirat von „ATTAC-Deutschland“ an. Das von ihr mit verfasste Papier „Feministische Perspektiven zum Themenbereich Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ sei an alle Kommissionsmitglieder verteilt worden.

Prof. Dr. Michael Hüther sei seit 2004 Geschäftsführer des Instituts der deutschen Wirtschaft in Köln. Nach seinem Studium der Wirtschaftswissenschaften und der Geschichte habe er zuvor unterschiedliche Positionen inne gehabt, wie Leiter des wissenschaftlichen Stabes des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung oder Chefvolkswirt der Deka-Bank in Frankfurt.

Beide Sachverständige hätten Thesenpapiere vorgelegt, die als Kommissionsmaterialien 24 und 25 an alle Kommissionsmitglieder verteilt worden seien und als Tischvorlage ausliegen würden. Nach den jeweils 15-minütigen Einführungen werde die Diskussion eröffnet.



### **Beginn des Wortprotokolls**

Prof. Dr. Adelheid Biesecker: Ich bedanke mich, auch für die Einladung. Ich war ja schon einmal in einer Projektgruppe hier. Ich habe das Thema - wie Sie sehen - etwas anders formuliert: „Wie wird aus der Zukunft der Arbeit zukunftsfähiges Arbeiten?“, denn dass es irgendeine Zukunft gibt ist ja klar. Eine Vorbemerkung: Das knüpft an das an, was Frau Kolbe eben sagte: Was ich hier vortrage, hat als Basis dieses Papier, was ich zusammen mit den Kolleginnen Uta von Winterfeld und Christa Wichterich formuliert habe. Weshalb haben wir das gemacht? Wir haben es deshalb gemacht, weil wir - als die Enquete-Kommission gebildet wurde - die Gefahr sahen, dass diese Perspektive, das heißt die lebensweltliche, oder ich kann auch sagen eine spezifisch feministische Perspektive, in der Enquete-Kommission ausgeblendet wird. Ich habe dann mit Freude gesehen, dass immerhin bei den Sachverständigen zwei Frauen nachgerückt sind. Wobei - ich glaube - nur eine im Moment im Raum ist, wenn ich das richtig sehe. Insofern ist vielleicht die Befürchtung nicht mehr ganz so aktuell. Das wird sich noch zeigen, ich bin sehr neugierig auf Ihren Bericht. Was ich mit feministischer Perspektive meine, ist, dass ich – und das zeichnet auch meine Lehre in der Uni aus – mich kritisch mit dem „Mainstream“ - wie wir sagen - des ökonomischen Denkens auseinandersetze, weil das, was als Ökonomie gilt, nur ein Teil der Wirklichkeit ist. Diese Perspektive nimmt nicht wahr, dass Ökonomie gerade auch außerhalb des Marktes passiert. Dass gerade auch die ganze – wie wir es heute sagen - „Care-“, oder „Sorgeökonomie“ Produktivität, Wohlstand und Wachstum erzeugt, wie auch die ökologisch-natürlichen Prozesse. Wir sprechen in dieser Studie davon, dass es sogar Externalisierung als Prinzip ist, weil wir sagen: Das ist kein Zufall, sondern das ist eine systematische Struktur unseres ökonomischen Systems. Meine Grundauffassung ist, dass es darauf ankommt, diese halbe Perspektive zu überwinden und damit das Ganze des Wirtschaftens, das Ganze der Arbeit in den Blick zu nehmen. Wir reden ja hier über neue Konzepte von Wohlstand, Wachstum - welche Art Wachstum? - und Lebensqualität. Gerade diese ausgegrenzten Kräfte – so meine These - tragen sehr viel zu Wohlstand und Lebensqualität bei. Daher meine zentrale These, und jetzt reduziere ich das auf das Thema „Arbeitsverständnis“: Wenn ich über Zukunft der Arbeit als zukunftsfähig - im Sinne von dauerhaft, das Leben der Menschen gut zu sichern und dabei die Natur zu erhalten – nachdenke, dann kommt es darauf an, sich

klarzumachen, dass arbeiten sehr viel mehr ist als Erwerbsarbeit. Wir sprechen von Sorgearbeit, Subsistenzarbeit, Eigenarbeit, bürgerschaftlichem Engagement - in dieser Enquete-Kommission war ich vor vielen Jahren hier im Bundestag - und eben auch Erwerbsarbeit. Und es gilt, dieses Ganze der Arbeit in den Blick zu nehmen und zu gestalten, das heißt lebensfreundlich, naturgemäß und gerecht und dabei eben auch geschlechtergerecht. Die Aufgabe besteht in Neubewertungen, in Umverteilungen und in der Frage: Wie kann ich eigentlich verhindern, dass wieder neu ausgegrenzt wird? Was ich machen möchte in diesen wenigen Minuten: Ich bin den Fragen in meiner Einladung gefolgt, also meine Themen eins bis fünf sind die Fragen und Begriffe aus der Einladung, die ich bekommen habe. Daher die Struktur, weil ich ja Ihren Fragen gerne auch folgen wollte, also: Megatrends, nachhaltiges Wirtschaften, die Frage der gerechten Verteilung, Arbeitszeitkonzepte und Zeit, soziale Sicherung, Finanzierung. Was soll ich alles dazu in dieser Viertelstunde sagen? Ich habe jetzt daraus fünf Thesen gemacht. Die These eins geht zu dem, was ich an Megatrends sehe, und ich habe fünf Megatrends ausgemacht. Der Erste ist, dass die existenzsichernde Arbeit knapp geworden ist und dass das nicht automatisch durch die Dienstleistungsgesellschaft ausgeglichen wird. Als ich das schrieb, hatten wir gerade den Streik der Callcenter-Angestellten der Sparkasse, wo deutlich wurde: Ja, da sind Arbeitsplätze geschaffen worden. Erstens wurden sie aber schon wieder wegrationalisiert und zweitens sind es ausgesprochen schlechte Arbeitsplätze. Zweiter Megatrend: Die globale Standortkonkurrenz führt dazu, dass auch bei uns das Argument immer wieder ist: Wir müssen billiger, billiger, billiger werden. Wir haben heute Beschäftigungsformen unter solchen Stichworten wie „Prekäre Beschäftigung“, „Entgrenzung der Arbeit hinein ins Privatleben“, und dennoch „Totalisierung“, das heißt, man ist eigentlich ständig dabei. Und wenn ich von doppelter Feminisierung spreche, dann meine ich damit einerseits: Sehr viele Frauen drängen in den Arbeitsmarkt, auf der anderen Seite passiert auch mit den männlichen Erwerbsarbeitsplätzen etwas: dass sie schlechter werden, unsicherer werden, prekärer werden, dass sie das werden, was Frauen schon immer hatten und deswegen: doppelte Feminisierung. Wir wissen auch, dass inzwischen Menschen auch von einer Vollzeitarbeit nicht mehr leben können. Dritter Megatrend: „Internationale Arbeitsteilung“, dazu nur als Stichwort: Produktionsverlagerung. Auf der anderen Seite - und das haben wir jetzt gerade beim Textil-Discounter Kik oder bei den Erdbeeren und dem viel zu billigen

Essen in Schulhorten und Kindertagesstätten gesehen - kommen billige Massenwaren zu uns ins Land und ermöglichen damit auch denen, die diese Geringentlohnung haben, Teilnahme an unserem Luxuskonsum. Da kommt noch der Vierte Megatrend dazu: Wenn wir über das „Ganze der Arbeit“ sprechen, sprechen wir auch über die bisher aus dem Markt ausgegrenzte oder schlecht bezahlte Sorgearbeit. Wir erleben heute, dass es transnationale Sorgeketten gibt. Ich habe hier Beispiele gebracht: Polinnen pflegen Alte in Deutschland, Migrantinnen aus den Philippinen betreuen Kinder in Saudi-Arabien usw. Am Ende der Kette bleiben Kinder allein, weil die Eltern – insbesondere die Mütter – bei uns die Arbeit machen. Was da passiert, ist eine Neuverteilung der Sorgearbeit, aber nicht zwischen den Geschlechtern, sondern zwischen Frauen unterschiedlicher sozialer Klassen und unterschiedlicher Ethnien. Und die Sorgearbeit, die marktlich wird, wird schlecht bezahlt und findet zum großen Teil in prekären Beschäftigungsverhältnissen statt. Meine Tochter ist selbst im ambulanten Pflegedienst. Ich kann Ihnen sagen, was da los ist. Es gibt aber einen Gegentrend, den ich als „Megatrend fünf“ bezeichne: Dass es nämlich vielfältige andere Formen gibt, vielfältige Formen jenseits dieser Linien, Entwicklungen hin zu sozial verträglichem, zu ökologisch verträglichem, zu geschlechtergerechtem – oder überhaupt gerechtem - Wirtschaften. Also wenn wir das Eine haben, was ich eben sagte, haben wir auch gerade das Andere. Das heißt, wir haben heute Unternehmen, die versuchen, sozial und ökologisch zu arbeiten. Es gibt die Bewegung der Gemeinwohlökonomie, wo die Unternehmen sagen: Wir bilanzieren nicht nur die Kosten und die Erträge, sondern wir bilanzieren gerade unsere Beiträge zum Sozialen, zum Ökologischen. Wir haben zum Beispiel die ganze Entwicklung solidarischer Ökonomie, wir haben einen Aufschwung in der Genossenschaftsbewegung, wir haben die sehr junge neue „Commons-Bewegung“. Und wir haben nach wie vor die vielen Tätigkeiten des Sorgens außerhalb des Marktes, der Subsistenz, der Eigenarbeit - und ich möchte auch noch mal sagen - auch des bürgerschaftlichen Engagements im Sinne eines „Sich-Kümmern“ um die demokratische Struktur der Gesellschaft. Aus diesen allgemeinen Themen bisher folgen als Handlungsempfehlungen ganz allgemein - und die letzten vier Punkte werde ich gleich noch ausformulieren – einmal: Ausbau der Möglichkeitsräume für diese alternative Wirtschaftsformen, und alternativ meine ich nicht nur jenseits des Marktes. Ich bin jemand - als Ökonomin -, die gerade sagt: Aber sehr wohl ist die Zukunft des Arbeitens und die Zukunft der Ökonomie auch eine der Märkte. Aber welche Märkte tun uns zum

Leben gut? Die Frage können wir stellen. Märkte sind soziale Konstrukte und keine Automatismen. Wir haben jeden Markt gemacht und wir können ihn auch verändern. Dann als zweites, zentral: Anerkennung der außermärklichen Arbeit, also hin zu dem Ganzen der Arbeit, und neue Arbeitszeitkonzepte. Na klar: Wenn ich mehr Arbeit habe muss ich einen Teil der anderen verkürzen. Dann: Soziale Infrastruktur als Basis, als Ermöglichung des Ganzen, und Finanzierung durch ein verändertes Steuersystem. Ich komme in diesem Tempo, das ich leider vorlegen muss, zu These zwei. Da ging es um die gerechte Verteilung der Arbeit auch zwischen den Geschlechtern. In dieser Fragestellung habe ich zwei Gerechtigkeitsprobleme ausgemacht. Die erste: als allgemeine Ungerechtigkeit empfinde ich, dass ein großer Teil der Menschen, eben die Arbeitslosen, aus der Arbeit ausgeschlossen sind. Sie haben keine Arbeit, dafür haben sie das, was die anderen nicht haben, nämlich die freie Zeit. Unsere hohe Produktivität hat uns sehr viel freie Zeit geschaffen. Aber auch das ist ein Verteilungsproblem: Die freie Zeit haben die einen und die anderen haben die „Gute Arbeit“ und das Geld. Das heißt, als Handlungsempfehlung hieraus kommt: Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit, das heißt in diesem Aspekt: Umverteilung der freien Zeit auf alle. Und das Begleiten mit einer Qualifizierungsoffensive für die, die schon länger rausgeworfen sind, weil sie dann auch irgendwann die Kompetenz verlieren, in dieser Arbeitswelt tätig zu sein. Dazu brauche ich auch eine soziale Infrastruktur, denn gerade für Frauen ist die Frage der Kinderbetreuung heute zentral. Das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen, dass Kinder als „Vermittlungshemmnisse“ betrachtet werden. Ich bin Vorsitzende eines Dienstleisters für Frauen in Bremen, der größte Arbeitsmarktdienstleister, und eines von fünf Vermittlungshemmnissen sind Kinder. Die andere Ungerechtigkeit ist die geschlechtsspezifische. Gerade hat „Professional Women“ ihre Initiative für diesen „Equal-Pay-Day“ hier in Berlin vor einer Woche vorgestellt und deutlich gemacht, dass es immer noch so ist, dass Frauen bis zum 21. März 2013 arbeiten müssen, damit sie so viel verdienen wie gleichwertige Männer 2012. Diese Ungerechtigkeit haben wir nach wie vor, und meine These ist: Sie ist nicht zufällig, sie ist systemisch, weil eben diese Sorgearbeit eigentlich als „Nicht-Arbeit“ angesehen wird, und sie ist da, wo sie im Markt ist, schlecht, unterbezahlt und bleibt überwiegend weiblich. Meine Handlungsempfehlung: Als erstes einen guten Mindestlohn für diese bezahlte Sorgearbeit, gerade auch in der Pflege. Dann Umverteilung der ganzen Arbeit zwischen den Geschlechtern. Wir diskutieren immer: Frauen in die Führungsetagen hinein. Ja, aber

auch Männer in die Sorgearbeit. 50 Prozent der Sorgearbeit, meine Herren, gehört Ihnen. Sie haben sie nur noch nicht eingefordert. Aber es ist genau das, worum es geht. Dann brauchen wir lebensfreundliche Teilzeitmodelle und auch hier die unterstützende Infrastruktur. Jetzt zu den Arbeitszeitkonzepten: da gibt es viel und da habe ich ja in meinem letzten Vortrag auch wirklich viel Konkretes gesagt. Ich sollte auch die Frage beantworten: Ist eine reduzierte Vollzeit in einer alternden Gesellschaft überhaupt möglich? Meine These: Sie ist möglich, wir haben eine offene Gesellschaft, wir können Menschen hereinlassen, die bei uns tätig sind. Aber es ist auch nötig, um Zeit zu haben für die vielen Tätigkeiten, die wir bisher nicht gemacht haben: die Pflege der Natur und der Menschen. Als zweites: Neue Arbeitszeitkonzepte gehen genau in diese Richtung. Sie beginnen mit Erwerbsarbeitszeitverkürzung, um Möglichkeitsräume für andere Tätigkeiten zu schaffen. Ich habe hier nur noch einmal Stichworte gegeben. Es gibt eine Vielzahl von Konzepten, die in der Qualität eigentlich alle in dieselbe Richtung gehen: Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit, um Zeit zu schaffen für die Sorgearbeitszeit jenseits des Marktes und für bürgerschaftliches Engagement als demokratische Gestaltung der Gesellschaft. Keiner weiß, wohin die Reise geht, und wir brauchen jeden dabei. Und auch für – wie wir es heute nennen – Eigenarbeit und Subsistenzarbeit. Ich sollte auch etwas zu Zeitrhythmen sagen. Es ist fast selbstverständlich, wenn wir in diese Richtung umgestalten, dass sich Zeitrhythmen ändern. Heute leben wir nach dem Zeittakt der Erwerbsarbeit. Wir wissen alle, dass Kinder um acht Uhr in der Schule nicht lernen können. Trotzdem schicken wir sie hin, weil wir alle erwerbsarbeiten zu der Zeit. Es ist von daher fast selbstverständlich, dass das auch impliziert, dass wir neu über Zeitrhythmen nachdenken. Sowohl über Zeitstrukturen als auch über Rhythmen, und da will ich nur sagen: Es gibt auch Muße. Es ist nicht alles Arbeit, was wir mit unserem Leben machen. Wir haben eine Produktivität, die uns Muße möglich macht. Und Muße ist eigentlich erst das, wo wir wirklich kreativ werden. Und die Frage der Entgrenzung kommt auch da mit herein. Wenn wir die bisher ausgegrenzte, unbezahlte Sorgearbeit als wichtig und gesellschaftlich notwendig ansehen, dann ist klar: da ist kein Raum für die Erwerbsarbeit. Und deswegen meine gesellschaftliche Handlungsempfehlung: Gesellschaftliche Diskurse zur Zeit. Das klingt so ein bisschen banal. Aber ich fänd es wirklich toll, wenn es eine politische Initiative gibt, die sagt: Wir müssen über Zeit neu nachdenken in dieser Gesellschaft. Wir laufen ja einfach in diesem Hamsterrad mit. Dann politische Sicherung kollektiver Zeit-

rhythmen und Erwerbsarbeitszeitverkürzung. Die letzten beiden Punkte betreffen die Frage der sozialen Sicherung. Meine Vorstellung ist, dass soziale Sicherung, ein umfassendes System sozialer Infrastruktur in dem Sinne, dass alle institutionelle und materielle Ressourcen erreichen können, um sich an den verschiedenen Arbeiten zu beteiligen – und hier nehme ich gerne Martha Nussbaum mit ihrem „Fähigkeitsansatz“ herein – auch die menschlichen Fähigkeiten jenseits des Arbeitens entfaltet. Das heißt, im Grunde ist dieses soziale Sicherungssystem vermischt mit Tätigkeiten der öffentlichen Daseinsvorsorge. Was heißt „Soziale Infrastruktur“? Das heißt zum Beispiel: öffentliche Güter im Sinne von Kinderkrippen, Kindergärten und Gesundheitsleistungen, aber auch Zugang zu einer guten Pflege im Alter. Da gab es gerade eine Diskussion zum Vergleich zwischen Dänemark und Deutschland. In Dänemark gibt der Staat pro Jahr für jeden über 65-Jährigen und jede über 65-Jährige mehr als 6.000 Euro aus. In Deutschland sind es 1.300 Euro. Die Überschrift war: Es muss mehr Geld ins System. Das ist ein Weg, aber es muss eine andere Qualität bekommen. Dann komme ich zu dem ja sicherlich nicht unumstrittenen Grundeinkommen. Wenn wir in eine Gesellschaft hineindenken, wo wir verschiedene Tätigkeiten haben, die nicht alle entlohnt werden, dann ist ja die Frage: Wovon leben die, die gerade nicht so viel Erwerbsarbeit machen, dass sie davon leben können. Dann bin ich beim Grundeinkommen, und ich wollte darauf hinweisen: Es ist zwar bedingungslos in dem Sinne, dass es erst mal jedem zusteht, aber bedingungsvoll, dass es eingebettet ist in eine solche Systematik sozialer Infrastruktur. Also einfach sagen: Gib jedem 1.000 Euro, und das ist es - das ist es gerade nicht. Sondern die Möglichkeit, die eigenen Fähigkeiten zu entwickeln, die muss die Gesellschaft fördern. Und deswegen meine Handlungsempfehlungen: Rücknahme der Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen und Ausbau dieser sozialen Infrastruktur. Dann könnte man ein einziges Grundeinkommen durch die Erhöhung der Harz IV-Sätze oder auch der Altersrenten erreichen. Letzter Punkt ist die These fünf: Steuern, also die Antwort auf die Frage: Wie kann man das Ganze finanzieren? Der erste Punkt: Ich bin keine Anhängerin der Verbrauchsteuerthese. Verbrauchsteuern sind systematisch regressiv und von daher sozial ungerecht, und ich hatte vorhin darauf hingewiesen, dass wir in diesen Veränderungen auch gleichzeitig ein Element von Umverteilung haben. Die Verbrauchsteuer geht in die andere Richtung. Ich kenne die Argumentation dafür, dass wir alle vor allem Konsumenten sind. Aber das ändert nichts an der Art und Weise, wie sie wirkt. Deswegen sollten alle

personenbezogenen Steuern auf Einkommen, Vermögen und Erbschaft die Grundlage sein. Erstens entspricht es dem Leistungsfähigkeitsprinzip, und zweitens hat der Staat auch ein Anrecht auf Teile dieser Vermögen. Sie wären nie so gewachsen, wenn nicht unser politisches System die Stabilität und die Sicherheit gewährleistet hätte, dass das alles passieren kann. Insofern hat die Gesellschaft auch ein Anrecht. Auf die Art und Weise wäre auch eine Umverteilung möglich. Noch vor einiger Zeit war man ja Außenseiter, wenn man dabei auch sagte „Finanztransaktionssteuer“. Inzwischen haben wir ja immerhin 11 EU-Finanzminister einschließlich des deutschen, die dafür sind. Das ist ein Element dieses Steuersystems und ich denke auch ein einträgliches. Dann gibt es aber auch noch einen Nebenaspekt im Augenblick bei Arbeit: Unser Steuersystem hat - wir nennen es gerne – eine „allokative Schieflage“. Es belastet die Produktionsfaktoren unterschiedlich, und gerade die, die wir sozusagen stabilisieren wollen, besonders. Das hat sich auch in der letzten Zeit weiterentwickelt. Das heißt, das Kapital ist entlastet worden und die Naturressourcen sind trotz der ökologischen Steuerreform entlastet worden. Es hängt alles – oder sehr viel – an der Arbeit. Auch da lässt sich etwas verändern. Deswegen meine Handlungsempfehlungen: Wiedereinführung einer Vermögensteuer, höhere Erbschaftsteuer und eine höhere Progression der Einkommenssteuer. Wenn ich sage: Rasche Umsetzung des Beschlusses, wissen wir alle, das können Sie nicht gleich hier machen. Aber es ist wichtig, daran zu arbeiten und auch eine veränderte oder verstärkte - da muss man diskutieren - Ökologische Steuerreform. Dann noch ein Schlusswort: Wenn das gelingt, wird das Externalisierungsprinzip, von dem ich anfangs sprach, infrage gestellt. Das Konzept der Arbeit wird transformiert zu einem Ganzen der Arbeit und auch in der Qualität verändert. Auch unsere Erwerbsarbeit muss lebensfreundlich, naturgemäß und geschlechtergerecht werden. Wir haben Konzepte der „Guten Arbeit“ vom DGB, wir haben die „Decent Work – Debatte“ in der Internationalen Arbeitsorganisation ILO usw. Und dann ist mir ganz wichtig der nächste Punkt. Das klingt jetzt so, als wüsste ich genau, wo es hingehet. Das ist nicht der Fall. Keiner von uns weiß genau, wie das Neue aussieht. Deswegen brauchen wir demokratische Beratung, in allen Bereichen: In den Betrieben, in den Gesellschaften, in den verschiedenen Regionen, Lokalitäten usw. Das heißt: Demokratie ist gefragt. Und staatliche Gestaltungsmacht, weil natürlich eine alte Struktur getragen wird von alten Interessen, und die müssen ebenfalls verändert oder zumindest entmachtet werden. Dann hoffe ich, wenn wir das alles

hinbekommen haben, dass wir ein neues Konzept von Wohlstand und Lebensqualität haben und ich denke auch ein neues Konzept in der Frage: Was soll eigentlich wachsen? Danke schön.

Vorsitzende Abg. Daniela Kolbe (SPD): Vielen Dank, Frau Prof. Biesecker. Und wir steigen gleich in den nächsten Impuls ein und haben dann sicherlich sehr viel Material, um zu diskutieren. Zunächst haben Sie das Wort, Prof. Hüther.

Prof. Dr. Michael Hüther (IW Köln): Frau Kolbe, herzlichen Dank für die Einladung. Meine Damen und Herren, wenn man sich die Daten zur Erwerbstätigkeit anschaut - und ich bin zunächst einmal in dem engen Konzept der marktlichen Erwerbstätigkeit – dann sind ja eigentlich in den letzten acht/neun Jahren erstaunliche Dinge passiert: Die Erwerbstätigenquote ist angestiegen, von 65 Prozent auf fast 75 Prozent. Die Erwerbsbeteiligung der Frauen hat sich dramatisch auf fast 70 Prozent erhöht. Wir haben gleichzeitig erlebt, dass ab 2005 sich auch der Sinkflug des Anteils der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten an allen Erwerbstätigen nicht mehr fortsetzt, sondern der sich seit 2004/2005 stabilisiert. Und wir haben drittens einen Anstieg des Anteils der Beschäftigten im Niedriglohnsektor von 17 Prozent in den Jahren 1995/1996 auf 21/22 Prozent etwa bis 2004/2005. Seitdem ist dieser Anteil stabil. Das heißt, was wir in den letzten Jahren erlebt haben, ist ja zunächst einmal höchst erstaunlich. Wir sind auf dem Höchststand der Beschäftigung und wir haben einen Anstieg der Erwerbstätigkeit plus des Arbeitsvolumens. Deshalb kann man Thesen der Arbeitszeitverkürzung zumindest mit Blick auf die Fakten nicht so gut begründen. Zweiter Hinweis: Alles dieses - glaube ich - muss natürlich eingeordnet werden vor dem Hintergrund der Robustheit des deutschen Geschäftsmodells, der volkswirtschaftlichen Struktur, der Industriebasierung, der Exportorientierung, der Dienstleistungsergänzung und wie unsere Wertschöpfung aufgestellt ist. Dass das an anderen Orten der Welt anders aussieht, wissen wir, aber dieses Modell trägt zur gegebenen Zeit. Gerade aus dem Verbund von Industrie und Dienstleistungen ergibt sich auch die Dynamik, die wir hier beobachten. Ich würde gerne eine Erinnerung noch mit an den Anfang stellen: Es ist vierzig Jahre her, da hat Herbert Giersch eine damals für das politische Spektrum der alten Bundesrepublik sehr provozierende These in den Raum geworfen, nämlich die von der Reprivatisierung des Beschäftigungsrisikos. Was meinte Herbert Giersch 1972 damit? Das war die Welt vor dem Hintergrund der 60er-Jahre und des keynesianischen



Optimismus, einer Vollbeschäftigungsgarantie, die der Staat aussprechen könnte. Giersch hat darauf hingewiesen, dass das nicht funktioniert, aus Marktzusammenhängen, die auch für den Arbeitsmarkt gelten, und dass in einer Welt mit Tarifautonomie die Tarifvertragsparteien nicht nur für die Lohnhöhe, sondern auch für das Beschäftigungsvolumen Verantwortung tragen. Und dass es insofern eine Verantwortungsteilung der Akteure am Arbeitsmarkt gibt; des Staates, der den Rahmen setzt, und der Geldpolitik, die damals noch etwas ganz anderes bedeutet und die erst auf dem Weg hin zu einem System flexibler Wechselkurse war. Meine These ist: Man könnte eigentlich die Entwicklung der letzten vier Jahrzehnte in der Tat auch begreifen als die Umsetzung dieses Befundes der Reprivatisierung des Beschäftigungsrisikos sowie der deutlichen Verlagerung der Zuständigkeit für Beschäftigungsvolumen und Beschäftigungsqualität in den Markt. Das ist für die Politik natürlich manchmal schwer zu akzeptieren, dass die großen Versprechen so nicht mehr gemacht werden können. Aber offenkundig führt das nicht zum Niedergang des Arbeitsmarktes, sondern zu dem historischen Höchststand der Beschäftigung. Ein paar Anmerkungen zu den verschiedenen Fragen, so wie sie auch mir ja vorgegeben waren: Ich gehe stichwortartig durch, das Papier liegt Ihnen ja vor. Zu den Megatrends zunächst: Die Alterung ist angesprochen worden. Ich glaube, es hängt auch viel davon ab, dass wir das Thema der demografischen Veränderung nicht nur verstehen im Hinblick auf Makroindikatoren. Es ist zwar alles wichtig: Durchschnittsalter der Belegschaft, wir wissen das hat Effekte auf die Produktivität, wenn man nicht über eine andere betriebliche Personalpolitik antwortet. Das Stichwort ist das der „Lebenszyklusorientierten Personalpolitik“. Aber mir scheint viel entscheidender, dass es natürlich für den Einzelnen erst einmal etwas verändert. In einer Gesellschaft des langen Lebens kommt es automatisch zu anderen Zeitstrukturen, und da stimme ich dem durchaus zu, Frau Prof. Biesecker, was Sie gesagt haben: Es gibt einfach die Möglichkeit, in einer Welt des langen Lebens die Dinge anders zueinander zu führen, auch im Rhythmus über das Leben hinweg. Also Arbeiten, zivilgesellschaftliches Engagement, Familie und Privatheit immer wieder neu zu kombinieren. Was wir allerdings auch wissen, aus vielen Studien der Soziologie, ist, meine Damen und Herren, dass nicht einfach durch die Reduktion der Arbeitszeit mehr bürgerschaftliches Engagement stattfindet. Sondern wie die Soziologen das nennen: Dort wo die Erwerbsarbeit leer ist, ist auch das Privatleben leer. Wir haben keine Korrelation zwischen sinkender Arbeitszeit und einer daran positiv gebundenen bürgerschaftlichen

Aktivität. Das Gegenteil ist der Fall, und so haben wir es im Engagementbericht, der im Sommer ja vorgestellt wurde und für den ich mit Verantwortung getragen habe, auch formuliert: Bürgerschaftliches Engagement beruht auch auf der Erwerbstätigkeit, Erwerbstätigkeit fördert durch die Einbindung in soziale Strukturen genau auch dies. Der demografische Wandel hat verschiedene Teilaspekte. Der Fachkräftemangel ist evident: Wir haben einen insofern auch gespaltenen Arbeitsmarkt, als wir in den Hochqualifikationsbereichen, die im internationalen Wettbewerb in besonderer Weise erfolgreich sind, mit diesen besonderen Mangel leben. Wir haben einen Schwund in den Jahrgangsstärken um von bisher 1,4 Millionen um etwa die Hälfte, sodass wir einfach von daher natürlich in ein Mengenproblem hineinlaufen. Die Globalisierung und der technische Fortschritt, das sind die Stichwörter die ich eben schon im Geschäftsmodell der deutschen Volkswirtschaft benannte, haben nicht dazu geführt, dass uns die Arbeit ausgegangen ist. Die Arbeit verlagert sich, sie verlagert sich natürlich in andere, auch internationale Wertschöpfungsketten. Wir haben dadurch auch einen Anpassungsdruck in unterschiedlicher Art und Weise. Wenn vermehrt einfache Arbeit in einer bestimmten Weise in der Welt im Angebot ist, hat das auch Konsequenzen für diejenigen, die in diesem Qualifikationssegment sind, das heißt, der Druck auf eine Höherqualifikation nimmt zu. Der Anteil der Erwerbstätigen mit einem akademischen Abschluss lag 2000 bei 13,9 Prozent und 2010 bei 18,2 Prozent, das heißt, der Qualitätsanstieg in der Ausbildung, im Humankapital, in der Sättigung der Arbeit ist ein Prozess, der sich weiter vollzieht. Die Qualität der Arbeit ist deshalb natürlich ein relevantes Thema. Wenn wir im Volumen mehr Arbeit haben, richten wir automatisch die Aufmerksamkeit auf die Qualität der Arbeit. Die Frage ist: Wie bewerten wir die gelungene Integration von Menschen mit geringerer Produktivität? Denn der Anstieg der sogenannten „prekären“ - oder wie wir es nennen: „flexiblen Erwerbsformen“ ist nicht gespeist worden durch die Umwandlung von Normalarbeitsverhältnissen, sondern durch die Mobilisierung von Menschen, die vorher in der stillen Reserve waren oder in der registrierten Arbeitslosigkeit. Der Befund ist - wenn sich die sozio-ökonomischen Paneldaten anschauen - eindeutig, dass die Menschen, die wir ganz überwiegend heute im Bereich der flexiblen Erwerbsformen finden, aus diesem Segment der vorherigen Nicht-Erwerbstätigkeit und der stillen Reserve kommen. Es ist in Deutschland also gelungen, die Einstiegsmöglichkeit zu verbessern. Man kann die Frage stellen, ob es gelingt oder schon gelungen ist, die

Aufstiegsmöglichkeit entsprechend umzusetzen. Da haben wir sicherlich viel mehr zu leisten durch entsprechende Bildungskonzepte und Lebensarbeitszeitkonzepte. Es gibt ja auch zu Recht als Thema beim demografischen Wandel und in der Demografiestrategie der Bundesregierung das Stichwort „Bildungsbiografie“. Zweites Stichwort: „Gute Arbeit“. Bei der Arbeitszufriedenheit sehen wir eigentlich mehr oder weniger eine Konstanz, auch in der Veröffentlichung „Wohlstand in Zahlen“ der „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“, die Herr Kollege Prof. Schmidt hier ausgelegt hat, ist ja eine vergleichbare Indikation ausgewiesen, die die Zufriedenheit mit Arbeit und Einkommen beschreibt. Das ist mehr oder weniger robust, wenn Sie sich das dort auf der Seite 20 ansehen, die Auswertung der SOEP-Daten sind ja auch bekannt. Wir haben natürlich gegenläufige Trends dahinter. Auf der einen Seite gibt es eine sinkende durchschnittliche Arbeitszufriedenheit mit zunehmendem Durchschnittsalter der Belegschaften. Auf der anderen Seite führen höhere Qualifikationsanforderungen dazu, dass die Zufriedenheit zunimmt. atypische Beschäftigungsformen hatte ich erwähnt; die eigentliche Herausforderung liegt hier darin, dass wir daraus eine stabile Entwicklung nach oben möglich machen. Dass wir heute netto Menschen im Arbeitsmarkt dadurch behalten gegenüber einer anderen Situation noch vor der Jahrtausendwende, ist zunächst einmal aus meiner Sicht positiv zu bewerten. Die Teilzeitarbeit ist hier sicherlich ein weiteres relevantes Thema. Wir haben dabei einen Anteil, der unfreiwillig in Teilzeit geht. Das ist nach Mikrozensusserhebungen aber nicht der größte Anteil, sondern im Wesentlichen sind die meisten dort, weil das auch ihrer Präferenzlage entspricht. Aber Teilzeit ist weiblich, das ist auch ein deutliches Phänomen. Insofern erkennen wir hier einen Zusammenhang, den Frau Prof. Biesecker ja auch zu Recht angesprochen hat, mit der Betreuungsinfrastruktur, die ja in vielerlei Hinsicht hoch bedeutsam ist, um die Mobilisierung für Erwerbsarbeit dann auch möglich zu machen. Aber noch einmal: Diese Entwicklung ist nicht gegangen auf Kosten des Normalarbeitsverhältnisse - wenn Sie es auf alle Erwerbspersonen beziehen, sind die bei einem Anteil von mehr oder weniger 38/39 Prozent stabil. Das ist eigentlich, wenn ich es so sagen darf, wenn man mal so drauf schaut und die Debatten unserer Zeit beachtet und daran erinnert, wie lange wir eigentlich schon über „Zukunft der Arbeit“ reden, eine Debatte, die wir schon lange führen. Es ist ganz erstaunlich, wie robust unser System ist unter den Bedingungen, unter denen es sich nun einmal bewegt. Soziale Sicherung - und das war ja ein weiterer Schwerpunkt - ist natürlich mit

Blick auf die Erwerbstätigkeit von hoher Bedeutung. Die soziale Sicherung bei uns ist so konstruiert, dass sie die Normalarbeitssituation voraussetzt, also die Sozialversicherungspflichtigkeit. Ich hatte schon darauf hingewiesen, dass der bis 2004 zu beobachtende sinkende Anteil von Sozialversicherungspflichtigen an allen Erwerbstätigen sich nicht weiter fortgesetzt hat. Das ist zunächst einmal eine wichtige positive Botschaft. Wenn wir den Aufbau von Beschäftigungen von 1998 bis 2000 anschauen, war damals der Anteil bei den neuen Jobs, die sozialversicherungspflichtig waren, bei 46 Prozent. Nach 2006 war der Anteil der Sozialversicherungspflichtigen bei über 95 Prozent. Das heißt also: auch hier hat sich etwas in der Qualität der neuen Jobs verändert, zumindest in einer Weise, die man nicht per se als negativ bewerten kann. Sicherlich gehört dazu auch eine Debatte über die Zeitarbeit und die Flexibilisierungsmuster, die dazu möglich sind. Zeitarbeit als zweite Lohnlinie wäre sicherlich fatal. Als Flexibilisierungsinstrument, als Instrument des Ausgleichs betrieblicher Auslastungsspitzen ist sie aber genau das, was natürlich auch zur Sicherung der Stammebelegschaften führt. Wir haben, das sollte man auch schon sehen, in mehrerer Hinsicht eine Regulierung des Arbeitsmarktes, die eigentlich die Stammebelegschaften schützt, Stammebelegschaften stabilisiert und damit dort auch ein höheres Maß an Sicherheit gewährt. Aber wir bekommen das nur deshalb hin, weil wir natürlich auch den Flexibilitätsmustern weltwirtschaftlicher Nachfrage von Produktionszyklen und von strukturellen Veränderungen in der Nachfrage Rechnung tragen müssen, indem entsprechende Anpassungen in der Kapazität des Faktors „Arbeit“ möglich sind, die sich mit angemessenen Transaktionskosten verbinden. Als letztes noch einmal zum Stichwort: „Steuerung demografischer Wandel“, so war es ja auch in der Reihenfolge der Stichworte hier vorgenannt. Das ist sicherlich mit Blick auf die verschiedenen Finanzierungsinstrumente nicht eindeutig zu beschreiben. Wir haben zu Recht darauf hingewiesen, dass die Umsatzsteuer mittlerweile mit einem Volumen von etwa 190 Milliarden oberhalb der Lohn- und veranlagten Einkommenssteuer mit knapp 172 Milliarden Aufkommen liegt, das heißt, es gibt eine Struktur, die wir ja nicht nur in Deutschland beobachten. Es hat eine Verschiebung hin zu den indirekten Steuern stattgefunden. Die Frage, wie sich das letztlich im demografischen Wandel gestaltet, hängt natürlich entscheidend davon ab, mit welchen Arbeitsvolumina wir agieren, mit welchen Zeitgrenzen und mit welchem Rentenzugangsalter. Denn auch dieses wirkt sich hier aus, ob sie in Erwerbstätigkeit bleiben und mit einem späteren Renteneinstieg als im

Normalfall auch bis dahin eine entsprechende andere Basis der Steuerentwicklung haben. Typischerweise ist es so, dass der Grenz- und Durchschnittssteuersatz von Ruheständlern niedriger ist als der von Erwerbstätigen. Insofern ist das natürlich in einer Gesellschaft, in der sich das dorthin bewegt, allein mit Blick auf die direkten Steuern ein Problem und deswegen stellt sich die Frage, wie man das ausweitet. Man wird dabei auch nicht außen vorlassen können die ja hier immer nicht mit betrachtete Gemeindesteuer, das heißt die Gewerbebeertragsteuer, die ja eine eigene Logik hat, aber sich natürlich noch einmal auf eine bestimmte Art und Weise an dieser Form der direkten Erträge beteiligt. Das führt zum allerletzten Punkt, der ja auch gefragt worden war: „Gender Pay Gap“. Wir haben dazu ja auch am Institut diverse Analysen gemacht. Ich hatte zunächst darauf hingewiesen, dass die Frauenerwerbstätigkeit deutlich angestiegen ist, dass da auch Daten heute noch mal gekommen sind, wonach wir bei den ersten zehn Ländern weltweit auf Platz acht liegen. Das sagt noch nichts über die Qualität aus, aber dass die Erwerbsintegration heute eine andere ist als früher. Der Aufbau der Kinderbetreuungsinfrastruktur als zentrales Thema ist genannt worden. Die Lohnlücke betrug nach dem Statistischen Bundesamt 2011 23 Prozent. Sie hat sich gegenüber 2006 nicht verändert. Das ist der Wert – wie Sie alle wissen - der nicht bereinigt ist um entlohnungsrelevante Eigenschaften wie Berufserfahrung, Bildungsniveau, Erwerbsumfang, Beruf und Branche. Wenn man das macht, dann bleiben am Ende bei zwei Personen, die in unterschiedliche Branchen sind und unterschiedlichen Professionen nachgehen, eine Lohnlücke von 6,7 oder 8 Prozent übrig. Das ist sicherlich etwas, was dann der höheren Diskontinuität von Erwerbsprofilen bei Frauen zuzuordnen ist. Dann sind wir wiederum bei der Frage der Infrastruktur. Es ist also heute noch, was wir beobachten, nicht so sehr die Frage des Beginns der Bildungsbiografie. Denn wir wissen auch, dass Mädchen Schulen und die Ausbildung heutzutage im Durchschnitt mit einer besseren Ausstattung verlassen, als das bei den Jungs der Fall ist. Dafür dann Sorge zutragen, dass in der Bildungs- und Erwerbsbiografie die entsprechende Wahrnehmung von Chancen auch nachhaltig gegeben ist, das ist die eigentliche Antwort auf diese natürlich nicht befriedigende Lohnlücke, die es dann unverändert gibt, egal wie man jetzt rechnet. Aber die 23 Prozent sind natürlich völlig unbereinigt, die man nicht gehaltvoll in diese Diskussion einbringen kann. Ja, das als ein Strauß von Anmerkungen zu den - von ihnen gewünschten – Themen. Vielen Dank.

Vorsitzende Abg. Daniela Kolbe (SPD): Herr Prof. Hüther, vielen Dank auch Ihnen für Ihre Einführung. Zumindest haben Sie meine Erwartung bestätigt, und wir haben hier doch recht unterschiedliche Positionierungen und auch Analysen sowie Empfehlungen gehört. Insofern würde es mich sehr verwundern, wenn wir nicht zunächst ins Verhandeln einsteigen, welche Analyse nun die präzisere oder die ist, die näher an der Realität ist. Es würde mich aber freuen, wenn wir in der kommenden Debatte jetzt auch ein Stück weit darüber sprechen, wie verschiedene Trends und verschiedene Zahlen zu bewerten sind. Aber ich würde mir wünschen, dass wir dann auch dazu kommen, darüber zu sprechen, was das für unsere Enquete-Kommission bedeutet, was Wohlstand und Arbeit miteinander zu tun haben und welche Empfehlungen wir als Gesamt-enquete möglicherweise dort geben wollen. Jetzt habe ich schon drei Wortmeldungen: Herr Hexel, Herr Prof. Paqué und Herr Dr. Zimmer, und ich nehme weitere sehr gerne entgegen. Herr Hexel.

SV Dietmar Hexel: Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Ich sehe das Thema: „Zukunft der Arbeit“ auch unter dem Gesichtspunkt, das wir ja ein Gesamtthema haben, nämlich: „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“, und dann müsste man ja sozusagen hinten anfangen. Wie ist es eigentlich mit der Lebensqualität? Und zusätzlich zu den eben gehörten Daten will ich eine Beobachtung schildern, die wir ja auch alle kennen. Wenn wir heute auf Europa schauen - das ja nicht nur ein deutsches Thema - dann stellen wir fest, dass 16 Länder in Europa eine Jugendarbeitslosigkeit von über 22,8 Prozent haben. 22,8 Prozent ist der Durchschnitt der EU, das heißt, in 16 Ländern haben junge Menschen unter 25 Jahren im Moment keine Arbeit und keine Perspektive. Die zweite Bemerkung ist: - da stimme ich Herrn Prof. Hüther zu - in den letzten acht bis neun Jahren hat es in der Tat erstaunliche Dinge geben, wobei die Zunahme der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten noch eine der positiven ist. Wenngleich man auch da natürlich genau hinschauen muss und fragen: Wie viele sind davon eigentlich vollbeschäftigt und wie viele sind nicht vollbeschäftigt und können von ihrem Einkommen nicht leben? Die anderen erstaunlichen Dinge, die sich ergeben haben, sind aber in den letzten zehn Jahren etwas schwierig. Wenn sie zum Beispiel schauen, wie das ist mit den Minilöhnen und dem Niedriglohn, dann stellen wir fest, dass wir 2010 knapp 8 Millionen Menschen haben, die im Niedriglohnsektor arbeiten. 5 Jahre vorher waren es erst 5,6 Millionen. Das heißt, wir haben eine Steigerung von 17,7 Prozent auf 23,1 Prozent gehabt. Da stellt sich die

Frage zum Niedriglohn: Ist das jetzt mehr Lebensqualität, ist das mehr Wohlstand oder ist das weniger für fast 8 Millionen erwerbstätige Menschen in Deutschland? Zweitens: die Frage der Leiharbeiter haben Sie auch angesprochen. Ich stimme Ihnen da auch zu, dass wir Zeitarbeit in der Tat brauchen als Flexibilisierungsinstrument, insbesondere weil der Fachkräftemangel ja nicht abnehmen wird die nächsten zehn Jahre, was selbstverschuldet von Unternehmen ist, die nicht ausgebildet haben. Das war ein bisschen Psychologie. Aber die Zeitarbeiter werden eben nicht besser bezahlt für ihre Flexibilität, was ja anzunehmen wäre. Wenn wir flexibler sein sollen, müsste man ja auch logischer Weise ein bisschen was drauflegen. Das wird aber nicht gemacht, sondern sie verdienen 30 Prozent weniger als ein normaler Arbeitnehmer. Egal ob er bei Schlecker die Regale einräumt oder bei VW am Band steht. Und das ist ein Problem, weil das eine alte, uralte Forderung ist, über 100 Jahre ist sie alt: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit. Die Forderung: „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ ist - glaube ich - ein Thema der Lebensqualität und wird durch Leiharbeit zurzeit in Deutschland nicht gebracht. Übrigens: Indonesien hat gerade für 10 Millionen Arbeitnehmer die Leiharbeit – ich glaube - im Industriesektor - abgeschafft. Vorbildlich. Der dritte Punkt, den ich sagen will, ist: – wenn ich mir das so anschau – bekommen wir es hin, die Erwerbsarbeit so umzuorganisieren, dass wir so ein bisschen Freizeit und gesellschaftlich wunderbare Arbeit haben und andere? Ich bin da skeptisch. Es gibt da ja all diese Visionen. Ich habe das auch noch mal dankenswerter Weise in dem Buch von Herrn Reuter nachgelesen. Das Zitat lautet: Zum ersten Mal seit seiner Erschaffung wird der Mensch damit vor seine wirkliche, seine beständige Aufgabe gestellt sein, wie seine Freiheit vom Drücken der wirtschaftlichen Sorgen zu verwenden und wie seine Freizeit auszufüllen ist. Die Freizeit, die Wissenschaft und Zinseszins für ihn gewonnen haben, damit er weise, angenehm und gut leben kann. Und er sagt dann weiter, nämlich der Keynes natürlich, drei Stunden am Tag reichen völlig aus, um den alten Adam in den meisten von uns zu befriedigen, der so mächtig ist, dass jedermann wünschen würde, irgendeine Arbeit zu haben. Das war 1930. Er hat das in der Annahme gemacht, dass die Produktivität sich gut entwickelt. Hätte der Keynes gewusst, wie die Produktivität sich wirklich entwickelt, hätte er wahrscheinlich nicht drei Stunden geschrieben, sondern eine. Und jetzt kommen wir zu einem Trend, den Sie nicht genannt haben, beide nicht. Die Produktivität in der Industrie weltweit ist auf einem Level, wo man sagen kann: Gut, da geht noch ein bisschen, aber nicht viel. Aber es geht

immer noch ein bisschen. Wenn die Industrie in Deutschland ihr Konzept Industrie 4.0 macht, werden jede Menge Arbeitsplätze in der Industrie überflüssig, durch Automatisierung und Digitalisierung der gesamten Wertschöpfungskette. Das kann man gut oder schlecht finden, aber das ist nun mal das Ergebnis. Das zweite ist: Der Verwaltungssektor und der Wissenssektor sind noch nicht digitalisiert. Das beginnt gerade. Wenn das in der Geschwindigkeit der letzten zehn Jahre zunimmt, werden wir jede Menge einfache Arbeiten los. Da brauchen Sie keinen mehr, der schreibt, der Belege ausfüllt. Da brauchen Sie überhaupt gar keinen mehr. Das heißt, wir haben eine neue Welle sozusagen von Leuten, die keine Arbeit mehr finden, wenn sie nicht anders qualifiziert sind. Und da ist das Thema, dass der eine Trend nicht genannt wurde: Wir haben ein chronisches Bildungsgefälle und eine Verfestigung, zumindest in Deutschland. Wir haben eine Langzeitarbeitslosigkeit in Deutschland, die sich nicht abbaut. Nur statistisch, in Wahrheit aber nicht. Sie kennen das Beispiel Schlecker. Alle Länder suchen händeringend Erzieherinnen. Dann kam die Ministerin auf die Idee, die Schlecker-Frauen ausbilden zu lassen. Eigentlich war das eine gute Idee. Von den 6.300 Schlecker-Arbeitnehmerinnen, die arbeitslos wurden, sind 3.600 Hartz IV-Empfängerinnen. Davon konnten 800 eine solche Ausbildung machen. Davon wiederum sind 70 Prozent durch die Prüfung gefallen, obwohl alle die mittlere Reife hatten. Warum ist das so? Weil erstens die Schulen nicht in der Lage waren, die Zertifizierungsgebühr aufzubringen, damit sie die Frauen ausbilden können, da gab es nur bestimmte private. Zweitens: Sie haben eine Studiendauer von drei Jahren, nicht ein oder zwei Jahre. Drittens haben sie das Problem, dass sie eine solche verkürzte Ausbildung mit den Anforderungen, die eine fachliche Prüfung stellt, nicht in Einklang bringen können. Das Ergebnis ist: Obwohl es den gesellschaftlichen Bedarf und gute Frauen gibt, die alle wollten, bekommen Sie das in der Institution nicht hin. Das heißt, Sie müssen die Institutionen ändern in der Bundesrepublik Deutschland, wenn Sie mehr Lebensqualität und mehr Arbeit für solche Umbrüche, die passieren werden durch die höhere Produktivität, erreichen wollen. Das geht mit den klassischen Mitteln nicht und, Herr Prof. Hüther, schon gar nicht mit weiteren Deregulierungen. Das Problem ist doch, dass wir alle als Menschen einen bestimmten Sicherheitsvorrat brauchen. Und diesen Sicherheitsvorrat gibt es nur, wenn wir eine Zukunft haben. Also müssen wir in der Lage sein, die Institutionen so umzustricken, dass wir den jungen Menschen - siehe mein Anfangsstatement - eine Gelegenheit geben und sagen: Ok, du wirst in



deinem Leben nicht 45 Jahre arbeiten, du wirst auch nicht nur 30 Jahre arbeiten, du wirst Brüche haben, aber wir sichern dir zu, dass du während dieser Brüche entweder eine Ausbildung haben kannst oder zumindest nicht in Hartz IV fällst. Das heißt, wenn wir diese Sicherheit nicht geben, wird es nichts mit der Umgestaltung der Erwerbsarbeit, vor allem wird es nichts mit der Lebensqualität. Dann bleibt es dabei, dass die Einkommensverteilung, wie sie jetzt ist, von der Arbeit massiv zur Kapitaleseite gewandert ist. Ich brauche das nicht zu referieren, sie kennen den Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Dass das anhält und wir eine Polarisierung bekommen in der Gesellschaft mit sehr, sehr viel Armen und Leuten, die im Niedriglohnsektor sind, ob mit oder ohne Grundsicherung, wäre mir mal egal, jedenfalls ohne gesellschaftliche Anerkennung durch Arbeit. Und dass es zweitens wenige Reiche gibt, die davon leben können. Das ist aber nicht das Ziel von Lebensqualität. Das Ziel ist, dass die Arbeit eine neue Qualität bekommt und wir jedem jungem Menschen und jedem anderen sagen können: Jawohl, die Gesellschaft braucht dich und du wirst auch eine Erwerbsarbeit in einer bestimmten Form haben, solange du das gesundheitlich kannst und auch willst.

Vorsitzende Abg. Daniela Kolbe (SPD): Vielen Dank, Herr Hexel. Dann bitte Prof. Paqué.

SV Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué: Ich möchte aus wissenschaftlicher Sicht einfach eine Frage aufwerfen, die konkret an den Titel dieser Sitzung anknüpft. Es geht hier um die Zukunft der Arbeit. Es geht nicht um die Vergangenheit, sondern es geht um die Zukunft, und wenn Sie mir erlauben, einen kurzen historischen Rückblick zu machen: wenn 1972, also vor 40 Jahren, eine solche Diskussion stattgefunden hätte - ich weiß nicht, ob sie stattgefunden hat - dann hätten wahrscheinlich alle damals, es war noch die Zeit der Vollbeschäftigung in Westdeutschland, die Zukunft der Arbeit nach den Erfahrungen der 50er- und 60er-Jahre sehr positiv gesehen. Drei Jahre später war eine Massenarbeitslosigkeit da, die uns nicht mehr verlassen hat. Bis vor wenigen Jahren - Herr Prof. Hüther hat es ja aus meiner Sicht eindrucksvoll beschrieben - wo wir einen neuen Trend oder eine neue Entwicklung beobachten. Ob es ein Trend ist, ist eine andere Frage. Meine Frage ist: Könnte es nicht sein, dass wir jetzt wieder in eine ähnliche Falle tappen, und da schaue ich natürlich vor allem auf das Referat von Frau Prof. Biesecker, denn wir haben jetzt wirklich 40 Jahre Massenarbeitslosigkeit hinter uns, zunächst in Westdeutschland. Die Babyboomer drangen in den Markt ein, gleichzeitig gab

es die Ölkrisen, die Rezessionen und die Massen-, die Sockelarbeitslosigkeit. Die Langzeitarbeitslosigkeit wurde zu einem Dauerphänomen. Dann gab es Ende der 80er-Jahre kurzfristig so eine leichte Verbesserung. Dann kam die deutsche Wiedervereinigung und mit einem Schlag hatten wir wieder eine ganze Generation von Menschen, die industrielle Arbeitsplätze suchte und natürlich die Lohnentwicklung nach unten gedrückt hat. Es gab sozusagen die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes und betriebliche Vereinbarungen. All dies ist ja nicht nur vom Himmel gefallen, sondern es ist vor allem auch das Ergebnis einer hohen Arbeitslosigkeit gewesen, auf der einen Seite durch die industriellen Krisen, also den Einbruch der Nachfrage, auf der anderen Seite durch die Babyboomer, die Jobs suchten. Das Interessante ist, und das hat Herr Prof. Hüther beschrieben, dass es seit einigen Jahren, also nachdem wir jahrelang Trends beobachtet haben wie mehr befristete Beschäftigungen, mehr Zeit- oder Leiharbeit und steigende Langzeitarbeitslosigkeit, dass wir bei all diesen Trends ab Mitte der letzten Dekade eigentlich ein Ende – zum Teil sogar einen Trendbruch – erkennen. Wir wissen noch nicht, ob es wirklich ein Trendbruch ist, aber wenn wir in die Zukunft sehen und eine vernünftige Aussage darüber treffen wollen, müssen wir im Grunde Prognosen machen über die wesentlichen Determinanten in der Zukunft. Und das ist auch wieder Arbeitsangebot und Arbeitsnachfrage. Auf der Arbeitsangebotsseite wird in wenigen Jahren der demografische Wandel dafür sorgen, dass die Anzahl der Erwerbspersonen drastisch zurückgeht und vor allem die Anzahl der Fachkräfte drastisch zurückgeht. Das wird ab 2020 erfolgen, wenn die Babyboomer-Generation ausscheidet. Der Sachverständigenrat hat das ganz eindrucksvoll gezeigt. Gleichzeitig sehen wir die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie deutlich verbessert und wir haben eigentlich eine Situation, wo alle Zeichen der Indikatoren wieder auf eine Expansion stehen. Das gilt übrigens auch für die Löhne, denn die Facharbeiterknappheit wird natürlich aus meiner Sicht den Lohndruck, den wir nach unten erlebt haben, umkehren. Wir werden wahrscheinlich ganz ordentliche Lohnsteigerungen in den nächsten Jahren bekommen. Dies ist übrigens eine deutschlandspezifische Entwicklung, oder eine Entwicklung, die typisch ist für das westliche Zentrum Europas. Ich rechne da Österreich mit dazu, Holland, Dänemark, Schweden, also alle Länder mit einer starken Industrie, die sich in den letzten Jahren innovationskräftig im Weltmarkt bewährt hat. Es ist nicht die Entwicklung, die wir in Südeuropa beobachten mit den dramatischen Jugendarbeitslosigkeitszahlen. Herr Hexel hat das erwähnt, und insofern

spaltet sich an dieser Stelle Europa. Also wenn wir über Deutschland reden, sehe ich eigentlich von den fundamentalen Trends überhaupt keine Fortschreibung der Situation wie wir sie in den letzten vier Dekaden hatten, sondern eigentlich eine sehr positive Entwicklung am Arbeitsmarkt, die neue Probleme schafft. Herr Hexel hat es auch angesprochen, dass wir im Bildungsbereich, was die Mobilisierung und Motivation der Menschen betrifft, eine ganze Menge machen müssen. Aber die Fragestellung wird sich möglicherweise total umkehren. Bisher ging es darum, permanent etwas dafür zu tun, dass die Langzeitarbeitslosigkeit sinkt und Randgruppen noch integriert werden. Ich könnte mir vorstellen, dass sich die Fragen in der Zukunft ein gutes Stück verlagern. Also ein Kommentar und eine Frage: Mich würde natürlich interessieren, wie Sie, Frau Prof. Biesecker und Herr Prof. Hüther - Sie haben ja mehr in die Vergangenheit gesehen, als in die Zukunft - diese Trends sehen.

Vorsitzende Abg. Daniela Kolbe (SPD): Herr Dr. Zimmer und dann würde ich Gelegenheit zur Reaktion geben.

Abg. Dr. Matthias Zimmer (CDU/CSU): Ich will hauptsächlich auf den Beitrag von Frau Prof. Biesecker eingehen. Da ich da so viele Punkte habe, denen ich vehement widersprechen will, kann oder sollte, will ich zunächst einmal mit etwas anfangen, was uns vielleicht sozusagen versöhnlich stimmt zum Anfang, wo ich ganz Ihrer Meinung bin, nämlich bei der Kritik der Ökonomie als einer positivistisch halbierten Rationalität. Da bin ich ganz bei Ihnen, wenngleich ich schon der Meinung bin, dass die Ökonomie bei der Frage der Arbeit die personale und die transzendente Dimension von Arbeit nicht genügend oder gar nicht berücksichtigt. Ich will darauf gleich noch mal zurückkommen. Ein bisschen geärgert hat mich Ihr Anspruch, mit dem Papier eine feministische Perspektive in die Diskussion einbringen zu wollen, da Sie befürchten, dass dieses aufgrund des fast vollständigen Ausschlusses von Expertinnen ausgeblendet wird. Da will ich nur darauf hinweisen, dass wir durchaus auch feministische Perspektiven in der Arbeit der Enquete-Kommission debattiert haben, dass es nicht unbedingt der Frauen bedarf, um feministische Perspektiven zu formulieren und dass sich nicht alle Frauen feministische Perspektiven zu eigen machen. Aber ich glaube, einer der Hauptpunkte der mich sozusagen zum Widerspruch reizt, ist Ihre Aussage: „Gute Arbeit ist eine, die ein gutes Leben im Einklang mit der Natur ermöglicht.“ Nun will ich nicht in eine bio-politische Diskussion hier verfallen, aber schon darauf hinweisen, dass wenn eine gute Arbeit ein gutes Leben im Einklang mit der Natur

ermöglicht, dass das natürlich auch auf die Natur des Menschen zutrifft. Und die Natur des Menschen ist weniger dadurch charakterisiert, dass er gegendert ist, dass ist nämlich eine gesellschaftliche Kategorie, sondern dass er personal orientiert ist. Das ist sozusagen im Humanum mit drin enthalten, und deswegen glaube ich schon, dass ihr Konzept einer gegenderten Sicht der Arbeit weder heuristisch noch politisch Priorität genießt gegenüber dem Konzept einer naturalen oder personalen Dimension von Arbeit, wie sie beispielsweise in der Soziallehre oder der Sozialethik der Kirchen zum Ausdruck kommt. Damit verschieben sich im Grunde genommen auch ganze Argumentationsstränge. Auch die Frage der Arbeitsteilung wird dann in diesen Kontexten völlig anders zu beantworten sein. Ein letzter Punkt, der mich natürlich zum heftigen Widerspruch reizt, sind Ihre Ausführungen zum bedingungslosen Grundeinkommen. Das ist sicherlich nicht überraschend. Ich glaube schon, dass mit dem bedingungslosen Grundeinkommen etwas getan wird, vor dem wir uns hüten sollten: es wird nämlich die Axt angelegt an den Europäischen Grundwert der Solidarität. Solidarität setzt Reziprozität voraus, und die Bedingungslosigkeit des Grundeinkommens dispensiert von dieser Reziprozität. Der zweite Punkt, der mich an der Stelle auch immer wieder in den Diskussionen ärgert: Das bedingungslose Grundeinkommen geht von einem zu verteilenden Produktivvermögen aus, das ceteris paribus gleichbleibt, das also nicht in die dynamische Betrachtung einbezogen wird, sondern das lediglich statisch betrachtet wird. Was ich dabei vollständig vermissem, und ich glaube das ist auch der Punkt, woran dieses bedingungslose Grundeinkommen am Ende des Tages dann auch in der Theorie scheitert, ist, dass es die Verhaltensänderungen nach Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens auf die Arbeitsethik und die damit vermutlich einhergehenden Produktivitätsrückschritte in keiner Weise berücksichtigt. Also alles in allem habe ich so ein bisschen den Eindruck, dass es - nehmen Sie es mir nicht übel - so ein bisschen Träumerei am Bremer Kamin ist, die die Zukunft der Arbeit bei Ihnen charakterisiert, die aber aus meiner Sicht weder wissenschaftlich valide noch politisch umsetzbar ist.

Vorsitzende Abg. Daniela Kolbe (SPD): Vielen Dank, dann haben wir jetzt genügend Stoff für eine erste Antwortrunde. Ich würde wieder als erstes Prof. Biesecker das Wort geben, auch für die Möglichkeit, auf Prof. Hüther Bezug zu nehmen. Was ich mir wünschen würde, ist, dass wir vielleicht dem bedingungslosen Grundeinkommen sicherlich Raum einräumen, aber

ich glaube das wäre, wenn man alle Argumente wägen würde, auch Stoff genug für eine gesamte Sitzung. Also bitte ich uns alle darum, abzuwägen, wie viel Zeit wir darauf verwenden wollen. Frau Prof. Biesecker.

Prof. Dr. Adelheid Biesecker: Ich möchte kurz etwas zu Herrn Prof. Hüther sagen, aber dann zu einigen anderen Punkten. Sie haben Herrn Giersch zitiert. Ja, als ich in Bremen anfing, machte dieses Zitat die Runde. Zum historischen Höchststand der Beschäftigung: es geht schon um die Struktur dieser Beschäftigung. Und später sagen Sie, die Frauenerwerbstätigkeit steigt. Aber der Umfang der Arbeitszeit, den Frauen leisten, ist gleichgeblieben. Was sich ja dann bei der Teilzeitarbeit ausdrückt. Also mir geht es bei der ganzen Frage der Zahlen darum, zu sehen, was ist denn die Struktur? Und Sie sprechen von Freiwilligkeit in der Zeitarbeit. Ich kenne sehr viele Frauen, die alles andere als freiwillig diese zeitlich reduzierte Arbeit machen. Und insgesamt: Sie haben eben ausschließlich wieder über Erwerbsarbeit gesprochen. Ich sehe das anders und das ist mir wichtig, und ich spreche über Zukunft und nicht über Vergangenheit, über die auch. Meine These ist: Es gilt in Zukunft, das von den lebensweltlichen Prozessen her zu sehen: Was tut den Menschen gut? Ich würde nicht die ganze Frage der Sozialethik mit einbeziehen. Ich bin im Netzwerk „Vorsorgendes Wirtschaften“, und wir begründen dort Ökonomie mit der feministischen Wirtschaftsethik und mit der Sorgeethik. Menschen haben und brauchen auch im Ökonomischen Ethisches. Und wenn ich von Natur spreche, da komme ich gleich noch zu, da gibt es auch die menschliche Natur. Aber gerade auch die äußerliche Natur und um die geht es auch, wenn wir die Arbeit verändern. Jetzt mache ich bei Ihnen erst einmal Schluss, weil wir ja nicht nur in einer Podiumsdiskussion sind. Zurück zu Herrn Hexel: Keynes und seine drei Stunden für den alten Adam - das kann er machen, wenn er die Eva hinter sich hat. Sie vergessen mir immer die Eva an dieser Stelle. Auch die ganze Diskussion geht eben wieder nur darum. Die Perspektive von dem Ganzen der Arbeit sagt: Wir haben so viel anderes zu tun als die jetzige Erwerbsarbeit. Die alternde Gesellschaft ist eine Aufgabe. Menschen eine gute Pflege zu ermöglichen ist eine Aufgabe, der wir noch nicht annähernd gerecht werden. Die Natur pfleglich zu behandeln, ihr ihre Zeit für die Regeneration zu lassen, ist eine Tätigkeit, der wir auch überhaupt noch nicht gerecht werden. Um diese Dinge geht es auch, wenn wir über Zukunft der Arbeit reden. Und dabei um die Frage: Wie kann die Erwerbsarbeit in ein solches System integriert werden, wie kann sie auch

selber naturgemäß und lebensfreundlich werden? Lebensfreundlich, das ist ganz entscheidend. Das heißt, den Menschen guttun, das meine ich mit gutem Leben. Herr Hexel, Sie haben zu Recht darauf hingewiesen, dass wir zu wenig über Bildung gesprochen haben. Das stimmt, und diese Verkrustung da ist eine ganz zentrale Geschichte. Da gebe ich Ihnen vollständig recht. Und auch dem Hinweis auf die strukturelle Entwicklung, wir gehen in eine geteilte Gesellschaft. Sie kennen ja wahrscheinlich alle diese Studie von Wilkinson und Pikett: „Gleichheit ist Glück“, nicht Wachstum. Die Autoren haben untersucht, was ist eigentlich der Unterschied in Gesellschaften, die gleich reich sind mit unterschiedlicher Verteilung. Und sie stellen fest: Reiche Gesellschaften, in denen die Unterschiede der Verteilung sehr groß sind, sind unglückliche Gesellschaften. Reiche Gesellschaften mit einer – nicht Gleichverteilung, aber - Reduktion in dieser Lücke sind glückliche Gesellschaften, und zwar in allen Schichten. Diese Studie ist wirklich eine ganz spannende, sehr zahlenbasiert, wunderbar. Herr Hexel, Sie haben aber auch wieder nur von Erwerbsarbeit gesprochen. Sie sagen am Ende: Jeder soll Zugang zu Erwerbsarbeit haben. Ja, dafür bin ich auch. Aber jeder soll auch Zugang zur unbezahlten Sorgearbeit haben – oder, wir nennen sie jetzt unbezahlt, vielleicht bezahlen wir sie auf eine andere Art und Weise, das wird sich zeigen. Diesen Zugang müssen wir auch denken, diese ganzen Tätigkeiten brauchen Zeit. Da können wir nicht nur über Erwerbsarbeit sprechen. Wir haben nicht mehr so viel Zeit für Erwerbsarbeit, wir haben zu viel anderes zu tun. Und da haben wir ganz viele Menschen, die wir integrieren können. Und das ist auch eine Geschlechterfrage. Wenn Sie sich jetzt Schlecker ansehen: Wer wäre auf die Idee gekommen, wenn ein Automobilunternehmen Pleite gemacht hätte, die entlassenen Männer zu Pflegekräften umzuschulen? Kein Mensch wäre da auf die Idee gekommen. Und das in anderthalb Jahren, wo die Ausbildung sonst drei Jahre dauert. Das muss ja scheitern. Also, da haben wir eine geschlechtliche Strukturierung der Argumentationen und des Verhaltens, um die es mir auch geht, und zwar nicht einfach nur, weil ich sage: Ich bin Feministin, sondern weil die Zukunft der Arbeit sonst keine Chancen hat. Das ist das Zentrale. Noch zwei Argumente, dann höre ich erst einmal auf, weil es sonst zu lang ist. Herr Prof. Paqué, Sie hatten mich nach Trends gefragt. Meine These ist, dass ein zentraler Trend übersehen wird: Der Trend in eine Gesellschaft, in der wir ganz viel Sorgearbeit brauchen, für Menschen und für die Natur. Und das wir sehen müssen, wie bekommen wir das hin? Wie können wir da unsere Sozial-, unsere Finanzierungs- und unsere Arbeitssysteme

umstellen? Das ist etwas ganz Zentrales. Dann muss ich noch ganz kurz zu dem letzten Kollegen wieder kommen. Es bedarf nicht der Frauen, um feministische Perspektiven zu haben. Nein, ich bin über jeden Mann froh. Aber ich kann Ihnen sagen, ich habe 33 Jahre an der Universität Bremen gelehrt und ich habe nur zwei Männer gefunden, die überhaupt an diese feministische Perspektive gedacht haben. Ich bin über jeden Mann froh, aber ohne Frauen geht es wirklich nicht.

Abg. Dr. Matthias Zimmer (CDU/CSU): Warum sehen Sie mich denn so an?

Prof. Dr. Adelheid Biesecker: Ich sehe Sie an, weil Sie es gesagt haben. Und als Letztes nun zum Grundeinkommen: Ich habe ausdrücklich von einem bedingungsvollen Grundeinkommen gesprochen. Das ist eine Diskussion, die finde ich aber wichtig. Es geht mir wirklich darum zu sagen, in welcher gesellschaftlichen Struktur kann ein Grundeinkommen etwas Positives sein. Ich bin keine Anhängerin davon, einfach zu sagen: bedingungslos und wir diskutieren nur über die Höhe. Das bin ich nicht, und ich glaube, das funktioniert so auch nicht.

Vorsitzende Abg. Daniela Kolbe (SPD): Herr Prof. Hüther.

Prof. Dr. Michael Hüther (IW Köln): Vielen Dank für die Anmerkung. Ich will am Anfang noch einmal den Punkt von Herrn Prof. Paqué aufnehmen. Die Diskussion, die wir hier führen - und Frau Prof. Biesecker, die Thesen die Sie vortragen - die hätten mich vor 15 Jahren nicht überrascht. Aber seitdem ist in der Tat eine Menge passiert. Und das müssen wir doch einfach mal zur Kenntnis nehmen, auch wenn es Ihnen an bestimmter Stelle nicht gefällt. Ich meine, Herr Hexel, es ist ja völlig richtig, dass das dramatisch ist mit der Jugendarbeitslosigkeit in Europa, ich teile das völlig. Aber dann müssen Sie auch gleichzeitig mal sagen, wie es in Deutschland ist.

SV Dietmar Hexel: In Deutschland sind das 8,8 Prozent.

Prof. Dr. Michael Hüther (IW Köln): Ja, und Deutschland ist das einzige Land, wo es gelungen ist, in der Krise die Jugendarbeitslosigkeit gegen den Trend zurückzufahren. Und das müssen wir doch einmal sagen. Ich verstehe auch gar nicht, dass Sie das immer verschweigen, das muss man doch mal bei Ihnen herauslocken, dass Sie es sagen. Es ist doch auch Ihr Anteil, die Gewerkschaften und die Unternehmen zusammen haben doch durch das Modell der dualen Berufsausbildung diesen Weg geebnet. Jetzt

muss man doch mal sehen: Die duale Berufsausbildung ist konzipiert worden für die Industriewelt. Und es ist gelungen, sie zu transferieren und arbeitsfähig zu machen, flexibel zu machen für die veränderten Berufsbilder. Was da alles passiert ist in den letzten 15 oder 20 Jahren. Es hat ja niemand gesagt, dass wir jetzt hier irgendwo im Paradies sind, in diesem Raum sowieso nicht. Aber doch einfach mal zu sehen, was sich an Trends geändert hat. Und wenn Herr Prof. Paqué nach den Trends fragt - und die Fragen haben Sie uns ja auch gestellt - dann stelle ich ja zunächst einmal fest, dass etwas passiert ist, das es laut einer bestimmten Diskussion, Herr Hexel, gar nicht hätte geben dürfen. Es ist nämlich parallel die verdeckte Arbeitslosigkeit zurückgefahren worden. Es hieß in den 90er-Jahren immer - ich kenne noch gut die Diskussion, Herr Prof. Paqué, damals haben wir die ja gleichermaßen geführt im Sachverständigenrat - wenn ihr die aktive Arbeitsmarktpolitik reduziert, wird das im Sinne kommunizierender Röhren zu einem Anstieg der offenen Arbeitslosigkeit führen. Nichts davon ist so eingetreten. Noch mal: Niemand sagt, dass es gut ist, aber es ist besser geworden und ich würde dieses gerne einfach noch mal betonen. Also auch die Summe der Arbeitslücke, wenn Sie so wollen, die ist zurückgegangen. Noch einmal: Die Erwerbstätigkeit und die Qualität gemessen an der Sozialversicherungspflicht sind nicht weiter rückgängig. Und der Niedriglohnsektor, Herr Hexel, ist angestiegen von 1997 bis 2004/2005 und seitdem ist er im Trend seitwärts. Da muss man ja auch mal sagen, dass da ja offensichtlich vorher etwas war und dass wir seitdem etwas anderes erleben. Und noch mal die Jugendarbeitslosigkeit: Sie sagen, wir müssen die Institutionen ändern, das ist ja völlig richtig. Aber ich glaube, da müssen wir relativ wenig ändern. Wenn Sie Deutschland mit Frankreich vergleichen, dann ist dort in der Krise die Jugendarbeitslosigkeit von 17 Prozent auf knapp 23 Prozent angestiegen, und bei uns ist sie gesunken. Ja, da muss ich doch auch mal fragen, ob das vielleicht etwas mit dem Mindestlohn für den Berufseinstieg zu tun hat. Ich sage nicht, dass es die einzige Ursache ist, aber das auch dieser Mindestlohn möglicherweise einen fundamentalen Unterschied im institutionellen Setting gerade beim Einstieg in Arbeit mit bedeutet, kann ich doch nicht ausblenden. Es ist ja alles völlig richtig: Wir werden weitere Qualifizierungsmuster erleben. Aber die Debatte, die Sie andeuten über Automatisierung und Digitalisierung, die ist auch genau vor 40 Jahren das erste Mal geführt worden. Damals war das auch ein Streit im Sachverständigenratsgutachten. Ich glaube 1973/1974 ging es um das Thema Rationalisierungsinvestition, also genau die gleiche Frage. Und da gab es einen



Streit bei den Ökonomen. Die einen haben gesagt: Das führt zur Rationalisierung von Arbeit, wir haben also Arbeitslosigkeit. Die anderen haben gesagt: Nein, aber diese Rationalisierung setzt Möglichkeiten an anderer Stelle frei und schafft Raum für eine andere Organisation der Arbeit, eine andere Einbindung. Genau das ist auch passiert. Wenn das richtig gewesen wäre - diese These vor vier Jahrzehnten - , dürften wir heute nicht diese Erwerbstätigkeit haben. Ich will einfach darauf hindeuten, das sind ja alles spannende Themen, aber man muss dann auch schon mal bitte in die längere Frist hineinschauen und dann - aus meiner Sicht – relativiert es sich. Noch mal zum Niedriglohnsektor, wenn Sie das auf Lebensqualität beziehen: Ja, natürlich wird man da nicht eindeutig sagen können, das hat mit Lebensqualität zu tun. Aber wenn die Alternative ist, dass die Menschen außerhalb der Erwerbstätigkeit des Marktes sind, dann ist das ja zunächst eine bewertungsoffene Frage, also ob die stille Reserve oder die registrierte Arbeitslosigkeit besser ist als ein Teil der Einbindung im ersten Arbeitsmarkt. Das ist letztlich eine Bewertungsfrage. Ich will nur darauf hinweisen, dass man das sicherlich auch differenziert sehen muss. Herr Prof. Paqué, man kann die These so vertreten. Ich bin noch nicht ganz so optimistisch, weil wir natürlich auch wissen: So etwas kann schnell drehen. Geschäftsmodelle volkswirtschaftlicher Art sind eine Herausforderung. Wir sehen übrigens auch, dass wir Lohnprämien in den knappen Qualifikationen haben. Die Lohnbildung reagiert, denn wir haben Reallohnentwicklungen in der exportorientierten Industrie, die weit über dem Trend liegen, und wir haben Lohnprämien eindeutig dort, wo wir knappe Qualifikationen haben, in den technischen Berufen, im Bereich der Ingenieur Tätigkeiten. Insofern haben wir hier einen funktionsfähigen Markt zu erkennen. Ich neige auch zu der These, aber ich bin noch nicht ganz so optimistisch. Ich will es mal so formulieren, Herr Prof. Paqué: Ich glaube, dass wir da Chancen haben, aber es setzt natürlich auch voraus, dass wir den Rahmen jetzt einfach mal - der Blick zurück ist wichtig - in dem, was wir gelernt haben, auch nach Vorne fortschreiben. Insofern, mit der Sorgearbeit, Frau Prof. Biesecker, das ist ja alles richtig. Grundsätzlich gibt es eine veränderte gesellschaftliche Struktur. Es gibt in der Gesellschaft des langen Lebens andere Zeitmuster, andere Bedarfe, andere Krankheitsbilder, andere familiäre Strukturen, die eine Gesellschaft auch zur Kenntnis nehmen muss. Aber alles dieses muss irgendwie ja auch letztlich möglich gemacht werden aus einer Einkommenssituation, die die gesamte Volkswirtschaft prägt, und wir haben heute andere Möglichkeiten der Zeitaufteilung über Familie

und Beruf. Es ist eine andere Welt. Unternehmen werden - und das ist im 6. Altenbericht der Bundesregierung auch sehr deutlich auseinandendifferenziert worden - durch den Druck des Wettbewerbs um Arbeitskräfte eine andere Qualität der Personalpolitik weiterentwickeln müssen. Wir beobachten, dass große Unternehmen beispielsweise Konzepte der lebenszyklusorientierten Personalpolitik entwickeln. Man muss den Einzelnen in seiner Situation, in der Lebenslage als Familienmitglied, als Alleinstehenden, vom Alter, von der Gesundheit her sehen, das aber in einem Zyklus des gesamten Lebens betrachten. Und wir fragen im Augenblick: Wie kann es gelingen, das den vielen kleinen und mittleren Unternehmen wie dem 50-Mann Metallbaubetrieb in Siegerland gleichermaßen möglich zu machen, diese Antworten der betrieblichen Personalpolitik zu eröffnen? Aber noch einmal: Es findet nicht dort mehr bürgerschaftliches Engagement statt, wo wir über Arbeitszeitverkürzung die marktliche Beschäftigung zurückführen. Das ist die große Illusion der Debatte von vor vier, vor drei und vor zwei Jahrzehnten gewesen. Ich verweise hier auf die Studien - auch das ist im Altenbericht dargelegt - der Soziologie, die sich das entsprechend angeschaut hat. Noch einmal der zugespitzte Satz: „Wo das Erwerbsleben leer ist, ist in der Regel auch das Privatleben leer“. Die Hoffnung, weniger Zeit in der Erwerbstätigkeit führt automatisch dazu, stimmt nicht, sondern das Gegenteil ist korrekt: Die Leute, die erwerbstätig sind, haben eine andere soziale Einbindung und sie sind auch anders bürgerschaftlich engagiert.

Vorsitzende Abg. Daniela Kolbe (SPD): Dazu Frau Prof. Biesecker.

Prof. Dr. Adelheid Biesecker: Also ganz kurz zu zwei Punkten, weil das Letzte ist ja eines meiner Spezialgebiete. Zunächst: Wie kommt es, wenn die Lohnprämie bei Knappheit steigt, dass es in der Pflege keine steigenden Löhne gibt?

Prof. Dr. Michael Hüther (IW Köln): Weil wir in einem staatlich reguliertem Sektor sind, ganz einfach.

Prof. Dr. Adelheid Biesecker: Nein.

Prof. Dr. Michael Hüther (IW Köln): Ja.

Vorsitzende Abg. Daniela Kolbe (SPD): Frau Biesecker, Sie haben das Wort.

Prof. Dr. Adelheid Biesecker: Das andere noch mal: Sie sprechen von der

Gesellschaft des langen Lebens. Auch bei kürzerem Leben hatten wir dasselbe Problem. Sie sprechen die ganze Zeit ausschließlich von Erwerbsarbeit. Wer macht in Zukunft die steigende Sorgearbeit? Machen es nach wie vor die Frauen nebenbei und tun wir alles, damit wir ihnen zusätzlich die Erwerbsarbeit ermöglichen? Oder machen es Männer und Frauen gleichermaßen und verkürzen wir für die Männer eben auch die Arbeitszeiten? Ist es nicht etwas Gemeinschaftliches? Es ist gemeinschaftlich notwendige Arbeit und es ist nicht nur bürgerschaftliches Engagement. Ich verstehe nicht, warum Sie da immer gleich bei bürgerschaftlichem Engagement sind. Das sind zwei unterschiedliche Tätigkeiten. Bürgerschaftliches Engagement ist Arbeit an der Gesellschaft, die ich mit anderen zusammen mache und in der ich mich sozusagen mit anderen öffentlich auch darüber austauschen muss, wie es weitergeht. Die Sorgearbeit ist etwas ganz anderes, da geht es um die Ermöglichung, Lebensprozesse in Gang zu bringen und zu erhalten. Das ist etwas ganz anderes, das sind zwei unterschiedliche Tätigkeiten. Und, nein, das ist nicht eng, sondern gerade weit gefasst. Zur Frage der Arbeitszeitverkürzung: Natürlich steigert Arbeitszeitverkürzung nicht automatisch bürgerschaftliches Engagement, insbesondere nicht das, was an Arbeitszeit gebunden ist. Also wenn wir darüber jetzt weiterdiskutieren würden, würden wir in die Struktur des Engagements gehen, und da wissen wir ganz genau, dass gerade bei Männern das Engagement sehr stark durch die Erwerbsarbeit geprägt ist. Wird das verkürzt, dann geht das eher zurück. Bei Frauen ist das völlig anders, die begleiten sozusagen durch das Engagement das Aufwachsen und das Großwerden der Kinder. Also das müssten wir auch noch mal strukturell ganz anders sehen. Und zum Engagement noch mal: Nach wie vor hat es den Bias der Bürgerlichkeit. Engagement muss man sich heute leisten können in dem Sinne, dass man die Kompetenz haben muss, dass man die Zeit haben muss, dass man eine sichere Lebensfinanzierung haben muss, dass das die strukturell gebundene Tätigkeit sein muss. Als wir 2004 den Enquete-Kommissions-Bericht machten, war klar: 18 Prozent der Jugendlichen sind ausgeschlossen aus dem Engagement, weil sie alltäglich sehen müssen, wie sie über die Runden kommen. Das wäre eine gesellschaftliche Aufgabe, aber das ist ein anderes Thema. Die Sorgearbeit und das Engagement sind wirklich zwei ganz unterschiedliche Paar Schuhe.

Vorsitzende Abg. Daniela Kolbe (SPD): Also, Herr Prof. Hüther, wie ist das mit der Umverteilung von Sorgearbeit zwischen den Geschlechtern und

auch von Arbeitszeit in Richtung Frauen?

Prof. Dr. Michael Hüther (IW Köln): Also zunächst kann der Gesetzgeber ja nur einen Rahmen definieren. Wenn er jetzt beispielsweise über Familienpflegezeit Möglichkeiten gibt, in der auf die betriebliche Realität geantwortet werden kann mit anderen Zeitstrukturen, dann ist es zunächst einmal von der gesetzlichen Seite eine Ermöglichung, im Erwerbsprozess diese Zeit so zu nehmen. Wie das innerfamiliär aufgefangen wird, das werden wir nicht durch – oder das würde zumindest meinem Verständnis von einer freiheitlichen Gesellschaft widersprechen – eine Gesetzesnorm vorgeben müssen. Wir haben ja Ähnliches bei Elterngeld und der Elternzeit gesehen, wo der Gesetzgeber einen Impuls gesetzt hat, dass sich dieses gleichermaßen auf Vater und Mutter bezieht. Aber es ist letztlich eine Entscheidung, die dann die Menschen für sich tragen müssen. Und das macht mir immer bei diesen Diskussionen etwas Sorge. Wir können als Kollektiv immer nur eine Orientierung geben, aber das sind langfristige Prozesse der Veränderung.

Prof. Dr. Adelheid Biesecker: So ist es.

Prof. Dr. Michael Hüther (IW Köln): Und darüber können wir diskutieren, aber ich entnehme Ihnen, dass da irgendetwas gleich auch noch verordnet werden muss, wer es denn tut, dass es denn nun der Mann tut oder die Frau. Das ist letztlich aber die gesellschaftliche Wertedebatte, eine Orientierungsdebatte und auch eine Bildungsdebatte. Was in Selbstbefähigungskonzepten die allgemeinbildende Schule dem Kind mit auf den Weg gibt, hat ja auch etwas mit Rollenverständnissen zu tun, also dort fängt das sicherlich auch an, das ist gar keine Frage. Aber ich sehe schon einen sehr engen Zusammenhang, wenn Sie sagen: Man sollte für diese Sorgearbeit, die aus den individuellen Bedarfen heraus entsteht im langen Leben, sich entsprechend Selbststeuerungsfähigkeit erhalten. Dies ist dann erst einmal ein individuelles Konzept. Aber natürlich bietet sich hier das bürgerschaftliche Engagement an, dass man im kommunalen Rahmen diese Ermöglichungsstrukturen mit schafft, und da sehe ich überhaupt gar keinen Widerspruch. Also man sollte das nicht gegeneinander stellen.

Vorsitzende Abg. Daniela Kolbe (SPD): Vielen Dank, gleich hat Frau Bulmahn das Wort. Ich würde Ihnen noch mal vortragen, auf wen Sie sich noch freuen können, also sozusagen die Redeliste, auch um zu überprüfen, dass ich alle draufhabe und möchte ankündigen, dass wir eine kurze Pause machen, so gegen 15.00 Uhr. Es geht ja auch um Arbeitsqualität heute hier

und wir arbeiten ja auch, und auch darauf gilt es zu achten. Also: Frau Bulmahn, Herr Prof. Miegel, Herr Dr. Reuter, Herr Prof. Brand, Herr Dr. Ott, Herrn Müller, Frau Kolbe, Herr Dr. Gambke und Frau Wolff.

Abg. Edelgard Bulmahn (SPD): Das Thema in unserer heutigen Sitzung ist ja „Zukunft der Arbeit“. Wir haben uns in den letzten Sitzungen ja teilweise auch mit der Gegenwartsbeschreibung befasst und deshalb wäre meine Erwartung – ganz offen gesagt – eigentlich gewesen, dass man zum Beispiel bei den Trends auch ein bisschen mehr auf die Zukunft schaut. Also zum Beispiel auf die Frage: Wie entwickelt sich die Produktivität in der Industrie? Wie entwickelt sich die Produktivität im Finanzsektor? Wie entwickelt sich die Produktivität im gesamten Dienstleistungsbereich? Mit welchen Entwicklungen und mit welchen Perspektiven ist das verknüpft? Und da habe ich zumindest Herrn Hexel so verstanden - das vielleicht noch als Anmerkung – dass wir ja in der Industrie eine sehr starke Produktivitätsentwicklung haben seit Jahrzehnten, die sich auch ungebrochen fortsetzt. Dass wir jetzt eine neue Phase der Produktivitätsentwicklung im Finanzsektor haben, wird von den Fachleuten überhaupt nicht bestritten. Das wird natürlich auch Konsequenzen haben. Und dass wir in beiden Sektoren auch eine neue Phase der Steigerung von Produktivität haben, auch im Verwaltungsbereich. Was heißt das dann? Was heißt das für die Arbeitsplatzgestaltung? Was heißt das für die Beschäftigungsentwicklung in diesen Bereichen? Das sind ja Fragen, denen wir nachgehen und die uns auch beschäftigen. Eine vergleichbare Frage hätte ich auch gehabt zu dem ganzen Thema Fachkräftemangel. Ich denke, es ist in dieser Runde unbestritten - jedenfalls mich muss davon niemand überzeugen - dass die Qualifikationsanforderungen in unserer Volkswirtschaft steigen, und zwar in allen Segmenten unserer Volkswirtschaft, und dass wir natürlich von daher alles dafür tun müssen, diesen Anforderungen auch gerecht zu werden. Wir müssen unser Bildungssystem erheblich verbessern, und es ist völlig zu recht gesagt worden, dass das nicht nur für die akademische Ausbildung gilt, die ganz wichtig ist und die auch weiter einen großen Stellenwert hat und einen noch höheren haben wird, sondern auch für die berufliche Ausbildung. Was überhaupt nicht gesagt worden ist, was aber meines Erachtens nach ein ganz großes Problem in unserem Land darstellt, ist, dass wir kein systematisch funktionsfähiges, gut ausgerichtetes Weiterbildungssystem haben. Das Beispiel, was hier genannt worden ist, ist ein Zeichen dafür, dass unser Weiterbildungssystem nicht wirklich richtig funktioniert. Das

ist das Problem, sozusagen neben der Weiterverbesserung unseres Schulsystems, was ich für absolut zwingend notwendig halte – darüber gibt es keinen Dissens. Aber beim Weiterbildungssystem sind wir wirklich noch im Grunde genommen am Anfang, und ich schaue immer mit – offen gesagt - etwas Neid nach Dänemark, die wirklich ein gut organisiertes Weiterbildungssystem haben. Und ich frage mich schon immer, wann wir da eigentlich hinkommen. Wir haben die Diskussion hier einmal ganz kurz nur angefangen, dass wir durch unsere Trennung zwischen Arbeitsmarktpolitik und beschäftigungsbezogener Weiterbildung und Allgemeinbildung teilweise in institutionelle Lücken fallen. Das hat Dänemark deutlich klüger geregelt, weil sie diese Lücke nicht zugelassen haben, und bei uns fallen ganz viele Menschen in diese Lücke hinein. Da wäre es einfach eine Frage, ob Sie sich damit beschäftigt haben und uns Anregungen geben können, wie wir diese Lücke schließen. Wir alle wissen, dass in unserem föderalen Bildungssystem natürlich diese Verantwortlichkeit weiter bei den Ländern bleiben wird und dass die Zuständigkeit für Arbeitsmarktpolitik weiter beim Bund liegen bleibt. Das heißt, für uns ist das nicht ganz so einfach zu lösen wie in einem Land wie zum Beispiel Dänemark. Trotzdem werden wir es lösen müssen, wenn wir den Anforderungen einer modernen Volkswirtschaft und auch den Anforderungen der Menschen gerecht werden wollen, die diese Anforderungen zu Recht haben. Dritter Punkt: „Gender Gap“. Auch da hätte ich mir – offen gesagt – mir ein bisschen mehr Blick in die Zukunft gewünscht. Ich will einmal von der Fragestellung und den Wünschen der Menschen ausgehen. Wir haben hier mit Frau Prof. Allmendinger sehr intensiv diskutiert, und ich will nur ein für mich ganz wichtiges Ergebnis der Diskussion hier noch mal in den Raum stellen. Dass viele der berufstätigen Männer sich eine Verkürzung ihrer Arbeitszeit wünschen und viele der berufstätigen Frauen eine Verlängerung ihrer Arbeitszeit. Ich frage mich schon, warum wir dann hier nicht mal wirklich konkreter auch über solche Arbeitszeitmodelle diskutieren. Ich will das nicht jedem vorschreiben, Herr Prof. Hüther, das ist nicht mein Punkt. Aber so, wie wir bei der Elternzeit ja auch die Rahmenbedingungen so verändert haben, dass es jetzt für Frauen und Männer besser machbar ist. Es ist für sie besser machbar, wirklich ein Erziehungsjahr in Anspruch zu nehmen. So möchte ich auch, dass wir den gesetzlichen Rahmen so schaffen, dass es in Zukunft für Männer und Frauen machbar ist, zum Beispiel Kindererziehung und Berufstätigkeit zu vereinbaren, ohne dass sie immer ein schlechtes Gewissen haben - ich sage ausdrücklich für Männer und

Frauen. Und ich möchte auch, dass sie die Möglichkeit haben, Pflegetätigkeiten auszuüben, ohne dass sie zerrieben werden. Natürlich ist von daher die Frage, ob wir nicht zum Beispiel zu neuen Konstruktionen kommen müssen und es ermöglichen, dass wir eine neue Vollzeitarbeit zum Beispiel für die Phase der Kinderbetreuung, von nicht nur 15 Stunden, sondern vielleicht 30 Stunden pro Woche haben, was eine entsprechende Bildungsinfrastruktur voraussetzt. Hier gibt es auch keinen Dissens, aber da muss ich trotzdem praktisch überlegen: Wie kann ich für diesen Zeitraum, egal ob ich jetzt im einzelnen zehn Jahre oder sieben Jahre ermögliche, so gestalten, dass ich 30 Stunden pro Woche arbeite und dann auch meine andere Tätigkeit, das heißt meine „Care-Arbeit“ mache. Ich rede noch nicht einmal über bürgerschaftliches Engagement, sondern über das, was wir zwingend brauchen in unserer Gesellschaft: eine gute Kindererziehung und eine wirklich auch gute Betreuung von Menschen, die die Pflege benötigen. Wie kann ich das miteinander vereinbaren? Da finde ich braucht man ein bisschen mehr konkrete Vorstellung. Ich könnte mir so ein Modell von Vollzeit mit 30 Stunden für solche Phasen sehr gut vorstellen. Da brauchen wir aber einen finanziellen Ausgleichsmechanismus, so wie wir das ja bei der Elternzeit auch haben. Das geht, natürlich geht das. Im Grunde genommen haben wir da ein Modell, wie wir es auch machen können für die anderen Phasen. Dritter Punkt: das hat Konsequenzen für Steuern. Wenn ich unser Steuersystem noch einmal zu Grunde lege – Herr Dr. Ott, Sie und die anderen Kollegen, wir hatten heute Morgen kurz auch diese Diskussion mit Prof. Edenhofer –, möchte ich das aus einem anderen Blickwinkel betrachten, nämlich wie können wir unsere Ressourcen sinnvoller einsetzen und besteuern. Ich sage nur: alleine eine CO<sub>2</sub>-Steuer von 500 Euro pro Tonne würde unser gesamtes soziales Sicherungssystem finanzieren. Jetzt bin ich nicht so vermessen das vorzuschlagen, keine Sorge, einige würden jetzt gleich in Ohnmacht fallen. So etwas kann man auch nicht von heute auf morgen machen. Aber eine langsame Umsteuerung in diese Richtung, die dann zum Beispiel solche Vollzeitmodelle, wie ich sie eben genannt habe, auch realistischer macht, weil wir dann nicht wieder die Finanzierung unserer gesamten sozialen Sicherungssysteme beim Faktor Arbeit ansiedeln, die halte ich schon für notwendig. Die muss man auch in so einem Zusammenhang, wenn wir über „Zukunft der Arbeit“ reden, miteinander erörtern und diskutieren. Ich habe jetzt nur ein paar Punkte angesprochen und will es dabei belassen. Es ist mir aber wichtig, dass wir solche Überlegungen stärker in unsere Diskussion mit einbringen, weil wir sonst im Grunde

genommen immer beim Status quo stehenbleiben.

Vorsitzende Abg. Daniela Kolbe (SPD): Herr Professor Miegel.

SV Prof. Dr. Meinhard Miegel: Ich weiß nicht, ob es an den Fragen liegt, die wir den Experten vorgeben haben, aber ich habe den Eindruck, dass unsere Diskussion, die wir seit zwei Uhr führen, doch eine arg deutsche Diskussion ist. Wir wollten reden über die Zukunft der Arbeit im Kontext der Arbeit dieser Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“. Und wir haben uns bei früheren Diskussionen in der Regel Zeithorizonte von 20, 30 und 40 Jahren vor Augen gestellt. Wird es in 20 Jahren einen deutschen Arbeitsmarkt überhaupt noch geben mit all dem, was wir jetzt hier diskutiert haben? Werden unsere Überlegungen, die wir für den deutschen Arbeitsmarkt anstellen, noch irgendeine Relevanz im Jahre 2030 haben? Und wenn sie eine Relevanz haben, wird es nicht eher eine marginale Relevanz sein? Hier ist so fein abgestuft worden zwischen der europäischen Jugendarbeitslosigkeit und der deutschen Arbeitslosigkeit. In spätestens zehn Jahren wird die spanische oder die griechische Arbeitslosigkeit unsere Arbeitslosigkeit sein. Oder es wird Europa nicht mehr geben. Wir werden eine Renationalisierung haben. Dann könnten ja die Überlegungen, die wir jetzt hier anstellen, wiederum relevant geworden sein. Aber wenn wir weitermachen mit der Europäisierung dieser Prozesse, dann brauchen wir uns über spezifisch Deutsches und auch über die deutschen Erfolge keine weiteren Gedanken machen. Wir können uns über diese Erfolge freuen, das ist ja alles in Ordnung, aber wir sollten nicht so tun, als hätten wir jetzt ein Rezept, was wir gegen Europa richten können. Und noch ein nächster Schritt: Wenn wir Europa in den Blick nehmen und sagen, wir müssen uns Gedanken machen über die europäischen Entwicklungen bei der Zukunft der Arbeit, dann werden wir spätestens im Jahre 2030 eine Ankopplung an die globalen Entwicklungen sehr viel stärker in den Blick nehmen müssen. Um nur ein wenig zu verdeutlichen, worum es sich dabei handelt: Wenn man sich einmal anschaut, was die Weltbevölkerung heute erwirtschaftet, dann sind das - Frau Prof. Biesecker, wenn wir den Markt und den Nicht-Markt in seiner Wertschöpfung zusammenführen, also ganz bewusst das tun, was Sie hier gefordert haben - pro Kopf der Weltbevölkerung etwa 900 Euro, die im Monat erwirtschaftet werden. Aber um diese 900 Euro zu erwirtschaften, brauchen wir, wie wir verdienstvoller Weise von der Projektgruppe 3 gehört haben, anderthalb Globen. Wenn wir uns also zurückbewegen wollen in die Tragfähigkeitsgrenzen der Erde, dann



könnten wir gar keine 900 Euro erwirtschaften, sondern nur 600 Euro pro Kopf der Weltbevölkerung. Jetzt haben wir aber auch festgestellt – was wiederum Verdienst Ihrer Projektgruppe ist -, dass wir bis zum Jahre 2030 bei allen möglichen Rationalisierungs-, Fortschritts- und Technologievorhaben zwei Globen benötigen. Das heißt also: Um diese Art von Beschäftigung zu haben, wie wir sie hier haben, brauchen wir heute in einem Land wie Deutschland 2,6 Globen, global betrachtet 1,5 Globen, die Amerikaner brauchen 4,4 Globen, und das Ganze wird sich in den nächsten Jahren steigern. Das heißt also: der Pfad, den wir gehen, der ist schlechterdings nicht zukunftsfähig. Bei allem, was wir hier diskutieren, über die Zukunft der Arbeit, das was wir machen, das was wir zusammengestellt haben, funktioniert nicht. Und wir haben nicht nur das Problem der Globen, sondern wir haben in den zurückliegenden 20, 30, 40 Jahren zugleich eine immense Verschuldung betrieben in den westlichen Ländern. Ohne diese Verschuldung hätten wir nie diese Beschäftigungsergebnisse. Das heißt, befänden wir uns innerhalb der Tragfähigkeitsgrenzen der Erde und hätten wir nicht diese Verschuldung durchgeführt, wären wir mit unseren Beschäftigungserfolgen auf einem viel, viel bescheideneren Niveau als wir gegenwärtig sind. Wenn wir uns also unterhalten über die Zukunft der Arbeit, dann müssten wir als ersten Schritt einen Konsolidierungsschritt machen, uns also fragen: Wo stehen wir denn wirklich? Denn das, was wir gegenwärtig betrachten, ist eine Traumwelt. Das hat mit der Realität herzlich wenig zu tun. Und dann, wenn wir diese Traumwelt konsolidiert haben, wenn sie realer geworden ist, dann können wir darauf aufbauen, über die Zukunft der Arbeit nachzudenken, aber nicht in deutschen Kategorien, sondern wenigstens in europäischen Kategorien und wahrscheinlich sehr bald in globalen.

Vorsitzende Abg. Daniela Kolbe (SPD): Vielen Dank. Herr Dr. Reuter.

SV PD Dr. Norbert Reuter: Ich glaube, dass wir uns über die Arbeit und die Zukunft der Arbeit unterhalten ist ganz zentral, weil es einfach ganz zentral für die Wohlfahrt der einzelnen Menschen ist. Deshalb ist es auch ganz wichtig, ein klares Bild über den Arbeitsmarkt in Deutschland zu bekommen. Und da ist einiges, was Herr Prof. Hüther uns vorgetragen hat, doch mit einem großen Fragezeichen zu versehen. Allein darauf abzuheben, dass wir in den letzten Jahren eine Verbesserung auf dem Arbeitsmarkt hatten - zwei Jahre vor der Krise, zwei Jahre nach der Krise haben wir in der Tat auch einen Anstieg des Arbeitsvolumens - trübt doch etwas über das wahre Bild hinweg. Wenn wir uns den längeren Zeitraum

von 1991 bis 2011 ansehen, ist das Arbeitsvolumen in Deutschland immer noch um 3 Prozent gesunken. Das heißt, wir haben heute weniger Arbeitsvolumen als 1991. Gleichzeitig ist aber die Erwerbstätigkeit um 7 Prozent gestiegen. Arbeitsvolumen gesunken, Erwerbstätigkeit gestiegen, das heißt also, wir haben die Erwerbstätigkeit nur anders verteilt. Und das ist ja auch gerade genannt worden. Dietmar Hexel hat ja auch darauf hingewiesen, dass es eben vielfach mehr Minijobs und Teilzeitbeschäftigung gibt, also wir im Prinzip Vollzeit in Teilzeit umgewandelt haben. Und wenn man sich dann mal die nackten Zahlen ansieht, dann sind zwischen 2000 und 2011 rund 2,3 Millionen Vollzeitarbeitsplätze verschwunden. 2,3 Millionen Vollzeitarbeitsplätze haben wir heute weniger, als wir sie noch 2000 hatten. Dafür ist die Leiharbeit gestiegen plus 560.000, die herkömmliche Teilzeit plus 2.000.000, die geringfügige Beschäftigung plus 770.000, Arbeitsgelegenheiten, also im wesentlichen 1-Euro-Jobs, plus 190.000, Selbstständige - im Wesentlichen Solo- Selbstständige, die sich irgendwie alleine durchwursteln - plus 550.000. Das ist ein Bild, was eigentlich doch problematisch sein sollte und wo wir sagen müssten: Mit Blick auf die Qualität des Wohlstands in Deutschland und mit Blick auf die erwerbstätige Bevölkerung sind es doch Entwicklungen, die so eigentlich nicht weitergehen dürften. Und dann kommt die Frage nach der Trendwende. Dass man jetzt sagen könnte: Naja, das war vielleicht bis Mitte des letzten Jahrzehntes so, aber seitdem haben wir eine Trendwende. Haben wir wirklich eine Trendwende, beziehungsweise wie ist die Trendwende zu erklären? Ist es eben nicht so, dass in der Vergangenheit sich ja gezeigt hat, dass dieses deutsche Exportmodell - und daran hing der deutsche Arbeitsmarkt im Wesentlichen, an den Leistungsbilanzüberschüssen, die Deutschland gegenüber den europäischen Südländern erzielt hat - zu einem Großteil, das heißt zu rund 80 Prozent, das Wachstum in Deutschland gefördert hat? Das war exportorientiertes Wachstum. Und wissen wir nicht, dass doch dieses Modell eigentlich gerade dazu geführt hat, dass wir jetzt in der europäischen Schuldenkrise sind? Denn Leistungsbilanzüberschüsse sind nur möglich, wenn andere Länder sich verschulden. Das ist nun mal sozusagen nicht anders möglich, und gerade dieses Modell ist nun zu Ende gegangen. Wenn wir auf die Zukunft schauen, dann müssen wir doch sagen: Wenn dieses Modell eigentlich so nicht mehr weitergehen kann, dann muss es doch eine tiefergehende Analyse nach sich ziehen, wie es mit der Arbeit in Deutschland weitergehen kann, wenn dieses exportgetriebene Modell nicht mehr weitergehen kann. Also insofern würde ich bei Trendwende

ein ganz großes Fragezeichen machen, wenn wir nicht in die nächste große Krise hineinschlittern wollen. Und dann ein Wort noch zur Frage der Arbeitslosigkeit: Herr Prof. Paqué hat es schon so erwähnt, als ob wir die Massenarbeitslosigkeit hinter uns gelassen hätten. Wir sprechen in der Vergangenheit von Massenarbeitslosigkeit. Ich darf daran erinnern, dass wir in Deutschland immer noch 2,8 Millionen offiziell registrierte und 3,6 Millionen weitere Arbeitslose haben, also wenn wir die erweiterte Definition von Arbeitslosigkeit nehmen, wo ich immer noch von Massenarbeitslosigkeit sprechen würde. Wenn wir jetzt wissen, dass eigentlich der nächste Abschwung vor uns steht und die Entlastung auf dem Arbeitsmarkt dann wegfällt, wird es eher problematischer und nicht besser werden. Und das wird mit Blick auf die Qualität der Arbeit auch ein riesengroßes Problem mit sich bringen. Insofern muss man - glaube ich - gerade mit Blick auf die Zukunft doch ganz große Fragezeichen machen, gerade für den deutschen Arbeitsmarkt, wenn es nicht mehr so weitergehen kann, wie es bisher der Fall war. Zwei Anmerkungen noch: Zum Stichwort: „Produktivität“: Ja, die Produktivität ist natürlich einer der Motoren des wirtschaftlichen Wachstums, aber ich glaube wir müssen uns auch stärker mal über die Ursachen der Produktivitätsentwicklung Gedanken machen. Und ich glaube, wir müssen auch einmal so etwas wie eine schlechte Produktivitätsentwicklung ins Auge fassen. Es ist ja nicht nur der technische Fortschritt, der uns Produktivitätsentwicklung beschert, sondern eben auch zunehmender Arbeitsdruck der Beschäftigten und zunehmende Arbeitszeiten, die nicht mehr bezahlt werden. Das bedeutet auch zunehmendes Negativbefinden der Beschäftigten, die über zunehmenden Arbeitsdruck klagen. Wir haben viele Indikatoren, und „Burn-Outs“ nehmen unter den Beschäftigten immer mehr zu. Das heißt also: dieser schlechte Produktivitätszuwachs, der uns Wachstum beschert hat, ist auch ein Problem, er raubt uns gleichzeitig wiederum Wohlstand. Einerseits haben wir sozusagen Wohlstand durch mehr Wachstum, andererseits aber Wohlstandseinbußen durch zunehmenden Arbeitsdruck. Eine letzte Anmerkung zum Stichwort „Bildung“: Zweifellos ist Bildung eine ganz wichtige Komponente, die wir brauchen und die wir unbedingt fördern wollen. Nur ich warne - und da bin ich ganz der Nachfrageökonom - davor zu glauben, dass man mit Bildung allein die beliebigen Wachstumsraten herstellen kann, die dazu reichen, in absehbarer Zeit Vollbeschäftigung herzustellen. Stellen wir uns doch einmal vor, wir könnten uns von heute auf morgen wünschen, dass jeder Arbeitslose die Qualifikation hat, die wir haben wollen. Ist dann vorzustellen, dass wir ab

morgen Vollbeschäftigung hätten, wenn wir dann nur noch Professoren oder was immer für Qualifikationen und Facharbeiter hätten? Dass dann von heute auf morgen die Arbeitslosigkeit weg wäre? Sondern es hat doch offensichtlich insgesamt etwas mit der Nachfragesituation zu tun. Und da verweise ich noch mal auf den Hinweis auch von Prof. Miegel, das deutsche Modell oder unser Wirtschaften ist nicht zukunftsfähig. In der Tat, wenn unser bisheriges Modell extrem auf Exportüberschüssen beruht hat, dann würde das doch bedeuten, dass wir noch mehr exportieren müssten - es sei denn wir bekommen den Binnenmarkt in Gang, und das ist eigentlich gar nicht absehbar. Das heißt also, ich glaube wir müssen uns noch viel tiefergehende Gedanken machen über die Frage: Wie können wir die Arbeit in Deutschland so gestalten, dass sie in der Tat zum Wohlstand der Menschen beiträgt.

Vorsitzende Abg. Daniela Kolbe (SPD): Vielen Dank. Ganz am Anfang des Statements hatte sich Prof. Paqué zu einem kurzen Statement gemeldet, wenn es noch aktuell ist?

SV Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué: Also ich will die Diskussion und die Kontroversen, die wir führen über diese Fragen, hier nicht noch weiterführen. Aber einen Punkt, Herr Reuter, den muss man doch deutlich ansprechen. Wenn Sie zum Beispiel sagen: Zeitarbeit, die paar hunderttausend Zeitarbeitsplätze, sind gewissermaßen deshalb nichts wert, weil sie Zeitarbeitsplätze sind, im Vergleich zu normalen Arbeitsplätzen, dann ist das natürlich eine völlige Verzerrung der Situation. Man mag über den Umfang der Zeitarbeit und ihre Gründe streiten, aber es sind vollwertige Arbeitsplätze. Es sind Arbeitsplätze, die in den letzten Jahren von der Wirtschaft geschaffen wurden. Und ähnliches gilt für die Teilzeitbeschäftigung. Hier muss man sehr sauber unterscheiden zwischen Teilzeitbeschäftigung, die erwünscht ist und solcher, die nicht erwünscht ist, und kann das nicht einfach unseriös in einen Topf werfen.

Vorsitzende Abg. Daniela Kolbe (SPD): Vielen Dank.

SV PD Dr. Norbert Reuter: Ich habe ja nur die Fakten genannt.

Vorsitzende Abg. Daniela Kolbe (SPD): Ja, ich glaube, da gibt es sehr unterschiedliche Bewertungen hier im Raum. Ich würde gerne jetzt wieder Prof. Biesecker und Prof. Hüther das Wort geben in bewährter Reihenfolge.

Prof. Dr. Adelheid Biesecker: Nur ein Wort zu Ihnen, Herr Prof. Paqué, also

da muss man schon fragen, von wem ist Zeit- und Leiharbeit erwünscht? Von denen, die arbeiten, oder von denen, die, wie Sie sagen, die Arbeitsplätze schaffen? Das sind manchmal nicht immer dieselben Perspektiven. Frau Bulmahn, warum spreche ich so wenig über Produktivität? Die Frage ist ja: Was ist das? Wir haben eine Entwicklung zum Beispiel bei der Solarzellenenergie, wo die Produktivität steigt. Gleichzeitig wissen wir, dass da giftige Stoffe verarbeitet werden. Ist das Produktivität? Wenn wir gleichzeitig wieder anfangen, die Natur zu zerstören, obwohl wir glauben, dass wir damit Naturenergie sozusagen sichtbar machen? Wir müssen bei Produktivität auch die Kosten dieser Produktivität, also die nichtvorhandene Möglichkeit der Natur, sich zu reproduzieren, mit hineinnehmen. Und was ist die Produktivität im Pflegebereich? Wenn wir nur über Produktivität reden, ist es die Anzahl der Menschen, also wenn ich meine Tochter frage: Wie viele Patienten hast du heute gehabt? Das kann es ja nicht sein. In jedem Fall müssen wir – was ich jetzt als Ökonomin sage - diese Kategorie „Produktivität“ neu füllen. Dann zu Ihrem Hinweis zu konkreten Arbeitszeitmodellen: Ich habe das deswegen heute nicht gemacht, weil das bei meinem letzten Vortrag in der Projektgruppe im Mittelgrund stand. Die Folien gibt es auch, also wo ich genau auch unter anderem dieses Modell „Kurze Vollzeit für alle“ von Helmut Spitzley vorgestellt habe oder „Die Halbtagsgesellschaft“ von Carsten Stahmer, da gibt es vier oder fünf verschiedene Vorstellungen. Das kann man sich sehr genau anschauen, die sind auch ziemlich konkret ausgearbeitet. Das ist wirklich spannend. Und auch der Hinweis zur langfristigen Umsteuerung mit Ihrem Beispiel CO<sub>2</sub>-Steuern: Ich bin manchmal für solche Denkmodelle, um zu zeigen, was möglich ist. Das war ja mein Hinweis auf die „allokative Schieflage im Steuersystem“ wie ich es genannt habe als Ökonomin, und dass es genau um solche Dinge geht. Das kann man konkretisieren und muss man auch. Herr Prof. Miegel, Sie sagten das sei eine sehr deutsche Debatte, die wir hier führen. Nein, das ist zumindest von meiner Seite eine europäische, eine Debatte, die in unseren modernen Wirtschaftssystemen geführt werden muss. Wenn ich über Zukunft der Arbeit rede, dann ist die These: die Zukunft der Arbeit liegt in dem Ganzen der Arbeit und nicht nur in der Weiterentwicklung der Erwerbsarbeit. Und da stehe ich ja anscheinend ein bisschen auf verlorenem Posten, weil ich bisher noch niemanden von Ihnen in den Beiträgen gehört habe, der sagt: Ja, genau darum geht es, sondern es geht immer nur um Erwerbsarbeit. Es geht darum, und das ist in allen industriekapitalistischen Ländern der Fall, diesen Arbeitsbegriff zu

erweitern und deutlich zu machen: Wir brauchen eine gesellschaftliche Anerkennung, Aufwertung und Neustrukturierung gerade der Arbeit, die außermärklich ist. Und im Markt müssen wir die Sorgearbeit ganz anders bewerten. Insofern ist es eine europäische Debatte, wenn ich Europa weiterdenke - und jetzt haben wir die Chance, jetzt haben wir den Friedensnobelpreis erhalten. Wer hat damit gerechnet? Ich in jedem Fall nicht. Das ist eine Chance, da haben wir sozusagen einen Impetus bekommen, was denn jetzt ein Europa in diesem Sinne heißt. Es heißt von der Zukunft der Arbeit her: ein Europa, in dem das Ganze der Arbeit geschlechtergerecht, naturgemäß und lebensfreundlich gestaltet wird. Das Ganze der Arbeit und nicht nur die Erwerbsarbeit. Und dann noch als Letztes zu den zwei Globen: Ja natürlich brauchen wir eigentlich viel mehr als zwei Globen. Zwei Punkte dazu: Das heißt aber, wenn wir weiter arbeiten wollen und auch müssen, dass wir die bisherige Art der Arbeit umgestalten müssen, damit wir eben nicht mehr zwei Globen brauchen. Wie können wir also die Erwerbsarbeit, wie können wir – ich nehme mal das furchtbare Beispiel - Automobile überhaupt so produzieren, dass sie gleichzeitig der Natur nicht schaden? Und zwar nicht nur die Produkte, sondern die Prozesse. Wenn wir das hinbekommen, können wir immer weiter Automobile produzieren.

Abg. Dr. Matthias Heider (CDU/CSU): Sonst hören wir auf mit dem Automobil?

Prof. Dr. Adelheid Biesecker: Dann hören wir mit dieser Art der Produktion auf, dann müssen wir uns etwas Neues einfallen lassen. Wenn wir das ernst nehmen, was Herr Prof. Miegel sagt, dass wir diese Globen - also mehr als einen - nicht gebrauchen können. Zum Beispiel wissen wir heute alle: Wenn die ganze Welt so Auto fahren will wie wir, dann brauchen wir sechs Globen und nicht zwei. Das wissen wir alle. Wenn wir das ernst nehmen mit Zukunft der Arbeit als naturverträglich, dann müssen wir genau diese Fragen stellen. Und dann ist Sorgearbeit sehr viel naturverträglicher als die Industrieerwerbsarbeit, sowohl was die Menschen als auch was die Natur angeht.

Prof. Dr. Michael Hüther (IW Köln): Frau Bulmahn, Sie haben ja Ihre Kritik schön verpackt, dass wir zu wenig in die Zukunft geschaut haben. Ehrlich gesagt finde ich das auch nicht sonderlich attraktiv, man kann sich ja alles überlegen. Ich meine, im Augenblick liegt die Herausforderung darin, dass wir einen Strukturwandel beobachten und auch Strukturveränderungen

am Arbeitsmarkt, siehe dazu auch den Beitrag von Herrn Prof. Paqué, wo man in der Tat zu ein paar anderen Ergebnissen kommen kann. Auf der anderen Seite stellen wir eigentlich fest, dass jenseits all der großen Debatten, die wir seit drei Jahrzehnten führen, die Robustheit des Systems doch viel größer ist als wir gemeinhin unterstellen. Das schließt nicht aus, dass es morgen zusammenbricht, aber meine bisherige Erfahrung - auch wenn ich in längerfristigen Kontexten denke - ist zunächst einmal, dass die Robustheit nicht viel geringer ist. Was die Produktivität angeht, so lernen wir ja, dass wir eigentlich im Industriesektor im langen Trend fahren. Da sehen wir eigentlich keine großen Veränderungen. Der Finanzsektor ist hochspannend, weil wir das ja noch nicht durchschauen: Was heißt das denn? Die Re-Regulierung? Der Lernprozess aus der Krise? Die Neubewertung von Asset-Klassen? Und wenn ich dann beispielsweise höre, dass diese Kombination dazu führt, dass Banken eine Finanzierung ab fünf Jahren kaum noch in Erwägung ziehen, dann ist für mich die Frage, wie ich langfristige, naturbezogene und nachhaltige Investitionen - auch im Rahmen der Energiewende sind es nun mal langfristige Investitionen -, wie man dieses sicherstellt. Wir haben also im Augenblick einen Prozess, der zu einem Konflikt führen kann zwischen dem Strukturwandel, wie wir ihn gerne für die Industrie organisieren, mit anderen Rahmenbedingungen, anderen relativen Preisen, ressourcenbetonter und gleichzeitig aber auch der Notwendigkeit, die Finanzierungsmasse bereitzustellen, um dieses auch möglich zu machen. Und da kann ich nur sagen: Ich erkenne, dass sich da etwas bewegt. Es macht mir Sorge, was wirklich dann die langfristige, nachhaltige Finanzierungslogik dahinter ist, wenn alles nur dazu führt, dass es nur noch kurzfristige Kredite sind. Das kann ich auch nicht alles an den Anleihemarkt verschieben. Ich will einfach sagen: Das ist ein ganz, ganz weites Thema. Beim Thema Arbeitszeit finde ich schon, dass wir - ich habe das ja angedeutet - mit dem Elterngeld richtige und wichtige Impulse gesetzt haben. Und bei der Familienpflegezeit ist es ja etwas ähnliches, da ist ja genau das angedacht, dass für die Zeit, in der Familienpflegebedarf da ist - oder Sorgearbeit, wie Sie das nennen - dieses auch möglich gemacht wird. Aber im Grunde betrachtet wird man da sicher eine viel längere Zeit des Arbeitens verfügbar haben und umschichten zwischen den verschiedenen Zeiten. Das muss eigentlich die Antwort sein, und da haben ja auch die Tarifvertragsparteien durch Arbeitszeitkonten unterschiedlichster Zeitdimensionen wichtige Beiträge gefunden, die man ja auch kombinieren könnte mit der Bildungsfrage. Und daraus ein Bildungsansparen implizit auch noch viel intensiver nutzen

könnte. Zweite Anmerkung zu Herrn Prof. Miegel: Ja, wir diskutieren in einer bestimmten Weise natürlich national, weil die Institutionen des Arbeitsmarktes national differieren. Und weil die Institutionen der sozialen Sicherung und auch des Bildungssystems unverändert national konfiguriert sind und wir deshalb auch diesen Einblick zunächst einmal so finden müssen. Dass sich das ändert, da bin ich völlig bei Ihnen. Ich glaube auch, wenn richtig ist - Sie deuten das indirekt an - dass zu einer Währungsunion auch der flexible Arbeitsmarkt im Sinne der Wanderung des Faktors Arbeit gehört, das ist ja die alte Theorie optimaler Währungsräume, dann bewegen wir uns im Augenblick vielleicht gerade da hin und dann werden wir andere Ausgleichsmechanismen sehen. Völlig d'accord. Mir macht Sorge - Sie haben das mit einem Begriff: „Renationalisierung“ angedeutet - dass wir faktisch bei der Konvergenz in Europa seit 2008 einen Stillstand beobachten. Dass also das zweite Versprechen: Auf der einen Seite Europa, Frieden und Wohlstand, aber Wohlstand andererseits auch im Sinne einer Konvergenz auf das höhere Niveau, dass wir das im Augenblick nicht mehr beobachten, und dass wir Divergenzphänomene ganz vielfältiger Art sehen. Ich würde das gerne ergänzen mit dem Hinweis, dass wir das ja auch in Deutschland sehen. Wenn Sie sich bestimmte Bundesländer anschauen, etwa Flächenbundesländer, da haben wir heute eine Situation - verglichen mit 1980 - wo die Wohlstandsunterschiede viel ausgeprägter, viel prononcierter sind und wir generell vor dem Hintergrund regional differenzierenden demografischen Wandels noch mal ganz anders zu fragen haben, wie sich das ausgleicht. Da liegt für mich auch ein Sprengsatz, denn Sie können eine ganz deutliche Renationalisierung im Finanzsystem sehen. Frau Bulmahn hat die Frage gestellt nach der Produktivität. Eigentlich müssten wir europäisch finanzieren und europäische Finanzierungsketten darstellen. Wir haben im Augenblick aber eine Renationalisierung der Finanzsysteme. Das erklärt ja auch die unterschiedlichen Zinsniveaus, und diese unterschiedlichen Zinsniveaus sind auf Dauer nicht tragfähig für diesen gemeinsamen Währungsraum. Und da liegt in der Gestaltungsherausforderung, glaube ich, vieles was wir kurzfristig angehen müssen. Herr Reuter, Sie haben ja die Daten noch mal angesprochen, ich will nur eins sagen: Ich will gar nicht die Diskussion noch mal führen über das Geschäftsmodell Deutschland, aber es wird immer so getan, als ob wir unsere Waren mit vorgehaltener Waffe an Mann und Frau im Ausland bringen. Die fragen die alle ziemlich freiwillig nach, weil es eine Arbeitsteilung gibt und weil es auch klug sein kann, dass



Länder Nettokapital importieren. Länder beispielsweise mit einer anderen Demografie als der Demografie der Bundesrepublik Deutschland. Bei unserer Demografie ist genau das richtig, was wir tun, aber es ist ja nicht erklärter Ausdruck einer Strategie der Politik oder der Unternehmen oder der Industrieverbände, die sich mit den Gewerkschaften zusammengesetzt hätten, sondern es ist Ausdruck eines Pfades unterschiedlicher Industrialisierung. Sie werden die Differenzierung Deutschland und Frankreich oder Deutschland und Vereintes Königreich im Bereich der Industrie nicht verstehen können, wenn Sie nicht die historische Dimension seit der Frühphase der Industrialisierung mit in den Blick nehmen. Wir haben einen Industrieanteil, der praeter propter doppelt so hoch ist wie der Frankreichs, der war nie so hoch wie der unsere, aber der britische sehr wohl, und da muss man fragen: Woher kommt das? Das hat nichts mit der Lohnpolitik der letzten 15 Jahre zu tun, sondern das sind lange Pfade der Ausdifferenzierung. Und das bitte ich doch einfach im Blick zu haben, wenn immer so diskutiert wird, als hätten wir hier irgendwann mal beschlossen, wir sind Exportweltmeister und dann käme das auch so. In marktgesteuerten Systemen funktioniert das so nicht.

Vorsitzende Abg. Daniela Kolbe (SPD): Vielen Dank. Wir machen kurz Pause wie versprochen. Ich habe die Wortmeldungen jetzt aber gesehen. Wir sehen uns um 15.20 Uhr wieder – zehn Minuten Durchschnaufpause. Bis gleich.

Sitzungsunterbrechung 15:11-15:21 Uhr

Vorsitzende Abg. Daniela Kolbe (SPD): Weiter geht's. Herr Prof. Brand, bitte schön.

SV Prof. Dr. Ulrich Brand: Herzlichen Dank. Jetzt habe ich Herrn Kollegen Dr. Zimmer gerade schon persönlich gesagt, dass ich seinen Beitrag nicht besonders gut fand. Insgesamt finde ich, es ist eine sehr gute Debatte. Ich bin froh, dass wir als Projektgruppe 5 das auch konsensual entschieden haben, dass wir das Arbeitsthema noch mal aufnehmen. Ich möchte drei Bemerkungen machen und Fragen stellen. Herr Prof. Miegel hat einen wichtigen Punkt angesprochen. Ich würde Sie noch mal um Präzisierung bitten. Diese Deutschland-Fixiertheit unserer Debatte, das haben wir immer wieder. Was sind durchaus auch Megatrends? Wir haben in der Projektgruppe 5 in der jetzigen Gliederung auch die Internationalisierung der Arbeitsmärkte drin und müssten noch mal andere Perspektiven zusammenbringen. Ich würde von Ihnen schon noch ganz gerne ein paar

Anregungen haben. Frau Prof. Biesecker, Sie haben ja schon einen wichtigen Punkt genannt, das heißt den der transnationalen Sorgeketten. Was sind noch andere Aspekte in Ihren Diskussionen, die wir berücksichtigen sollten, um aus der Gefahr - obwohl die Institutionen nationalstaatlich vielleicht zunehmend europäisch sind – zu entgehen, dass wir nur diesen Blick haben? Und Prof. Hüther, wenn Sie argumentieren mit Knappheit der Arbeitskräfte: Welche Rolle spielen in Ihren Diskussionen Migrationspolitiken und Zuwanderungen? Ich bin gestern Abend durch Berlin gegangen und habe gedacht, ich höre viel spanisch. Ich kann kein griechisch, dann würde ich es vielleicht auch hören. Ist das nicht eine Tatsache, die wir stärker berücksichtigen müssen, ob gewollte oder ungewollte Migration? Dann an Professor Hüther noch mal konkret: Wir haben den starken Konsens als Ergebnis der Projektgruppe 3 zur Entkopplung und in der Projektgruppe 5 zur Arbeit, Konsum, Lebensqualität, die Nachhaltigkeit, und zwar nicht nur die soziale und ökonomische, sondern auch die ökologische Nachhaltigkeit zu fokussieren und ein komplexeres Wohlstandsverständnis zu entwickeln. Was sollten wir aus Ihren Debatten berücksichtigen? Was sind wichtige Aspekte in der Arbeitsdiskussion, wenn es um ökologische Nachhaltigkeit geht? Und Frau Prof. Biesecker: Die Enquete-Kommission - Sie wissen es ja selber aus Ihrem eigenen Engagement - gibt sich den Auftrag, ich glaube, so ungefähr steht es im Einsetzungsbeschluss oder in der Beschreibung der Enquete-Kommission: im besten Falle werden neue gesellschaftliche Konsense vorbereitet. Jetzt merken wir gerade in den Diskussionen, die Wissenschaft ist noch nicht besonders weit. In Ihrem Ansatz finde ich sehr wichtig, außermärkliche Arbeit ganz systematisch als Teil von gesamtgesellschaftlicher Arbeit zu berücksichtigen. Wir haben es in der Projektgruppe 5 bisher glücklicherweise diskutiert. Und trotzdem an Sie die Frage, wenn wir jetzt weiter argumentieren und diese vielleicht neuen gesellschaftlichen Konsense vorbereiten: Wo sehen Sie denn in Ihrem weiten Blick auf Arbeit diese vielleicht emergierenden neuen Konsense? Wo lohnt es sich, ein bisschen prospektiv in die Tiefe zu gehen, dass wir diese enorme Fixierung auf Erwerbsarbeit hinterfragen können?

Vorsitzende Abg. Daniela Kolbe (SPD): Ganz herzlichen Dank. Herr Dr. Ott.

Abg. Dr. Hermann E. Ott (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, die „Zukunft der Arbeit“ heißt ja eigentlich unsere Sitzung heute. Das ließ doch, wie schon ein wenig angeklungen ist, ein wenig zu wünschen übrig. Herr

Hüther, ich erinnere an das, was Herr Prof. Miegel uns in Erinnerung gerufen hat. Herr PD Dr. Reuter, wir stehen ja vielleicht vor Bedingungen und Veränderungen, die den deutschen Arbeitsmarkt ganz unmittelbar betreffen, und Willy Brandt hat gesagt, wir haben eine nationale Fixierung. Das war anders in der Projektgruppe 3 oder ist noch anders. Aber müssen nicht auch gerade bei diesem Thema die internationale Verflechtung und die zunehmende Europäisierung unserer Märkte und auch der Arbeitsmärkte immer stärker in den Fokus geraten? Herr Prof. Miegel hat uns daran erinnert, dass wir auf Kosten der globalen Natur gewirtschaftet haben. Herr PD Dr. Reuter hat uns daran erinnert, dass unser Wohlstand zum großen Teil auf Exportgewinnen beruht, was in sich auch nicht nachhaltig ist, wenn andere sich permanent verschulden müssen. Es sei denn, sie denken über Ausgleichsmechanismen nach. Das wäre ja durchaus zu machen. Aber dann müssten wir sozusagen Transferzahlungen an die Staaten leisten, die permanent mehr von uns importieren. Da hätte ich gern doch noch mal ein paar Worte von Ihnen. Sie repräsentieren ja das Institut der deutschen Wirtschaft, und ich glaube der Wirtschaft steht es gut an, ein wenig in die Zukunft zu schauen und sich darauf vorzubereiten. Vielleicht haben Sie sich dazu Gedanken gemacht und die nur nicht aufgeschrieben und können da kurz etwas nachreichen. Dann möchte ich doch eine spezifische Frage zu dieser „Gender Pay Gap“ stellen. Ich möchte gern wissen, wo Sie diese Berechnungen her haben, dass, wenn alles bereinigt wird, sich die Lohnzahlungsunterschiede nur noch auf sechs bis acht Prozent reduzieren. Da waren Sie auch merkwürdig unspezifisch, einmal sechs, sieben, dann acht, neun Prozent haben sich dann auf acht Prozent sozusagen mit sich selbst geeinigt. Frau Prof. Biesecker, herzlichen Dank schon allein dafür, dass das Wort Muße hier einmal gefallen ist in dieser Runde. Wir sind schon sehr stark technokratisch und ökonomistisch orientiert hier in unserer Zusammensetzung und auch in unseren Diskussionen. Aber, ich glaube Kollege Hexel hat schon daran erinnert, dass wir ja auch den Begriff der „Lebensqualität“ sogar im Titel der Enquete-Kommission haben. Darüber würde ich auch gerne noch etwas mehr hören, obwohl die meisten unserer Mitglieder hier das Wort Muße wohl nur aus dem Duden kennen und selber sehr, sehr wenig davon haben. Vielleicht führt das auch dazu, dass wir uns so wenig darum kümmern. Danke auch dafür, dass Sie den Begriff der Ressourcensteuern hier mit einbringen in die Debatte. Das ist auch ein konkretes Ergebnis unserer Projektgruppe 3, dass es drei Möglichkeiten gibt, „Rebound-Effekte“ zu bekämpfen, die dann entstehen, wenn

Effizienzgewinne wieder aufgefressen werden durch ein verändertes Nutzerverhalten. Da gibt es einmal die „Caps“, also echte Obergrenzen für Verbrauch oder Gebrauch, dann gibt es die Abschaffung von umweltschädlichen Subventionen, und das Dritte ist tatsächlich die Besteuerung über Preise. Hier - und das war ja auch die ursprüngliche Idee der ökologischen Steuerreform - schlägt man zwei Fliegen mit einer Klappe, dass man nämlich eine neue Steuerart hat, die dann auch noch in die richtige Richtung steuert. Zur kurzen Vollzeit, die wir übrigens auch in der Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ schon mal vorgeschlagen haben - auf 30 Stunden damals - wir haben das schon mal in der Projektgruppe gefragt, aber ich möchte es gerne noch mal hier in der ganzen Runde hören: Was sind denn die Veränderungen, die in unseren sozialen Sicherungssystemen notwendig wären, um das überhaupt möglich zu machen? Und dann die Verbindung zum Grundeinkommen: Die Vorsitzende hat uns ermahnt, nicht zu viel darauf herumzureiten. Wahrscheinlich bräuchte man dazu eine eigene Enquete-Kommission. Das empfehle ich jetzt hiermit ganz öffentlich für die nächste Legislaturperiode. Aber ich habe doch noch mal die Frage, ob ein Grundeinkommen da eine Lücke füllen könnte und ob das ein Teil Ihrer Vision ist. Es wird ja immer gesagt, es ist völlig unmöglich umzusetzen. Können Sie sich vorstellen, dass es irgendwo mal in einem Teilbereich - etwa in einer Region - eingeführt wird, um einfach mal zu testen über zehn Jahre hinweg, wie so ein Grundeinkommen eigentlich wirkt? Ich finde, wir sind in unserer Gesellschaft experimentieravers geworden. Weil alles mit allem zusammenhängt, weil alles immer so groß ist, trauen wir uns nicht mehr. Gäbe es nicht eine Möglichkeit, das einfach in einem Teil unseres Landes auszuprobieren, wie ein solches Grundeinkommen wirken würde?

Vorsitzende Abg. Daniela Kolbe (SPD): Vielen Dank. Jetzt stehe ich selbst auf der Redeliste als Diskussionsteilnehmerin. Ich muss mich zunächst bei Ihnen, Frau Prof. Biesecker, ein bisschen entschuldigen. Ich gehöre auch zu denen, die vorrangig über Erwerbsarbeit jetzt sprechen werden. Das liegt möglicherweise daran, dass ich als Sozialdemokratin der Auffassung bin, dass wir eine Gesellschaft sind, die extrem stark vom Zugang zur Erwerbsarbeit und von Erwerbsarbeit geprägt sind, und dass das zum Selbstwertgefühl von Menschen beiträgt. Die Glücksforschung sagt auch, das Glücksgefühl von Menschen hängt in extremem Maße davon ab, ob sie Zugang zur Erwerbsarbeit haben. Und meine Grundwerte sagen eben, dazu gehört gerade auch Zugang zu guter Erwerbsarbeit. Das ist, ich gebe es

offen zu, erst mal der Pfad, auf dem ich gern weiter denken möchte. Eine Vorbemerkung, Prof. Hüther, als Ostdeutsche zu Ihrem Eingangsstatement: Sie haben gesagt, dass in den letzten Jahren keine normalen Erwerbsarbeitsplätze ersetzt worden seien durch prekäre. Das verwundert mich ein bisschen, weil wir ja in Ostdeutschland gesehen haben, dass wir eine massive Massenarbeitslosigkeit hatten, schwache Gewerkschaften, die Angst vieler Menschen vor einem Abstieg und gleichzeitig ein Sozialsystem, was niedrige Erwerbslöhne aufstockt. Rein von der Marktlogik her wäre es verwunderlich gewesen, wenn sich dort keine normalen Arbeitsplätze in prekäre Arbeitsbeschäftigungen umgewandelt hätten. Das ist genau das, was ich wahrnehme, was in den letzten Jahren passiert ist, dass sich eben Normalerwerbsbeschäftigung umgewandelt hat. Zum Teil arbeiten Menschen fast Vollzeit für 400 Euro, also für einen 400 Euro-Job. Möglicherweise haben Sie da auch regionale Unschärfen in Ihrer Aussage. Ich habe eine konkrete Frage auch an Sie, Herr Prof. Hüther, zum Thema: „Zukunft der Arbeit“, und zwar aus Sicht der Erwerbspersonen betrachtet, weil wir ja auch über Wohlstand und Lebensqualität sprechen sollen und ich glaube sehr stark, auch aus Sicht der Menschen. Was wir feststellen, oder was ich feststelle, ist eine massive Intensivierung und auch Entgrenzung von Arbeit von denjenigen, die in Erwerbsarbeit sind. Wenn die Prämisse stimmt, dass wir jetzt nicht sofort in eine massive Krise hinein stolpern, was ich sehr hoffe, dann glaube ich, dass allein aus demografischem Grunde diese Entgrenzung und Intensivierung von Arbeit nicht einfach verschwinden wird. Es sei denn - Sie sagen, oder ich habe bei Ihnen heraus gehört, das erledigt sich von selbst -, dass die Unternehmen Arbeitsplätze schaffen, die dann altersgerecht sind. Ich glaube, dass das nicht automatisch der Fall ist. Denn die Menschen, die jetzt an Fließbändern stehen, die jetzt in Verantwortungspositionen sind, sollen das ja noch 20, 30 Jahre auch durchhalten können. Eigentlich wäre nachhaltiges Wirtschaften schon jetzt, dafür zu sorgen, dass menschengerechte Arbeit stattfindet. Meine These wäre - und da würde ich Sie um eine Rückmeldung oder um Ihre Meinung bitten: Die einzigen, die derzeit über altersgerechte Arbeit und über Intensität von Arbeit sprechen, das sind Betriebsräte und Gewerkschaften, die fordern Demografie-Tarifverträge. Wäre nicht eine stärkere Einbindung auch von Gewerkschaften und Arbeitnehmervertretern gerade für diese spannende Phase wichtig? Was haben Sie sonst für Ideen, der Intensivierung und Entgrenzung von Arbeit, die ja Menschen kaputt macht, entgegenzuwirken? Und wäre es nicht sinnvoll, ganz in dem Sinne dessen, was Prof. Miegel angesprochen

hat, den Produktivitätsdruck von Arbeit wegzunehmen und viel stärker auf die Fragen Ressourcenproduktivität und Umweltschonung einzugehen? Prof. Weizsäcker, der bei uns zu Gast war, hat das auch so angedeutet. Eine kurze Frage noch an Sie, Frau Prof. Biesecker: Wenn der Zugang zu guter Erwerbsarbeit wichtig ist für Menschen, zumindest im derzeitigen System, dann sehen wir, dass ganz viele Menschen ausgeschlossen sind vom Zugang zu dieser Arbeit. Was haben Sie da für Ideen, um diese wirklich ausgegrenzten, ausgeschlossenen Menschen wieder in die Erwerbsarbeit zu holen? Herr Prof. Hüther sagt, egal welche Bedingungen, Hauptsache die Menschen sind in Arbeit. Zumindest habe ich es so verstanden.

Prof. Dr. Michael Hüther (IW Köln): Das ist die Deutung Ihrerseits.

Vorsitzende Abg. Daniela Kolbe (SPD): Sie haben Recht. Er hat es so nicht gesagt, aber ich habe es so herausgehört. Was würden Sie dazu sagen? Dann ist Herr Dr. Gambke noch dran.

Abg. Dr. Thomas Gambke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe eine direkte Frage an beide heutigen Referenten. Es ist immer wieder viel vom bürgerschaftlichen Engagement die Rede. Es ist davon die Rede, dass bürgerschaftliches Engagement zunimmt. Gibt es Zahlen, inwieweit staatliche Aufgaben zunehmend vom bürgerschaftlichen Engagement abgedeckt werden? Das können Aufgaben sein, dass etwa Eltern Schulen renovieren. Das können Pflegeaufgaben sein. Das können Aufgaben im karitativen Bereich sein. Gibt es Zahlen, inwieweit dort ein Übergang in bürgerschaftliches Engagement stattfindet und sich damit letztendlich der volkswirtschaftlichen Betrachtung entzieht? Die gleiche Frage kann man auch umgekehrt stellen: Inwieweit passiert ein Übergang gerade im Erziehungsbereich oder auch im Pflegebereich von Aufgaben, die bisher in den Familien gemacht wurden und nicht volkswirtschaftlich erfasst wurden, jetzt in den volkswirtschaftlich erfassten Bereich? Und inwiefern würde das sogar Wachstumsraten des Bruttoinlandsproduktes betreffen? Denn in dem Moment, wo ich da einen Übergang von dem einen in den anderen Bereich habe, würde sich dadurch praktisch ein anderes Wachstum einstellen. Die zweite Frage, die ich an beide habe: Sie haben bei der Qualität der Arbeit die Themen Zeitarbeit und befristetes Arbeiten angesprochen. Herrn Prof. Hüther hat sehr intensiv dafür geworben, doch die aktuelle Situation nicht schlecht zu reden. Die Frage ist aber: Haben diese neuen Arbeitsformen, die nicht nur auf staatliche

Rahmenbedingungen zurückzuführen sind, die Strukturen der gesamten gewerblichen Wirtschaft verändert? Ich will das mal an einem Beispiel erläutern. Aber das ist sicher auch das hervorstechende Beispiel: die Einführung von Zeitarbeitskonten. Zeitarbeitskonten haben dazu geführt, dass in großem Umfang nicht mehr erfolgt, was vorher der Fall war, nämlich dass über das Jahr verteilt die meisten gewerblichen Betriebe keine gleichmäßige Auslastung hatten, dass Zeiten der Überlastung durch Aufträge mit Überstunden und Zeiten der Unterlastung letztendlich durch langsames Arbeiten ausgeglichen wurde. Wenn ich ein Zeitarbeitskonto habe, wo typischerweise 200 Stunden Plus und Minus gemacht werden können, bedeutet das, dass in dem Moment, wo keine Arbeit anfällt, der Mitarbeiter oder die Mitarbeiterin nach Hause geschickt wird, und in dem Moment, wo die Aufträge da sind, Überstunden gemacht werden, aber nicht mehr als solche entgolten werden. Das führt meiner Beobachtung nach dazu, dass wir eine ganz andere Leistungsdichte in den Betrieben haben, d. h., wir haben keine Situation mehr typischerweise in den Sommermonaten, wo die gewerbliche Wirtschaft etwas langsamer arbeitet. Jeder, der mal einen Betrieb geleitet hat, weiß, dass sich das im Deckungsbeitrag immer sehr schön abgezeichnet hat. Meine Frage ist, ob wir mit der bedingten Verlagerung durch diesen deutlichen Anstieg der Leistungsdichte und der Verlagerung der damit verbundenen Kosten - nämlich im Bereich „Burn-Out“ der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die dann typischerweise im Alter von 50 bis 60 Jahren nicht mehr in der Lage sind, ihren bisherigen Beruf auszuüben - möglicherweise etwas vor uns herschieben? Herr Prof. Miegel hat gefragt, ob unser Modell langfristig eigentlich tragfähig ist, und hat das letztendlich bezogen auf die Frage der Ressourcennutzung. Ich frage aber auch in Richtung der sozialen Implikation dessen, was wir in den letzten zehn Jahren erreicht haben. Gibt es dazu Aussagen, die diesen Teil der Leistungsverdichtung berücksichtigen? Als letzte Frage an Herrn Prof. Hüther: Sie haben die Themen Teilzeit, befristete Arbeitsverhältnisse, Teilzeitarbeitskräfte und Zeitarbeit angesprochen. Das ist ja typischerweise im Dienstleistungssektor der Fall. Sie haben darauf hingewiesen, dass unsere Exportwirtschaft boomt, und wir einen Außenhandelsüberschuss von 178 Milliarden Euro haben. Aber von einer typischerweise gewerblichen Wirtschaft, die gerade nicht das Thema Teilzeit oder Zeitarbeit in dem Maße hat, wie das ja ganz deutlich im Bereich der Dienstleistungswirtschaft der Fall ist. Weder derjenige, der die Betten macht, noch derjenige, der die Haare schneidet, ist eigentlich derjenige oder ist in einem Arbeitsbereich, der verlagert wird. Ich verstehe

die Argumentation nicht, warum der Dienstleistungssektor, der im Prinzip das problematische Thema nicht gleich bezahlter Zeitarbeit oder Teilzeit gerade bei den Frauen hat, nicht streng getrennt und auch so untersucht wird von dem Bereich der gewerblichen Wirtschaft, der gerade unsere Exportstärke ausmacht.

Vorsitzende Abg. Daniela Kolbe (SPD): Vielen Dank. Frau Prof. Biesecker.

Prof. Dr. Adelheid Biesecker: Ich hatte vorhin noch einen Nachtrag zu den Finanzsystemen. Wir haben ja heute Banken, die auf eine andere Art - nämlich fast ohne Zinsen - langfristige Finanzierung anbieten, wie zum Beispiel die GLS-Bank. Ich sage es nur deswegen, weil es auch im Finanzsystem eigentlich darum geht, über neue Institutionen nachzudenken, was Sie, Frau Bulmahn, vorhin ansprachen. Wir wissen ja alle, dass unsere Gesellschaft und unser Wirtschaftssystem mehr als 200 Jahre alt ist, und wir die Institutionen, die es tragen, in dieser Zeit geschaffen haben. Wenn wir jetzt über andere Formen von Wohlstand, Lebensqualität und auch von Arbeit nachdenken, heißt es an vielen Stellen, über neue Institutionen nachzudenken. Das ist ganz klar. Da ziehe Ihren Punkt vor, Frau Kolbe, das heißt auch Erwerbsarbeit. Selbstverständlich sind die Menschen heute mit ihrem Selbstwertgefühl und der Integration in die Gesellschaft auch mit der Lebensqualität, was das Einkommen betrifft, von Erwerbsarbeit abhängig. Das ist ja auch kein Wunder. Also nicht nur meine Generation - ich bin gerade siebzig geworden, die meisten hier sind jünger -, auch die anderen Generationen weit vor uns sind da alle richtig hinein sozialisiert worden. Wir Frauen sind sogar stolz, dass wir erwerbsarbeiten dürfen. Das ist ja ein Gewinn. Ich will da gar nicht gegen reden. Das Problem ist, und da komme ich auf die Mega-Trends, das ist ein Mega-Trend in den letzten 50 Jahren: Unser Wirtschaftstheoretiker Ricardo hat schon sehr früh gesagt, dass die weitere Industrialisierung immer wieder neue Arbeitslosigkeitswellen produziert. Und jetzt bekommen wir die 3D-Drucker. Ich habe gerade einen Artikel darüber gelesen. Jeremy Rifkin spricht schon von der nächsten industriellen Revolution, dass wir jetzt alle unsere kleinen Teile zu Hause drucken können und nicht nur wir alle privat, sondern auch die Flugzeugindustrie usw., und wir plötzlich die Arbeitsplätze, die im Augenblick in China sind, wieder zurückholen. Was passiert dann mit der Arbeit? Wird das plötzlich wieder mehr oder machen wir das alle ohne Arbeitskräfte? Insofern ist meine These: Wir können nicht einfach so tun, als würde die Zukunft der Arbeit die Zukunft der bisherigen Erwerbsarbeit sein. Das



wird so nicht gehen, weil wir durch die Produktivitätsfortschritte eigentlich viel Zeit haben. Wir brauchen nicht so viel Erwerbsarbeit, dass wir alle voll erwerbsarbeiten können. Das heißt, wir können auch nicht sagen, wir finanzieren unser Leben ausschließlich darüber. Das ist die eine Sache. Und die zweite - das hat jetzt nichts mit Mega-Trends zu tun, sondern mit der Grundsituation: Zwei Drittel der gesellschaftlich notwendigen Arbeit werden nach wie vor außerhalb der Erwerbsarbeit geleistet, insbesondere weltweit, wenn man global denkt. Was machen wir eigentlich mit dieser Arbeit? Wir sollten zur Kenntnis nehmen, dass es bei der Zukunft der Arbeit auch darum geht zu sagen, wie wir diese Art Arbeit aufwerten und in das Gesamte mit hinein nehmen können. Da geht es um Umverteilung zwischen Männern und Frauen, zwischen Arbeitslosen und Beschäftigten, zwischen Besserbezahlten und Schlechterbezahlten. Schon John Stuart Mill - also für die Ökonomen unter uns - hat vor 150 Jahren gesagt, in reifen Gesellschaften ist die Hauptaufgabe Umverteilung. Und zwar in allen verschiedenen Bereichen. Insofern kann ich nur sagen, ein Mega-Trend ist in jedem Fall, dass wir nicht so tun können, als würde das einfach so weitergehen. Das ist nicht der Fall. Mein Plädoyer ist zu sagen: Lasst uns auch auf die anderen notwendigen Arbeiten schauen. Auch das bürgerschaftliche Engagement muss ermöglicht werden. Wenn wir z. B. jetzt die Energiewende nehmen, da wissen wir ja auch nicht, was heißt denn das genau und wo gehen wir hin. Jetzt haben wir die Bewegung energieautonomer Regionen auf der einen Seite, also ich sage mal, bürgerschaftliches Engagement ist zum Teil dabei, und wir haben auf der anderen Seite die vier Großen, die sozusagen diese Energiewende gewinnen wollen. Wie gehen wir denn damit um und was heißt das denn für Arbeit und für das Engagement der Leute? Und wie ermöglichen wir das? Das sind doch Fragen, die insgesamt darauf hinweisen, dass wir auch außerhalb der Erwerbsarbeit eine Aufwertung der Tätigkeiten brauchen, die die Gesellschaft nötig hat. Jetzt zum zweiten Punkt. Herr Prof. Brand, Sie haben gefragt, wo ich neue Konsense für das Ganze der Arbeit sehe. Es gibt z. B. in der Diskussion um die ganze Pflege den Begriff „Hybride Organisation“, der mal von Adalbert Evers stammte. Organisiere die Pflege in ihrer Vierheit von privat, das heißt von der Familie und Nachbarschaft, bürgerschaftliches Engagement, staatliche Leistung und marktliche, also eine Kombination der verschiedenen Prozesse. Da gibt es eine ganze Reihe von Beispielen, die funktionieren in der Regel natürlich vor Ort. Da leben die Alten, die werden eben nicht exportiert. Stattdessen importieren wir Pflegekräfte. Aber die Alten bleiben vor Ort. Das halte ich für eine ganz

spannende Entwicklung. Wir nennen es diese „hybride“ Form. Das sind auch wieder neue Institutionen. Da müssen sich Bereiche - Markt, Staat, bürgerschaftliches Engagement und Privatheit - in kooperativer Form zusammenschließen. Aber es wird experimentiert. Das fand ich noch mal wichtig, Herr Dr. Ott, ja, wir müssen experimentieren. Wir brauchen Experimentierräume, überhaupt keine Frage. Und es wird auch experimentiert. Wenn man die neue „Commons-Bewegung“, die ganzen Jugendlichen, oder die neue Gartenbewegung sieht, da wird experimentiert. Das ist ganz spannend. Ich soll nun mehr zur Muße sagen. Mir ist erst mal wichtig, dass wir im Grunde genügend Zeit für Muße haben, wenn wir sie denn wirklich akzeptieren und auch gesellschaftlich nicht nur als Faulheit ansehen. Das sind Punkte, das hat glaube ich Frau Bulmahn angeführt, da geht es auch um Wertedebatten. Alles konzentriert sich auf die Erwerbsarbeit. Es geht darum, zu sagen, dass es auch andere wertvolle Dinge gibt. Und dann zur kurzen Vollzeit, ob da auch Grundeinkommen dazu gehört: In jedem Fall so eine Art. Wenn wir die Erwerbsarbeitszeit verkürzen, dann kann es zwar einen gewissen Lohnausgleich geben, aber die Lohneinkommen werden sinken. Das ist doch klar. Dann ist die Frage: Reicht das so zum Leben oder muss das gesellschaftlich gestützt werden? Und dann ist das ein Grundeinkommen, ein Mindesteinkommen, ein Zuschuss. Oder wird das finanziert von den Unternehmen, die sagen, okay, wir können auch für die 30 Stunden allen einen Lohn zahlen, der zum Leben reicht? Ich glaube das nicht. Ich glaube, auch hier kommt eine hybride Form zum Ausdruck. Das ist eigentlich eine meiner Botschaften. Wir haben verschiedene institutionelle Räume in der Gesellschaft. Die Zukunft liegt in der Kooperation dieser Räume. Wer finanziert das? Es ist ganz viel Geld da. Es ist nur ziemlich falsch verteilt. Dann war noch die Frage: Wie kann man die Arbeitslosen, die ausgeschlossen sind, integrieren? In jedem Fall geht es nicht darum zu sagen: ihr macht schon mal die Sorgearbeit oder das bürgerschaftliche Engagement, und die anderen machen die Erwerbsarbeit weiter. Sondern es geht darum zu sehen, wie kann ich die Arbeitslosen in Arbeit bringen, und das ist auch ganz stark eine Qualifizierungsfrage. Unsere Arbeitsmarktpolitik setzt im Augenblick die Qualifizierung ganz nach unten. In diesem Unternehmen, in dem ich Vorsitzende bin, geht es darum, die Menschen zu beschäftigen, etwa in 1-Euro-Jobs, und dann zu vermitteln. Aber man kann sie nicht vermitteln, wenn man sie nicht qualifiziert. Da ist Qualifizierung sozusagen das A und O. Gut, jetzt höre ich erst mal auf.

Prof. Dr. Michael Hüther (IW Köln): Vielen Dank. Ich gehe der Reihe nach durch. Herr Prof. Brand, Sie hatten als Erster gefragt. Zur Deutschlandfixiertheit: Die Internationalisierung der Arbeitsmärkte, die wir zwar lange diskutieren und auch sehen, etwa durch andere Mengenverhältnisse und andere Produktionsstandorte, hat ja noch nicht dazu geführt, dass wir in Europa wirklich einen hoch mobilen Arbeitsmarkt als Gebilde in der Europäischen Währungsunion haben. Das war eben auch der Hinweis noch zu der Frage von Herrn Prof. Miegel. Ich glaube, da ändert sich im Augenblick etwas. Also das, was aus der Theorie eigentlich dazu gehört zu einer Währungsunion, kommt in Gang. Sie haben auf die vielen spanischen Stimmen rekurriert, die Sie gehört haben. Was können wir tun? Ein Lernen aus der Krise ist, dass es in diesen Ländern eine Lücke im Bildungssystem gibt. Das beschreibt die duale Berufsausbildung. Und dass der Export, den Deutschland im Augenblick leistet mit der dualen Berufsausbildung nach Portugal und nach Spanien, ein ganz wichtiger Beitrag ist, neben den vorhandenen Bildungswegen hier etwas zu tun und eine wertschöpfungsnahe Alternative mit hinzu zu setzen, die natürlich nicht das Ende einer Ausbildung ist, sondern der Beginn einer Ausbildung. Ich würde das nicht gering schätzen. Ich glaube, dass das ganz erheblich ist. Gesteuerte Zuwanderung ist sicherlich ein wichtiger Teil auch einer auf den demografischen Wandel und den Fachkräftemangel bezogenen Antwort. Die deutsche Gesetzgebung hat sich hier deutlich verändert, auch international durch die entsprechenden Rechtstitel nach den relevanten Gesetzen. Die Frage ist: Welche Signale senden wir als Land? Wir haben ein Zuwanderungsrecht, bei dem sie eigentlich nur lesen, was nicht geht und sie müssen erst mal alles ex negativo heraus finden, was denn geht. Ich persönlich finde relativ charmant die Rot-Weiß-Rot-Karte, die Österreich entwickelt hat nach ganz klaren qualifikationsbezogenen Segmenten, mit Angaben zu Engpassektoren und Zuwanderungssegmenten. Interessant ist auch, wie sie zustande kam. Die dortige Große Koalition hat damals gesagt, wir können das nicht - das kommt ja häufiger vor -, also wir kommen nicht zum Konsens. Aber wenn ihr Sozialpartner ein Modell vorschlägt, dann werden wir das auch umsetzen. Genauso ist es zustande gekommen. Bitte?

SV Prof. Dr. Ulrich Brand: Das ist immer so in Österreich. Ich beobachte das genau, weil ich in Wien lebe.

Prof. Dr. Michael Hüther (IW Köln): Dann haben Sie ja den richtigen Erfahrungshintergrund. Ich will aber sagen, diese Rot-Weiß-Rot-Karte

finde ich einen spannenden Ansatz, weil er auch im Konsens entstanden ist und damit eine gesellschaftliche Verankerung dieses Zuwanderungsrechtes gegeben ist. Sie haben nach der ökologischen Nachhaltigkeit gefragt. Wenn ich Sie richtig verstanden habe, meinen Sie, welches Wohlstandsmaß ich dann präferiere. Ich verweise Sie einfach an den Kollegen Prof. Schmidt, was der Sachverständigenrat in seiner Expertise gemacht hat, wo er gemeinsam mit dem französischen Partner dieses Thema auf dem Tisch hatte, zu sagen, um das klassische Bruttoinlandsprodukt im Grunde ein Set von Indikatoren unter verschiedenen Nachhaltigkeitsdimensionen zu setzen. Ich kann Ihnen nur sagen, ich erinnere mich gut daran, da habe ich gerade meine Doktorarbeit abgegeben. Das war im November 1989 in Lahnstein auf der Tagung der „International Association for research on income and wealth“. Und der Präsident des Statistischen Bundesamtes, Egon Hölder, stellte sich hin und sagte: Wir machen das Ökosozialprodukt. Aus gutem Grunde ist es nicht dazu gekommen, weil Sie einfach nach der Logik her eine durch Marktbepreisung zustande kommende Bewertung nicht so einfach ausdehnen können. So ist man zum System der umweltökonomischen Gesamtrechnung mit Satellitensystemen gekommen. Dieser Weg scheint mir auch angemessen zu sein, und die Nachhaltigkeitsdimension erweitern wir heute darum. Herr Dr. Ott, die nationale Fixierung war bei Ihnen auch noch mal das Thema. Die Frage, worauf die sich bezog, habe ich nicht ganz notiert von meiner Mitschrift hier. Meine Antwort ist nur: Natürlich hat sich etwas in Europa verändert durch die Verflechtung. Wir haben die vier Grundfreiheiten. Wir haben im Prinzip diese freie Wanderung von Warendienstleistungen, Humankapital und Finanzkapital. Und das ist etwas, was jetzt in Bewegung gekommen ist.

Zwischenfrage Abg. Dr. Hermann Ott (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Entschuldigen Sie, ich habe gefragt in Bezug auf Herrn Prof. Miegel und Herrn PD Dr. Reuter, wie Sie denn die Zukunft der Arbeit in Deutschland sehen im Zusammenhang mit der Tatsache, dass wir unseren Arbeitsmarkt europäisieren werden, dass unser Exportmodell nicht zukunftsfähig ist und dass wir ökologische Grenzen zu beachten haben.

Prof. Dr. Michael Hüther (IW Köln): Die Europäisierung läuft. Ich habe das eben schon auf die Frage von Herrn Prof. Brand angedeutet. Wir haben noch keinen wirklich europäischen Arbeitsmarkt, der bedeuten würde, dass der Faktor Arbeit sich mobil bewegt. Wir haben noch keine entsprechende hinreichende Mobilität. Die Sprachhürden sind ja noch

erheblich. D. h., jetzt – so meine These – kommt eine höhere Mobilität in Gang. Wir sind auch dabei, dann natürlich über die Arbeitsmarktinstitutionen zu reden und wie die zueinander passen. Insofern wird dies zu einer Europäisierung führen, aber die wird nicht nur so ausgehen, wie Sie sich das vielleicht vorstellen, sondern das heißt auch Anpassungsdruck.

Zwischenbemerkung SV Dietmar Hexel: Wir reden ja zu Recht über Mobilität im Arbeitsmarkt. Und die anderen müssen sich nicht bewegen? Kann es auch sein, dass die Arbeit mobiler werden muss in der Zukunft, sozusagen die Sachen, die gebraucht werden? Oder müssen sich nur die Menschen in Europa bewegen?

Prof. Dr. Michael Hüther (IW Köln): Nein, die vier Grundfreiheiten beinhalten genau diese Dimension, die Sie mit ansprechen. Das geht in die gleiche Richtung. Wir investieren auch dort. Und die Arbeit wird dort hingebbracht unter stabilen Rahmenbedingungen. Insofern geht das natürlich nicht nur über den Faktor Arbeit, sondern auch über das Investitionskapital. Es werden auch Arbeitsplätze in diesen Ländern geschaffen. Nur, das heißt natürlich, dass sich der Anpassungsdruck auf Mengenrelationen und auf unterschiedliche Verfügbarkeiten entsprechend darstellt. Beim Fachkräftemangel wird ja gezielt versucht - um das Beispiel mal zu nehmen - auch in diesen Ländern eine Beschäftigungsbrücke zu bauen, indem wir ihnen hier in Deutschland Möglichkeiten bieten. Zur These des nicht nachhaltigen Exportmodells: Ich kann jetzt gern noch mal sagen: ich weiß gar nicht, wie Sie das begründen. Nicht nachhaltig wäre es, wenn es durch Politikmanipulation zustande käme. Nicht nachhaltig wäre es, wenn es nicht zu dem demografischen Profil unserer Gesellschaft passte. Und ich kann nur sehr davor warnen, Salden in der Leistungsbilanz per se als Ungleichgewicht zu betrachten. Wir leben nicht in einem Saldo Null, sondern wir haben halt positive und negative Seiten in der Leistungsbilanz wie auch in der Kapitalbilanz. Und es gibt auch bei Ökonomen eine intensive Debatte darüber, welche der beiden Bilanzen denn dominiert. Ist es die Kapitalbilanz, die durch ihre Kapitalströme ein entsprechendes Investitionskapital bewegt, um dann eine entsprechende Anpassung möglich zu machen? Es ist hier sicherlich der Zusammenhang zwischen beiden Dingen. Aber wenn Sie fragen: Was ist die Perspektive der deutschen Wirtschaft? Was hat denn dahin geführt? Innovationskraft, Veränderung der Wertschöpfungsketten, Internationalisierung der Wertschöpfungsketten. Und zwar nicht isoliert, sondern

immer bei den gerade mitbestimmten Unternehmen natürlich auch in der Perspektive beider Sozialpartner, die dort in der Verantwortung sind. Also, ist da irgendetwas an Innovationssuche, an der Frage, wie man Produkte so konfiguriert, dass sie Kunden findet, nicht nachhaltig? Ich kann auch nicht feststellen, dass wir in Exportsektoren ein Lohnproblem haben. Die Reallöhne in der Industrie insgesamt sind deutlich angestiegen, gerade im Exportsektor. Dass wir dort natürlich auch erhebliche Produktivitätsfortschritte haben, weil sie in solchen industriellen Bereichen diese Möglichkeiten anders haben als in Dienstleistungsbereichen, ist zu Recht angesprochen worden. Das glaube ich auch. Es gilt auch, dass die Ressourceneffizienz der deutschen Industrie die viertbeste in der Welt ist. Ich kann Sie auf die entsprechenden Indikatoren hinweisen. Noch mal zur Frage: Was heißt hier nicht nachhaltig? Das ist eine These, die Sie in den Raum stellen. Ich teile diese These nicht, und ich glaube, viele mit mir auch nicht. Ich finde auch keine Argumente dafür. Ausgleichsmechanismen finden automatisch statt über Bewegungen in der Kapitalbilanz, über Transfers in Europa und über Entwicklungsmaßnahmen für einzelne Regionen. Diese können auch die Europäische Währungsunion sein. Das ist ja nichts anderes als eine große Transferunion, nämlich ganz am Anfang schon ein Reputationstransfer der seriösen Geldpolitik hier in Deutschland in die anderen Länder.

Abg. Dr. Hermann E. Ott (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was ist das für eine Leistungsbilanzkrise, die wir haben?

Prof. Dr. Michael Hüther (IW Köln): Entschuldigung. Bitte schauen Sie sich die Statistik an. Griechenland, Spanien und Portugal haben seit 1975, solange wir die Daten haben, ein Defizit in der Leistungsbilanz. Für Spanien und Portugal gilt um 1980 herum, dass die einen mal um vier, die anderen mal um fünf Jahre einen Überschuss in der Leistungsbilanz hatten. Es sind Länder mit persistenten Leistungsbilanzdefiziten. Dann müssen wir mal fragen: Warum? Weil sie eine andere demografische Situation haben, bei Spanien bis zum Schluss. Und dann muss man fragen, warum es jetzt zu dazu gekommen ist. Es ist nicht dazu gekommen wegen irgendwelcher Leistungsbilanzdefizite, sondern weil sie die Finanzierung bei der Nutzung der Investitionsmittel so verwendet haben. Aber wir können gerne ein Kolloquium über die europäische Währungskrise machen. Ich würde nur vermuten, es wird uns zeitlich etwas überfordern, zumal Sie auch noch andere Fragen haben. Ich deute das nur an.

Zwischenbemerkung Abg. Dr. Hermann E. Ott (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich glaube, dass sich mit Einführung des Euro die Bedingungen fundamental geändert haben. Da hat diese Leistungsbilanzkrise dann erst zuschlagen können. Vorher ließ sich das ausreichend ausgleichen. Das können Sie aber nicht im gemeinsamen Währungsfond.

Prof. Dr. Michael Hüther (IW Köln): Nein. Sie schlägt nur dann zu, wenn sie die Wohlstandssituation im Land nicht akzeptieren, wenn sie Lohnstückkostensteigerungen haben wie in Griechenland, die 30 Prozent über denen in der Bundesrepublik Deutschland lagen, oder wenn sie in Portugal und Spanien 20 Prozent über denen hier lagen. Sie wissen doch genau, wie die Unterschiede sind. Das brauche ich Ihnen doch jetzt hier nicht im Kolloquium zu erzählen. Ihre Frage war ja noch - Sie haben zu Recht gemerkt, dass ich da noch mal nachgedacht habe bei der Antwort - wie hoch genau die „Gender Pay Gap“ ist. Ich meine, es sind 8 Prozent. Ich kann Ihnen gerne den Aufsatz „Gender Pay Gap: Gesamtwirtschaftliche Evidenz und regionale Unterschiede“, der im Oktober 2012 in IW-Trends erschienen ist und den Kollegen von uns gemacht haben auf Basis des sozio-ökonomischen Panels, dazu verfügbar machen. Das ist nicht vom Himmel gefallen. Ich berichte Ihnen hier nur Zahlen, die Sie wissenschaftlich nachprüfen können. Frau Kolbe, zu Ihrem Hinweis zu den neuen Ländern: Ich kann nur sagen, wir nutzen Daten des sozio-ökonomischen Panels, weil wir dort Verlaufs-Profile anschauen können. Also wenn jemand Vollzeit unbefristet war zu einem Zeitpunkt, gering qualifiziert, mit Teilzeit oder in Zeitarbeit, und wir uns ansehen: Wo ist er fünf Jahre später? Diese Verlaufsanalysen zeigen - das ist alles veröffentlicht -, dass wir keinen Schwund des Normalarbeitsverhältnisses haben. Das heißt nicht, dass wir in einzelnen Regionen, in einzelnen Unternehmen oder einzelnen Branchen eine solche Entwicklung haben. Entschuldigen Sie, auch wenn das mit Ihrem Vorurteil jetzt nicht zusammen passt, volkswirtschaftlich kann ich keine Daten für Ihre These finden. Es tut mir schrecklich leid. Wir haben diese Studie vorgelegt unter Nutzung der sozio-ökonomischen Paneldaten. Ich glaube, die Kollegen sind sich einig, dass das die angemessene Datengrundlage ist, wenn man schauen will, wie Verlaufsprofile sind.

Zwischenbemerkung Abg. Edelgard Bulmahn (SPD): Es geht dabei aber um den Punkt, das es regionale Ungleichgewichte gibt.

Prof. Dr. Michael Hüther (IW Köln): Ja, die gibt es. Die Frage ist aber, ob sie politisch bei der Gestaltung von Systemen, die sie dann ja auch nicht regional für Sachsen-Anhalt definieren, sondern für die Bundesrepublik als ganzes, berechtigt antworten mit einem Regionalkonzept oder mit erst mal einem gesamten empirischen Befund.

Vorsitzende Abg. Daniela Kolbe (SPD): Auch wenn ich selber gerne gerade zu meiner Frage einsteigen würde, ich bitte darum: Prof. Hüther hat überwiegend das Wort.

Prof. Dr. Michael Hüther (IW Köln): Ich will nur einfach sagen, ich habe dazu andere Daten. Wenn Sie nach Regionen fragen, dann müssen wir sagen, haben wir regional andere Antworten darauf, auch politisch. Aber die Systeme, die diesen Arbeitsmarkt definieren, sind zunächst einmal gesamtdeutsche. Sie haben gefragt nach der altersgerechten Arbeit, Frau Kolbe. Ich glaube, das ist einfach noch mal der Begriff, der ja auch vier Jahrzehnte alt ist: Humanisierung der Arbeit. Herr Hexel wird das ja wissen. Die Gewerkschaften beispielsweise in der Chemie oder im Stahlbereich haben ja Demografie-Tarifverträge abgeschlossen. Und wenn ich das richtig sehe, gilt es auch hier, dass die Arbeitgeber sich – glaube ich – gemeinsam mit auf den Weg gemacht haben, beispielsweise in der Chemie, eine Demografie-Festigkeitsanalyse zu machen und einen Demografie-Fonds aufzubauen, mit dem man diese Rücklagen gestalten kann. Mein Eindruck ist, dass dieses funktioniert. Und im sechsten Altenbericht ist die These ausformuliert, dass natürlich der Druck des Strukturwandels dazu führt. Mein Eindruck ist, das Problem liegt eher in der Größenordnung der Unternehmen. Sie können als großes Unternehmen ganz anders lebenszyklusorientierte Personalpolitikkonzepte entwickeln als der schon von mir zitierte 40- oder 50-Mann-Stahlbauer im Siegerland. Das ist die eigentliche Herausforderung, weil wir dann betrieblich übergreifend argumentieren müssen. Aber das passiert schon. Sie haben auch gefragt nach dem technischen Wandel. In einigen Äußerungen wird gerne gelegentlich der Hinweis auf Internationalisierung benutzt. Aber dann, dass es auch eine Internationalisierung über den technischen Fortschritt gibt. Das ist übrigens die alte Debatte, die wir auch vor vier Jahrzehnten schon geführt haben, dass bei vergleichbaren Investitionen global die gleiche Technologie zur Anwendung kommt und dass sie deshalb Vergleichbarkeiten haben und auch die Arbeitskosten beispielsweise ein Problem sind. Das müssen wir dann auch sehen. Ich habe den Eindruck, Internationalität wird gerne dann gesehen, wenn sie



einen bestimmten Anpassungsdruck auslöst, aber hinsichtlich eines anderen nicht. Herr Dr. Gambke, ich habe keine Daten zu Ihrer Frage des Wandels von einer staatlichen Daseinsvorsorge hin zu einer Aktivität im bürgerschaftlichen Engagement. Im Engagementbericht haben wir das diskutiert. Wir haben sehr deutlich gesagt, bürgerschaftliches Engagement kann und darf nicht berechnete Staatsaufgaben ersetzen. Dort, wo die Daseinsvorsorge eine zeitgemäße Ausprägung hat, ist sie öffentliche Aufgabe und muss auch entsprechend finanziert werden. Aber wir hatten nicht den Eindruck, dass sozusagen hier eine Welle stattfindet. Wir haben insgesamt zu wenige Daten. Frau Prof. Biesecker hat ja aus der Enquete-Kommission berichtet, die 2002 einen Abschlussbericht vorgelegt hat. Der Datenbestand über bürgerschaftliches Engagement ist eigentlich unbefriedigend. Hier müssten wir ja gerade wissen, was tun einzelne private Akteure, beispielsweise einen Schulklassenraum streichen oder ähnliches, Sie haben das angedeutet. Diese Daten haben wir nicht, es wäre in der Tat eine Umverteilung zwischen diesen Zuständigkeiten. Dann zu den Punkten Arbeitszeitkonto und Verdichtung der Arbeit sowie der Frage nach dem technologischen Druck. Wenn sich die Wettbewerbssituation verändert und Herr Paqué mit seiner These - die noch zugespitzter ist als meine - recht hat, dass wir einen Wandel erleben, in dem sich die Mengenverhältnisse verändern, und wir tendenziell in eine Vollzeitbeschäftigung oder in einzelnen Segmenten des Arbeitsmarktes in eine Vollbeschäftigung hineinlaufen, dann verändern sich auch die Handlungsnotwendigkeiten für Arbeitgeber. Das ist ganz eindeutig, und ich kann nur sagen: Wenn wir am Arbeitsmarkt rekrutieren, dann müssen wir heute ganz andere Konzepte des Ausgleichs von Familie und Beruf anbieten als es vor zehn Jahren oder fünf Jahren der Fall war. Das gilt selbst für ein Forschungsinstitut, aber wir sind ja auch privat finanziert. Dieser Druck ist sehr heilsam. Ich sage nicht, das ist ausreichend. Ich würde aber nicht zu wenig darauf setzen, weil, das ist immer das, was unter Marktmechanismen dann auch zustande kommt. Zur Frage der Arbeitszeitkonten und der Verdichtung der Arbeit: Wieso soll das zu mehr „Burn-Outs“ führen? Zunächst hat es dazu geführt, dass 2009 die Beschäftigung gehalten wurde, weil man Arbeitszeitkonten abbauen konnte. Die Lohnstückkosten in der Industrie sind 2009 um 15,6 Prozent angestiegen, das heißt also: man hat Beschäftigung gehalten - zwar auch mit dem Kurzarbeitergeld, aber es war auch das Arbeitszeitkontenmodell, das dazu geführt hat. Da würde ich mal sagen, dadurch, dass sie in Beschäftigung geblieben sind, haben sie bestimmt eine geringere Wahrscheinlichkeit von „Burn-Out“ als wenn sie

arbeitslos geworden wären. Oder weniger psychische Belastung bzw. mehr Lebensqualität. Da kann man auch Herrn Hexel fragen: die Gewerkschaften haben gerade im Metall- und Elektrobereich, aber auch in der Chemie, diese Tarifverträge mit Arbeitszeitflexibilisierung, Lebensarbeitszeitkonto, Jahresarbeitszeitkonten mit der schwierigen Frage der Insolvenzversicherung – all das gehört ja dazu – mit verhandelt. Und ich kann nur sagen, ich glaube dass der Tarifvertrag, der im Februar 2005 im Südwestbereich Metall abgeschlossen wurde, wegweisend ist, um dieses flexible Instrument auch in die Unternehmen mit hinein zu bringen. Dann als letztes zur Zeitarbeit: Die Zeitarbeit ist unverändert bei 2/2,2 Prozent der Erwerbstätigkeit. Im Augenblick ist sie eher rückläufig, aber selbst wenn es 2,4 oder 2,6 Prozent sind: Sorry, aber Sie reden immer so als wären es 50 Prozent, als wären 50 Prozent der Menschen in einer Zeitarbeit. Und es gilt auch, was Herr Paqué sagt: Auch dahinter stehen Arbeitsplätze, und wir kennen ja auch die Strukturen, dass die meisten nicht länger als 12 Monate drin sind. Sie kennen auch meine Aussage: Es darf keine zweite Lohnlinie sein. Die Flexibilität beobachten wir in der Industrie. Und natürlich, Sie dürfen Dienstleistungssektoren, Herr Dr. Gambke, nicht nur auf haushaltsnahe Dienstleistungen verkürzen, sondern müssen gerade die unternehmensnahen Dienstleistungen betrachten, die schwanken natürlich mit der Industrie. Wertschöpfungstechnisch kommen Sie dann etwa auf 33/34 Prozent des gesamten BIP, wenn Sie Industrie plus abhängige unternehmensnahe Dienstleister dazu nehmen, und dann haben Sie schon das Potential, das sich für Zeitarbeit zeigt. Ich will da gar nichts weiter bewerten, ich sage nur: Das sind die Zusammenhänge, und die muss man natürlich in der Interaktion von Industrien oder unternehmensnahen Dienstleistern auch sehen.

Vorsitzende Abg. Daniela Kolbe (SPD): Vielen Dank, unsere Sitzung dauert noch maximal 24 Minuten, Projektgruppenberichte sind glaube ich, wenn, dann nur kurz nötig, richtig? Ich sehe einmal in die Runde. Dann würde ich versuchen, mein bisher immer erreichtes Ziel zu erreichen, dass alle, die sich gemeldet haben, zumindest einmal zu Wort gekommen sind. Das sind vier Personen, und drei hatten sich ein zweites Mal gemeldet, da müssten wir wirklich schauen, ob wir es schaffen. Zunächst einmal sind noch dran: Frau Wolff, Frau Leidig, Frau Prof. Jochimsen und Frau Skudelny.

Abg. Waltraud Wolff (Wolmirstedt) (SPD): Vielen Dank an Sie beide, dass Sie uns diese spannende Diskussion heute hier ermöglichen. Ich denke wir

bekommen alle viele Anregungen, wie wir auch in unserer Projektarbeit weitermachen können. Ich möchte aber noch mal an den Anfang der Einlassungen von Ihnen beiden kommen, und jetzt spreche ich Sie an, Herr Prof. Hüther. Sie haben am Anfang gesagt, wir haben in Deutschland einen Höchststand an Beschäftigung - das stimmt. Wir haben einen hohen Stand bei der sozialversicherungspflichtigen Arbeit - das stimmt auch. Wir haben mehr Frauen im Beruf als je zuvor. Das ist alles positiv, und Sie haben gesagt, Sie sehen auch da überhaupt keine Hinweise auf Arbeitszeitverkürzung. Herr Prof. Reuter hat Ihnen ja vorhin - die Zahlen brauche ich nicht noch einmal nennen - gesagt, wie sich der Arbeitsmarkt eigentlich entwickelt hat. Und wir wissen, es ist genug Arbeit da. Aber die Arbeitswelt spricht doch eigentlich eine ganz andere Sprache. Wir haben Minijobs, Zeitarbeit, Leiharbeit, Teilzeit bei 20 Stunden und so viele Aufstocker wie nie zuvor, also Menschen, die von der eigenen Arbeit nicht leben können. Da frage ich mich: Wie ist das eigentlich mit Wohlstand und Lebensqualität in einem so industrialisierten Land wie Deutschland überhaupt möglich oder wie können wir damit leben? Ich glaube, dass kann nicht unser Ansatz sein. Sie haben die Globalisierung angesprochen, und da möchte ich mich bei Herrn Prof. Miegel herzlich bedanken, der dann gesagt hat: Also wir dürfen das jetzt wirklich nicht nur auf Deutschland begrenzt sehen, sondern wir müssen europa- und weltweit schauen. In zehn Jahren, davon bin ich auch wie Sie fest überzeugt, werden wir nicht mehr von dem deutschen Arbeitsmarkt reden. Aber trotzdem hat das alles ja auch Auswirkungen, und wir haben ja auch Arbeitsplätze hier bei uns vor Ort. Sie haben, wenn es um Globalisierung und technischen Fortschritt geht, einen Satz geschrieben, wo ich meine, so etwas kann man doch gottgegeben nicht hinnehmen. Sie haben geschrieben: Die Erhöhung des weltweiten Arbeitsangebots, die intensivere internationale Arbeitsteilung und der technische Fortschritt wirken sich auf den deutschen Arbeitsmarkt im Hinblick auf die qualifikatorische Struktur aus, einfache Arbeit verlagert sich in andere Länder und die qualifikatorischen Anforderungen an die Erwerbstätigen steigen. Das ist doch nichts, was man als gottgegeben hinnehmen kann. Wir verlagern die einfache Arbeit anderswo hin? Da frage ich mich doch, was hat das auch wieder in Ihren Augen mit Lebensqualität und mit Qualität von Arbeit zu tun, wenn wir einfache Arbeiten wegverlagern, die hochqualifizierten wieder zurücknehmen und das dann auch in der globalen Arbeitswelt sehen? Da sage ich mir, das hat weder etwas mit Wohlstand noch mit Lebensqualität zu tun. Die Frage ist: Für wen? Was

nährt eigentlich Ihre Ansicht, dass Wohlstand und gutes Leben sich aus Erwerbstätigkeit in der Zukunft abbilden kann? Dazu habe ich nichts gehört. Wenn wir immer von kürzeren Arbeitszeiten ohne eine verkürzte Vollarbeitszeit reden und mit diesen jetzt vorhandenen Arbeitsmöglichkeiten konfrontiert sind, wie sieht dann aus Ihrer Sicht eine Erwerbsarbeit mit auskömmlichem Einkommen für Familien hier und anderswo aus? Dann haben Sie zum Thema „Gute Arbeit“ auch gesagt: die atypischen Beschäftigungsformen bringen nichts in Bezug auf die festen Arbeitsplätze. Ich komme auch aus den neuen Bundesländern, und eins ist Fakt: Ich wundere mich, dass Sie die Zahlen dazu nicht haben. In den neuen Bundesländern verringert sich in den letzten Jahren definitiv die Vollarbeitszeit, und das ist nichts, was nur Sachsen-Anhalt oder Sachsen oder Thüringen ausmacht. Das passiert überall in den neuen Bundesländern, und das ist doch ein beträchtlicher Teil der Bundesrepublik Deutschland, über den man nicht einfach hinweggehen kann. Diese Zahlen müssten Ihnen doch eigentlich vorliegen, und deshalb frage ich Sie auch wieder: Wie stellen Sie sich für die Zukunft vor, dass man solche Arbeit so organisiert, dass sie wirklich zu Lebensqualität und auskömmlichem Einkommen führt? Und als Letztes, obwohl ich noch viel zu sagen hätte: Sie haben gesagt, wo das Erwerbsleben leer ist, ist das bürgerchaftliche Engagement auch leer.

Prof. Dr. Michael Hüther (IW Köln): Das war ein Zitat.

Abg. Waltraud Wollf (Wolmirstedt) (SPD): Ja, aber Sie haben versucht, das Zitat zu unterlegen. Ich glaube nicht, dass man verkürzte Arbeitszeit gleichsetzen sollte mit Arbeitslosigkeit. Das wir bei Arbeitslosigkeit kein bürgerchaftliches Engagement erleben, das ist nachvollziehbar, das weiß ich auch. Aber wenn wir insgesamt in der Zukunft der Arbeit mit verkürzter Vollarbeitszeit leben, dann haben wir - glaube ich - genau diese engagierten Personen, die dann auch mit bürgerchaftlichem Engagement und mit Sorgearbeit in der Zukunft eine Möglichkeit der Betätigung sehen. Dazu hätte ich gerne einmal Ihre Einschätzung.

Vorsitzende Abg. Daniela Kolbe (SPD): Vielen Dank. Damit die Einschätzungen auch noch stattfinden, bitte ich um kurze weitere Wortmeldungen und gebe Frau Leidig das Wort.

Abg. Sabine Leidig (DIE LINKE.): Ich möchte zwei Punkte ansprechen und vielleicht vorweg schicken, dass ich es ausgesprochen interessant finde,

wie unterschiedlich der Blick auf Arbeit ist von den beiden, die wir jetzt hier als Referentin und Referent im Plenum haben. Ich empfinde es so, dass einmal sehr konkret darauf eingegangen wird, was der Gegenstand der Arbeit ist, sozusagen die lebensweltliche Perspektive, die ganz stark auch die Lebensqualität in den Mittelpunkt stellt. Und auf der anderen Seite - bei Herrn Prof. Hüther - habe ich sehr viele abstrakte Begriffe gehört und solche Ausdrücke wie: der Faktor Arbeit abstrahiert sozusagen komplett nicht nur von den Menschen, die arbeiten, sondern auch von den Gegenständen der Arbeit. Ich glaube, wenn wir über die Nachhaltigkeit und die nachhaltige Perspektive von Arbeit reden, wir uns vor allem das „Was“ der Arbeit ansehen müssen. Was wird gearbeitet? Was hält der Globus und was halten die Gesellschaften perspektivisch aus? Oder was verbessert die Lebensqualität? Und da gibt es zwei Punkte, die ich ansprechen möchte. Der erste bezieht sich auf die Internationalisierung von Arbeit. Da habe ich schon noch mal die Frage, ob das der einzige Trend ist, und wie es um die Debatten von Deglobalisierung bestellt ist. Wir haben ja die absurde Situation, dass - ohne dass sich irgendwo die Lebensqualität verbessert - immer mehr Güter immer mehr Transportkilometer auf dem Buckel haben und um den halben Erdball gekarrt werden. Ich will gar nicht vom I-Phone anfangen, für das mehrere Jumbo-Jets permanent zwischen der Westküste der USA und Asien unterwegs sind. Das macht 2 Dollar pro Stück aus im Unterschied zu einer Kompletproduktion an der Westküste der USA. Und da gibt es hunderttausend Beispiele. Das muss doch geändert werden. Das kann doch gar nicht weitergedacht werden. Was gibt es da für Konzepte für eine Deglobalisierung? Und damit verbunden die Frage: Wie muss sich Industriearbeit verändern? Kann es sein, dass immer mehr Produkte mit immer mehr Ressourcenverbrauch hergestellt werden, oder muss man nicht ganz andere Arten von Arbeit denken? Reparaturarbeiten beispielsweise, die praktisch fast nicht mehr existieren? Also in diese Richtung würde ich gerne Ihre Ideen hören. Und der zweite Punkt, den ich ansprechen möchte, den Frau Prof. Biesecker eingebracht hat am Schluss ihres Vortrags: Die Frage der Demokratie und der Einbeziehung der Betroffenen. Meine Erfahrung ist - und ich habe auch mal zehn Jahre beim Deutschen Gewerkschaftsbund gearbeitet -, dass die Beschäftigten in vielen Bereichen sehr gut Bescheid wissen, was im Argen liegt und wo es Verbesserungsmöglichkeiten gibt. Und wenn man weiß, in welche Richtung es gehen soll, dann entstehen aus dem Wissen derer, die die Arbeit tun, ganz gute Ideen. Ich will das Projekt „Arbeitsamt 2000“ noch

mal in Erinnerung rufen, das damals eingestellt wurde. Jetzt kämpfen gerade die Charité-Beschäftigten hier um bessere Arbeitsbedingungen, und die haben einen hervorragenden Begriff davon, was gute Pflege ist. Und die wissen ganz genau, was dafür notwendig ist. Meine Frage an Frau Prof. Biesecker ist: Gibt es konkrete Beispiele dafür, dass Beschäftigte, möglicherweise zusammen mit Bürgerinnen und Bürgern, bessere Arbeitskonzepte entwickeln oder auch die Inhalte ihrer Arbeit so verbessern, dass sichtbar wird, wie wertvoll eine solche demokratische Beteiligung sein kann?

Vorsitzende Abg. Daniela Kolbe (SPD): Vielen Dank. Noch zwei Fragen. Frau Prof. Jochimsen.

SV Prof. Dr. Beate Jochimsen: Ich gehöre der Projektgruppe 2 an, die sich damit beschäftigt, einen Indikatorenansatz zu entwickeln, der Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität abbildet. Und wir haben uns in der Projektgruppe - das vielleicht zur Beruhigung von Frau Prof. Biesecker und auch möglicherweise von einigen anderen Mitgliedern der Enquete-Kommission - mit zwei Themen, die wir heute immer wieder angesprochen haben, schon sehr intensiv beschäftigt. Und – ob Sie es glauben oder nicht – wir haben schon Lösungen oder zumindest Lösungsansätze entwickelt. Ich möchte es nicht im Raum stehen lassen, als wäre das das jetzt heute hier ganz neu – es ist trotzdem sehr interessant - und dass wir diese Probleme so noch gar nicht aufgenommen haben. Der eine Punkt ist: Natürlich haben wir uns im Zuge der Kritik am Bruttoinlandsprodukt damit beschäftigt, dass solche Tätigkeiten wie Sorge, gesellschaftliches Engagement oder - ein bisschen technischer ausgedrückt - nicht marktfähige Güter und Dienstleistungen nicht abgebildet werden im BIP. Und wir haben uns überlegt, wie wir diesen großen Mangel im BIP - da sind wir uns fraktionsübergreifend alle einig - beheben oder ihm gerecht werden können. Wir haben dazu externe Experten befragt, die sich nur mit dieser Thematik beschäftigt haben, und sind zu dem etwas ernüchternden Ergebnis gekommen, dass es nicht so einfach ist, das abzubilden. Selbst mit allem guten Willen, den wir in dieser Projektgruppe alle haben und hatten. Wir haben es jetzt deswegen auch nicht ganz fallen lassen, aber das Einzige, was wir momentan für machbar halten in dem Bereich - das haben wir auch aufgenommen -, besteht darin, dass es eine Zeitbudgeterhebung gibt, die zu unserer großen Unzufriedenheit momentan nur alle zehn Jahre und jetzt zum dritten Mal seit 1990/1991 stattfindet. In dieser Zeitbudget-

erhebung wird abgebildet, was Sie auch anmahnen, nämlich wie viel an nichtmarktfähigen Dienstleistungen denn in der Volkswirtschaft außerhalb des BIP's erbracht wird. Das heißt nicht, wir würden nicht wollen, dass sich das noch mal verbessert, aber momentan haben wir nichts Besseres gefunden. Der zweite Punkt, den ich ansprechen möchte - es würde mich noch interessieren, was Ihre Meinung dazu ist - und den wir ganz intensiv diskutiert haben, ist, was auch heute sehr kontrovers war hier in der Runde: Inwieweit wollen die Menschen mehr arbeiten als sie momentan arbeiten? Also wollen die, die Vollzeit arbeiten, mehr als 40 Stunden arbeiten, wollen die, die Teilzeit arbeiten, mehr als den momentanen Teilzeitanteil arbeiten? Man kann das ja nicht über einen Kamm scheren, manche Menschen wollen einfach Teilzeit arbeiten und sind damit glücklich. Da wollen wir ja auch nicht eingreifen. Wir haben lange darüber diskutiert und uns für einen Indikator entschieden in dieser Projektgruppe, nämlich die sogenannte „Unterbeschäftigungsquote“, die die Menschen fragt: Wollt ihr mehr arbeiten, als ihr gerade arbeitet? Und nur, um Ihnen eine Dimension der Unzufriedenheit in diesem Bereich abzubilden: die Unterbeschäftigungsquote im Jahre 2011 betrug 9,3 Prozent, das heißt, 9,3 Prozent der Erwerbstätigen - über alle zeitlichen Beschäftigungsformen hinweg - haben angegeben, dass sie unzufrieden sind und gerne eine andere Arbeitszeit hätten. Diese Quote wird seit rund fünf Jahren erhoben und ist in dieser Zeit leicht gesunken. Da kann man auch nicht sagen, die ist irgendwie explodiert. Sie können ja auch sagen, ob Sie diese Quote jetzt ganz schrecklich finden oder nicht, aber diese beiden Themen haben wir intensiv diskutiert und sind zu diesen Ergebnissen gekommen. Das vielleicht auch für die anderen Mitglieder der Enquete-Kommission schon einmal als interessante Vorab-Information auf unseren Endbericht.

Vorsitzende Abg. Daniela Kolbe (SPD): Vielen Dank. Frau Skudelny. Und es kann passieren, dass wir vielleicht zwei Minuten überziehen. Ich hoffe auf Ihre Geduld.

Abg. Judith Skudelny (FDP): Zunächst einmal freut es mich zu hören, dass es uns doch nicht so schlecht geht, wie diese ganze Anhörung so ein bisschen als Unterton hat, wenn nur 10 Prozent der Leute überhaupt unzufrieden mit ihrer Arbeitszeit sind. Ich habe zwei Fragen. Frau Prof. Biesecker, wir haben in den letzten Jahren insbesondere die Debatte über den Fachkräftemangel gehabt, wo es immer hieß: Wir brauchen mehr

Fachkräfte und die Leute müssen besser qualifiziert werden. Wie passt es zu Ihrer These, dass wir alle eigentlich weniger arbeiten sollten, um Vollbeschäftigung zu erlangen? Auf der einen Seite heißt es, wir brauchen sogar Zuzug, auf der anderen Seite heißt es: Wir arbeiten zu viel. Das passt für mich nicht so ganz zusammen. Und an Herrn Prof. Dr. Hüther die Frage - Sie hatten über „Rahmengesetzgebung“ gesprochen im Hinblick auf Erwerbstätigkeit von Männern und Frauen: Sehen Sie Hindernisse einer gleichberechtigten Erwerbstätigkeit, was die Gesetzgebung betrifft, oder liegen die Hindernisse nicht auch in der Gesellschaft? Im Familienbericht der Bundesregierung, den ich gelesen habe, steht drin, dass Frauen ihre Arbeitsplätze einfach auch nach anderen Kriterien aussuchen als Männer. Frauenarbeitsplätze sind in der Regel näher am Wohnort dran und sind in der Regel so ausgesucht, dass sie eben nicht spontane Überstunden haben. Solche Sachen werden mit dem Arbeitgeber im Vorfeld angesprochen, Männer machen diese Reglementierung nicht, weil sie von sich aus die Verpflichtung der Erwerbstätigkeit höher einschätzen als eine der Familie gegenüber. Gibt es aber gesetzliche Bestimmungen, die da sind, oder ist es ein gesellschaftlicher Wandel, der, so wie ich empfinde sich übrigens nebenbei schon vollzieht, weiter voran getrieben werden müsste?

Vorsitzende Abg. Daniela Kolbe (SPD): Vielen Dank für die kurze, präzise Frage, und ich gebe zur letzten Runde - in bewährter Reihenfolge kann man schon sagen - an Frau Prof. Biesecker.

Prof. Dr. Adelheid Biesecker: Ich will es auch kurz und knapp machen, aber es gibt doch einiges zu sagen. Zu Ihrer Frage mit dem bürgerchaftlichen Engagement: Ich kenne jetzt auch die Zahlen nicht, ich kenne aber Studien, die von einer doppelten Privatisierung sprechen und die sehr deutliche Beispiele bringen, wo Engagement staatliche Leistungen ersetzt. Wir kennen es ja aus den Regionen selber. Ich komme aus Bremen, wo Schwimmbäder gerettet werden, wo der Dienst im Museum gemacht wird usw. Es gibt also eine solche Verschiebung. Das Zweite: Wenn umgekehrt jetzt also Pflegearbeit staatlich wird, da haben Sie gefragt, ob das das Wachstum fördert. Es gibt den zauberhaften Witz: Was passiert mit dem Wachstum, wenn der Herr Professor seine Haushälterin heiratet? Wir wissen alle, was passiert: Das Wachstum sinkt. Also ob wir jetzt sagen, das eine ist Wachstum, das andere nicht, zeigt ja eben nur, was meine These war, dass wir das eine bisher ausgegrenzt haben. Und jetzt holen wir es rein und plötzlich ist es ein Wachstumsfaktor. Zu den Fragen an Herrn



Prof. Hüther, der damit verbundenen Diskussion und auch zum letzten Beitrag mit Frau Prof. Jochimsen mit den neuen Indikatoren: Also wir haben ja eine Vielzahl von Indikatoren und die haben Sie sich wahrscheinlich alle angeschaut. Ich arbeite gerne mit dem „Genuine-Progress-Indikator“, der praktisch alle Kosten mit einbezieht und der einfach zeigt, dass wir schon lange nicht mehr wachsen. Dann gibt es ja die Studie in Frankreich, die das auch sehr gründlich gemacht hat. Insofern kann man sagen: das ist eine gesellschaftliche Entscheidung, was wir eigentlich in unsere Vorstellung von Wohlfahrt hereinnehmen wollen. Und wenn wir jetzt sagen, wir haben bisher das Sozialprodukt und wir machen diese Satellitenkonten, dann ist ja die Frage: Was heißt das dann? Die Bewertung dieser Satelliten im Vergleich zum Sozialprodukt, die muss ja erfolgen, es hilft ja alles nichts. Also ist das positiv oder nicht? Und insofern möchte ich noch einmal die Kosten unseres Wohlstandsmodells in Erinnerung rufen und auf das eingehen, was Herr Prof. Miegel sagte: Wenn wir die Arbeit - also die Erwerbsarbeit, Herr Prof. Hüther, wie Sie sagen - einfach so weiterentwickeln, wie soll es denn gehen mit dem Rückfahren des Vernutzens des Globus? Wie soll es denn gehen, wenn nicht diese Qualität unserer Arbeit sich insgesamt verändert? Und das heißt: Ja, ich meinte das vorhin gar nicht als Witz. Wir können doch nicht so tun, als produzieren wir weiter Autos, Autos, Autos und gleichzeitig klagen wir darüber, dass wir den Globus kaputt machen. Es ist eine andere Rationalität, in die wir rein steuern. Vom Vernutzen zum Erhalten, das ist das Zentrale. Ich will jetzt gar nicht alles andere noch sagen, aber mir ist wichtig, welche Rolle die Deglobalisierung spielt. Es gibt an vielen Stellen den Hinweis, dass wir in Zukunft hohe Transportkosten bekommen werden und dass es von daher ökonomisch schon an vielen Stellen zu einer Reregionalisierung kommen wird. Und das andere ist, wenn wir jetzt diese technischen Veränderungen sehen, z. B. mit diesem 3D-Drucker, da wird das genau so prognostiziert. Und wir haben drittens auch ganz konkrete Bewegungen, die in der Region ansetzen - insbesondere nach dem letzten Nachhaltigkeitsgipfel, der so wenig gebracht hat: Wir machen es selber. Es gibt vieles, was ich mit Durchschnittszahlen einfach nicht erfasse. Mit Durchschnittszahlen zu argumentieren hat seine großen Grenzen. Frau Jochimsen, Sie wollten wissen, was ich von dieser Zeitbudgetstudie halte. Die finde ich wichtig. Aber ich fände es toll, wenn die Enquete-Kommission schafft, zu sagen: Wir schlagen vor, so und so über Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität zu sprechen. Dann haben wir das Sozialprodukt, und wir haben ein Set von Indikatoren. Aber das Wichtige

ist doch: was für gesellschaftliche Bewertungsprozesse bekommen wir eigentlich? Wie sollen wir den Menschen denn klar machen: Ist das nun gut oder nicht? Und da finde ich den Hinweis, auch wenn er mir begrenzt ist, wir haben einen Planeten, den dürfen wir nicht überbenutzen, erst einmal als eine Sache ganz wesentlich. Das letzte, was ich hier noch aufgeschrieben habe: Wie passen Fachkräftemangel und Arbeitszeitverkürzung zusammen? Die Arbeitszeitverkürzung habe ich ganz anders begründet. Ich habe dies begründet mit der Zukunft der Arbeit als ökologisch und sozial gemäß. Und daraus habe ich gefolgert, wir brauchen eine Arbeitszeitverkürzung, weil wir gar nicht so viel Zeit haben und so viel anderes zu tun haben. Wir haben die ganzen anderen Tätigkeiten. Daher kommt meine Argumentation für eine Arbeitszeitverkürzung. Der Fachkräftemangel ist ein anderes Problem. Das haben wir uns selbst eingehandelt. Wir wissen alle, es geht um Ausbildungssysteme, und es geht auch darum, dann andere Menschen hereinzulassen in offenen Gesellschaften. Als Letztes noch zur Entscheidung der Männer und Frauen, die unterschiedliche Arbeitsplätze wählen: Solange die Verantwortung für die Familien bei den Frauen liegt, werden die natürlich andere Arbeitsplätze wählen. Das ist doch selbstverständlich, und das ist eine gesellschaftliche Frage.

Vorsitzende Abg. Daniela Kolbe (SPD): Herr Prof. Hüther.

Prof. Dr. Michael Hüther (IW Köln): Dann mache ich mich unbeliebt als Letzter, aber ich will wenigstens noch kurz antworten. Sie haben gefragt nach den gesetzlichen Bestimmungen. Ich glaube, dass wir nur Impulse setzen können und deswegen brauchen wir da keine Rahmengesetzgebung. Aber zu den Stichworten Elterngeld oder Familienpflegezeit: das sind natürlich solche Impulse, die einfach Dinge deutlich machen und damit auch eine gesellschaftliche Wertigkeit zum Ausdruck bringen. Deswegen war mir immer wichtig, das Elterngeld im Vergleich zum früheren Erziehungsgeld im Grunde als eine andere Würdigung der Elternleistung gesellschaftlich zu sehen. Es ist keine Fürsorgeleistung, sondern eine Lohnersatzleistung. Das war einfach eine andere Bewertung. Aber ansonsten ist es genau, wie sie sagen, es ist letztlich ein gesellschaftliches Lernen. Ein gesellschaftliches Verändern und Einüben, und der Familienbericht der Bundesregierung mit dem Stichwort „Zeit für Familie“ steht ja genau auch zu Recht unter dieser Überschrift. Ich glaube nicht, dass da der Gesetzgeber groß gefordert ist. Frau Wolff, zu Ihnen ganz

kurz: Der Satz, den Sie zitiert haben, ist zumindest ein Befund. Ich habe nicht gesagt, dass die Welt so bleibt, aber den Befund wird man jetzt noch mal schreiben dürfen. Die zweite Frage ist: Wie schätzen wir das ein? Und das ist letztlich Ihre Aufgabe hier, darauf Antworten zu finden. Ich kann das nur wiederholen – ich weiß nicht wie die Arbeitswelt in 10 oder 15 Jahren aussieht. Aber wenn ich noch einmal an die Diskussion erinnere, die wir vor 20 oder 30 Jahren schon geführt haben über den Niedergang der Erwerbsarbeit, dann würden wir heute hier etwas ganz anderes zu diskutieren haben. Mein Eindruck ist, dass die Robustheit des Systems höher ist als wir gemeinhin schätzen. Das wird nicht bedeuten, dass es sich nicht ändert. Natürlich sind die Arbeitsinhalte heute völlig anders. Aber trotzdem sollten wir dann mal sehen, was sich heute wirklich getan hat. Ich will nur auf das verweisen, was der Kollege Prof. Schmidt hier ausgeteilt hat. Da lesen Sie doch bitte mal, weil hier ist ja alles angeblich schlechter geworden sein soll – also „Burn-Out“, alle sind fix und fertig – auf Seite 22. Die Arbeitsunfälle lagen 1980 pro 1000 Vollarbeiter bei fast 75, heute sind es nur noch 26. Der Krankenstand lag 1980 bei 5,7 Tagen in der Gesetzlichen Krankenversicherung, heute sind es nur noch 3,8 Tage. Die Krankheitstage je Erwerbstätigen sind von 1991 11,2 Tage auf 2004 7,4 Tage gefallen. Ich meine, man kann natürlich gerne immer etwas glauben. Aber wir Ökonomen sind da etwas schlichter, wir haben unsere etwas mühsame Sprache, das haben Sie zu Recht angesprochen. Beim Physiker würden Sie die aber auch nicht bemängeln, also müssen Sie es hier auch akzeptieren. Und zweitens ist es so, dass die Fakten gelegentlich einfach zur Kenntnis zu nehmen sind, um sich ein bisschen in eine andere Richtung zu drehen. Letzter Punkt: Deglobalisierung, das hängt ja damit zusammen. Das ist am Ende eine weltwirtschaftlich oder globale Verteilungsfrage, und die muss organisiert werden, wenn man das will. Ich will das nicht, und ich glaube nicht, dass das der einzige Weg ist, den wir zu finden haben. Mir macht nur an einer Stelle etwas Sorge: Ich habe heute in der ganzen Sitzung von niemandem in dieser Kommission den Begriff „Freiheit“ gehört. Demokratie geht nicht ohne Freiheit, und Freiheit in unserer Ordnung heißt Freiheit und Haftung. Freiheit und Haftung ist Steuerungsressource dieses dezentralen Systems über relative Preise. Jeder Einzelne haftet zunächst einmal für sich. Wenn wir das in Zweifel ziehen, dann stellen wir eigentlich unsere Verfassungsordnung in Zweifel. Ich habe eigentlich gedacht, dass Sie auf dieser Basis arbeiten. Ich würde gerne den Begriff der Freiheit etwas stärker betonen, denn wenn wir diese Steuerung haben, haben wir eine über

relative Preise. Und die reicht nicht, deswegen haben wir den Gesetzgeber. Aber das die auch hilft, ich glaube das dürfen wir doch auch noch mal gelegentlich sagen. Dankeschön.

16:33 Uhr Ende der Diskussion mit Prof. Dr. Adelheid Biesecker und Prof. Dr. Michael Hüther und **Ende des Wortprotokolls.**

Die Vorsitzende bedankt sich bei Prof. Dr. Adelheid Biesecker und Prof. Dr. Michael Hüther für die lebhafte und in mehrfacher Hinsicht spannende Diskussion.

**Tagesordnungspunkt 2**

Berichte aus den Projektgruppen

Die Vorsitzende Abg. Daniela Kolbe (SPD) ruft sodann den Tagesordnungspunkt 2 auf.

Sie stellt fest, dass die Berichte aus den Projektgruppen einvernehmlich auf die nächste Sitzung vertagt würden.

**Tagesordnungspunkt 3**

Verschiedenes

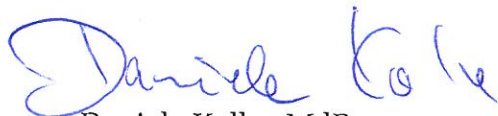
Die Vorsitzende Abg. Daniela Kolbe (SPD) ruft den Tagesordnungspunkt 3 auf. Hierzu gebe es eine Wortmeldung von SV Prof. Dr. Christoph Schmidt, der auf eine Veröffentlichung hinweisen wolle, die heute bereits zweimal angesprochen worden sei. Sie erteilt ihm das Wort.

SV Prof. Dr. Christoph Schmidt erläutert, dass sich die Bilanz „Wohlstand in Zahlen“ der „Initiative Neue soziale Marktwirtschaft“ von 2012 in einem auf Seiten 74/75 beginnenden Teil mit dem Indikatorensetz beschäftige, den der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vorgeschlagen habe. Jeder könne sich dort ein Bild machen, ob man diesen Indikatorensetz aufbereiten könne.

Nachdem es keine weitere Wortmeldung gibt, schließt die Vorsitzende die Sitzung um 16:34 Uhr.

**Schluss der Sitzung: 16:34 Uhr**

Hae/Gä/Wa



Daniela Kolbe, MdB  
**Vorsitzende**